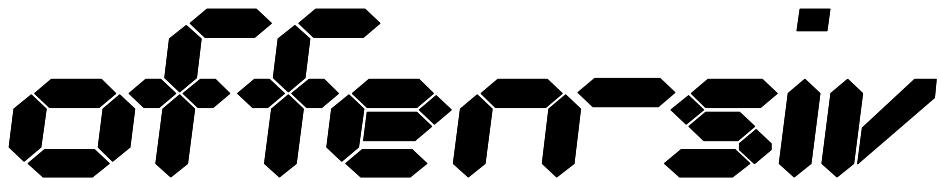


1-2/95



Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6-2025

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe November–Dezember 2025

Redaktionsnotiz.....	3
Imperialismus und Krieg.....	6
<i>Jürgen Geppert:</i> Eine neue Eskalationsstufe hin zum Krieg ist erreicht.....	6
<i>Heinz Ahlreip:</i> Lenins Analyse des imperialistischen Krieges im Mai 1917.....	9
Friedensnobelpreis an eine Agentin des US- und EU-Imperialismus.....	13

<i>Jürgen Geppert</i> : Eine Friedensnobelpreisträgerin aus Venezuela.....	13
Wochenberichte.....	19
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert</i> : Wochenberichte vom 01. 09. – 27.10. 2025.....	19
Erinnerung an Kurt Gossweiler.....	42
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Kurt Gossweiler, ein marxistisch-leninistischer Wissenschaftler mit bahnbrechenden Forschungsergebnissen.....	42
Sozialistische Ökonomie – Klarheit oder Revisionismus und innere Aufweichung?.....	50
<i>Tim Schoenmakers</i> : Inwieweit trug die Konzeption der „sozialistischen Marktwirtschaft“ zum Abbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion bei?.....	50
<i>Hermann Jacobs</i> : Was ist direkte Arbeitszeit-Messung im Sozialismus?.....	83
Afrika und mannigfache imperialistische Interessen.....	86
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Frank Flegel</i> : Die Dynamik der imperialistischen Konkurrenz in Afrika.....	86
Aus der Leser/innen-Post.....	92
<i>Günterowitsch</i> : Gedanken zum Artikel von Wolfgang Mix „Sozialismus und der neue Mensch“ im offen-siv-Heft 5-2025.....	92
<i>Ursula Münch</i> : Leserbrief zum Artikel von Wolfgang Mix in offen-siv 5-2025.....	94

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Es lässt sich nicht verhindern, über Imperialismus und Krieg zu berichten und die dazu gehörenden Triebkräfte zu analysieren. Deshalb beginnen wir dieses Heft mit diesem Thema – wohl wissend, dass das ein Thema ist, das uns weiterhin beschäftigen wird.

Und wir möchten hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass Kriege nicht allein auf dem Schlachtfeld geführt werden, sondern auch mittels der so genannten „öffentlichen Meinung“ – von der Diskussion um das ob und wie einer neuen Wehrpflicht in Deutschland über die inzwischen ganz staatsoffizielle Hetze gegen ausländische Mitbürger, die Darstellung Putins als blutrünstiges Monster (wobei er doch nur ein Vertreter eines konkurrierenden imperialistischen Staates ist), bis hin zur diesjährigen Verleihung des Friedensnobelpreises und der Verleihung von Friedenspreisen in Deutschland. Dazu zitieren wir hier gern den Leitartikel der Zeitung der DKP, „*Unsere Zeit*“: „*Der mit 100.000 Euro dotierte Westfälische Friedenspreis 2026 geht an das Militärbündnis NATO. (...). Verliehen wird der Preis durch die „Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe“, ein steuerbegünstigt-gemeinnütziger Verein und Hort ausgewiesener Transatlantiker.* Zur Jury gehören neben anderen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzler Friedrich Merz, der Grüne Cem Özdemir, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst und Hohenzollern-Chef Georg Friedrich Prinz von Preußen. Der Prinz und Nachfahre des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. wurde vor einigen Jahren dadurch bekannt, dass er vom Land Brandenburg eine Millionenentschädigung für die Junker-Ländereien forderte, die seinem Geblüt nach 1945 von der sowjetischen Militärverwaltung weggenommen wurden. Die Enteignung gründete sich damals auf das Verhalten solch unrühmlicher Gestalten wie des Kronprinzen Wilhelm von Preußen. Der empfahl 1932 dem Reichsminister des Inneren, das „wundervolle Menschenmaterial, das in SA und SS vereinigt“ sei, zu schonen und stattdessen lieber Kommunisten „aufs Pflaster zu legen“.

Der Friedenspreis für die NATO reiht sich ein in eine lange Liste ähnlicher militärischer Selbstbeweihräucherungen. „Von der Ukraine lernen heißt furchtlos und tapfer zu sein“, predigte der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel im Oktober dieses Jahres von der Kanzel der Frankfurter Paulskirche. Mit diesen Worten bedankte er sich für die Verleihung des mit 25.000 Euro dotierten Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Die Preisträgerin des Vorjahres war Anna Applebaum, ihres Zeichens „Analystin der autoritären Entwicklung in Russland“ und Ehefrau des früheren polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski. Der hatte vorschnell, aber zutreffend der Sprengung der Gaspipeline Nord Stream 2 auf Twitter mit „Danke, Amerika“ kommentiert. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat ihn im vergangenen Jahr für das Ressort des EU-Verteidigungskommissars vorgeschlagen. Da schließt sich der Kreis: Von der Leyen wurde in diesem Jahr mit dem „Internationalen Karlspreis zu Aachen“ ausgezeichnet – für ihre „Verdienste um die Geschlossenheit des Verteidigungswillens gegen Russland“.¹

Bei Preisverleihungen, wollen wir noch einen Moment bleiben, nun bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an eine Provokateurin, die nichts weiter im Sinn hat, als Venezuela zu destabilisieren und vom Status einer eigenständigen kapitalistischen Macht zurückzuwerfen auf den Status eines abhängigen Entwicklungslandes ohne nennenswerte eigene Kapitalakkumulation. Das, damit dessen Rohstoffe dann den bisher herrschenden imperialistischen Mächten ausgeliefert werden können. Venezuela verfügt über große Erdölvorkommen und vermarktet diese zum eigenen Vorteil. Die führenden imperialistischen Staaten wollen sich diese Erdölquellen sehr gern günstig aneignen. Venezuela selbst ist in kleinerem Maßstab selbst genauso unterwegs wie die großen Imperialisten, es möchte sich die Ölrroräte Guyanas gern aneignen. Mit gesellschaftlichem Fortschritt hat dieser gesamte Konflikt nichts zu tun. Trotzdem ist er sehr lehrreich, zeigt er doch die abgefeimten Strategien und Taktiken, die der Imperialismus hervorbringt, um im gegenseitigen, auf allen Ebenen tobenden Kampf den jeweiligen Konkurrenten zu schwächen, ja wenn es möglich ist, ihn sogar auszuschalten.

¹ UZ, Zeitung der DKP, 14. November 2025, Seite 1, Artikel: „Ausgezeichnet. NATO bekommt Westfälischen Friedenspreis“ von Ralf Hohmann

Zurück zur vorliegenden Ausgabe der offen-siv: Auf den ersten Themenblock folgen wieder die Wochenberichte, die einen knappen Überblick über die wichtigsten weltweiten Geschehnisse der vergangenen zwei Monate bieten und damit Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Widersprüche deutlich machen.

Der Genosse Gerhard Feldbauer erinnert danach an Kurt Gossweiler. Er fasst dessen Forschungsergebnisse zusammen und zeigt ihre Bedeutung auf. Kurt Gossweiler war für uns ein wichtiger Wegweiser, ein Pionier in der Erforschung des „modernen Revisionismus“, also der Form des Revisionismus, die die sozialistischen Staaten von innen her zerstört hat. Siehe auch die Inhaltsübersicht über die drei Bände von Kurt Gossweiler „Wie konnte das geschehen?“, deren Inhaltsverzeichnis wir am Ende dieses Heftes kurz in Erinnerung rufen.

Anknüpfend an diese Ergebnisse findet Ihr eine aktuelle und sehr umfassende Arbeit, die sich mit dem Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion beschäftigt – ohne Scheuklappen, ohne Tabus und ohne emotionale Bindungen. Und im Anschluss daran haben wir Überlegungen des inzwischen leider verstorbenen Genossen Hermann Jacobs ins Heft aufgenommen, in denen es um die Bedeutung der Arbeitszeitrechnung im Sozialismus geht: direkte Zeit- und Resultatmessung durch den erzeugten Gebrauchswert - oder indirekt Messung mittels der Geldform?

Nun wechseln wir den Schauplatz und begeben uns nach Afrika in die Sahel-Zone sowie die südlich daran angrenzende Region, um zu zeigen, dass der Imperialismus stets und überall aktiv ist.

Zwei ausführliche Leserbriefe zum Artikel von Wolfgang Mix, der in der Ausgabe 5-2025 der offen-siv erschienen ist, beschließen das Heft.

Obwohl es keinen Grund gibt, politisch und weltwirtschaftlich auf ein besseres Jahr 2026 zu hoffen, wünschen wir allen Leserinnen und Lesern für ihr persönliches Leben viel Gutes und uns allen eine Stärkung der kommunistischen Bewegung weltweit.

Den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2025 werden wir in der Januar-Februar-Ausgabe 2026 bringen.

Und dieser Hinweis darf nicht fehlen: Zeitungsmachen kostet Geld. Bitte lasst unser Spendenkonto nicht austrocknen.

Spendenkonto Offensiv:

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

Imperialismus und Krieg

Jürgen Geppert: Eine neue Eskalationsstufe hin zum Krieg ist erreicht

In Europa, auch in Deutschland, werden stets neue Eskalationsforderungen laut, z.B. Abschuss russischer Kampfjets im Luftraum von NATO-Staaten, Seeblockade gegen russische Tankschiffe in Nord- und Ostsee.

Im Konflikt der NATO mit Russland um das Eindringen russischer Drohnen und Kampfjets in den Luftraum europäischer NATO-Staaten werden in Deutschland Forderungen nach einer ungehemmten Eskalation laut. „Jede militärische Grenzverletzung“ müsse künftig „mit militärischen Mitteln beantwortet“ werden – „bis hin zum Abschuss russischer Kampfjets“, fordert der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Jürgen Hardt. Identische Forderungen werden auch in den baltischen Staaten erhoben.

Im Gespräch ist auch die Option, russische Flugobjekte über ukrainischem Territorium abzuschießen – also in den Ukraine-Krieg zu intervenieren. Die Möglichkeit, die Ostsee für russische Öltanker zu sperren, ist ebenfalls im Gespräch. Eine solche Seeblockade wäre ein Kriegsgrund. Einstweilen hat die NATO einen neuen Einsatz an ihrer Ostflanke gestartet („Eastern Sentry“), der auch Pläne für den Bau eines Drohnenwalls umfasst – eventuell durch deutsche Unternehmen.

Die NATO kontrolliert schon den Luftraum über dem östlichen Teil der Ostsee und über den dortigen Küstenstaaten von Estland über Lettland und Litauen bis nach Polen. Dazu sind bereits Kampfjets in einige der Länder der Region entsandt worden. Deutschland hat vier Eurofighter zugesagt, Frankreich drei Rafale und Dänemark zwei F-16. Auch Großbritannien ließ zwei Eurofighter über polnischem Territorium patrouillieren. Vor allem aber sollen entlang der NATO-Ostflanke neue Rüstungstechnologien installiert werden. Dazu gehören Sensoren und Waffen, um feindliche Drohnen aufzuspüren, zu verfolgen und zu zerstören.

Die Installation einer High-Tech-Sperre, eines „Drohnenwalls“, an der NATO-Ostflanke ist in Deutschland im Gespräch. Mittlerweile hat das deutsche Rüstungs-Startup Helsing erklärt, zur Schaffung eines solchen „Drohnenwalls“ bereit und in der Lage zu sein. Kürzlich hat EU-Kommissions-präsidentin Ursula von der Leyen sich für das Vorhaben ausgesprochen; der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, US-General Alexus Gryniewich, bestätigt, es stehe „im Einklang mit einigen unserer Überlegungen zur Stärkung unserer Ostflanke zu Land und zu Luft“. Für die Produktion in Frage kämen auch weitere deutsche Rüstungs-Startups wie Tytan Technologies, das zurzeit autonome Abfangdrohnen entwickelt, oder Donaustahl, das an Gefechtsköpfen für Abfangdrohnen arbeitet. Ergänzend zum Drohnenwall-Aufbau an der NATO-Ostflanke wird die Aufrüstung der Bundeswehr mit Drohnen auf nationaler Ebene vorangetrieben. Um sie zu beschleunigen, müsse der „Spannungsfall“ ausgerufen werden, verlangt der CDU-Militärpoltiker Roderich Kiesewetter; nur so ließen sich die Beschaffung von Drohnen und die Genehmigung neuer Einsatzoptionen signifikant beschleunigen.

Ergänzend zur weiteren Hochrüstung der NATO-Ostflanke dringen Politiker aus mehreren europäischen NATO-Staaten auf Maßnahmen, die die Spannungen mit Russland erneut verschärfen. Dabei handelt es sich zunächst um die Drohung, russische Flugzeuge, sobald sie in den Luftraum eines NATO-Mitglieds eindringen, einfach abzuschießen. Wie oben schon erwähnt, fordert etwa der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, dass „jede militärische Grenzverletzung“ in Zukunft „mit militärischen Mitteln beantwortet wird, bis hin zum Abschuss russischer Kampfjets über NATO-Gebiet“. Auch Tschechiens Präsident Petr Pavel, ein ehemaliger hochrangiger NATO-General, verlangt Reaktionen „einschließlich des möglichen

Abschusses russischer Maschinen“. „Wir dürfen keine Schwäche zeigen“, erklärte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas. Litauens Verteidigungsministerin Dovilė Šakalienė äußerte sich: „Wir müssen es ernst meinen.“ Man solle sich die Türkei zum Vorbild nehmen, die im Jahr 2015 einen russischen Kampfjet, der in Syrien operierte und dabei in den türkischen Luftraum geriet, schon nach 17 Sekunden abgeschossen habe.

Šakalienė verschwieg freilich – unklar ist, ob sie das aus Unwissenheit oder zur Täuschung des Publikums tat –, dass der Abschuss des russischen Kampfjets von Moskau mit schroffen Gegenmaßnahmen insbesondere ökonomischer Art beantwortet wurde, die der türkischen Wirtschaft ernste Schäden zufügten und erst aufgehoben wurden, als Ankara zur intensiven Kooperation mit Russland überging. Nach Lage der Dinge wäre Russland heute kaum fähig, den Abschuss eines seiner Kampfjets durch NATO-Staaten mit wirtschaftlichen Mitteln zu beantworten, würde also zu anderen Maßnahmen greifen. Völlig unabhängig davon hat die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Europaparlament, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), die Forderung, man solle russische Kampfjets im Luftraum von NATO-Staaten einfach abschießen, „bizar“ genannt. Strack-Zimmermann, allgemein als Hardlinerin bekannt, wies darauf hin, dass es für den Umgang mit fremden Kampfjets im Luftraum von NATO-Staaten feste Regeln gebe.

Vorschläge, die auf eine weitere Eskalation bis hin zu einem möglichen Kriegseintritt der NATO-Staaten Europas hinauslaufen, hat Polens Außenminister Radosław Sikorski gemacht. Sikorski äußerte nach dem Eindringen von rund 20 russischen Drohnen in den polnischen Luftraum, „der Schutz für unsere Bevölkerung“ etwa „vor herabfallenden Trümmern“ sei viel größer, wenn man „Drohnen und andere Flugobjekte“ schon über ukrainischem Territorium abschießen dürfe. Das läuft zwar faktisch auf einen Eintritt der europäischen NATO-Staaten in den Krieg hinaus, aber der polnische Außenminister riet dennoch dazu: „Wir sollten darüber nachdenken.“ – Und weiter: „Deutschland oder auch die NATO“ sollten „eine maritime Kontrollzone in der Nordsee errichten“, um die Einfahrt von Tankern der sogenannten russischen Schattenflotte in die Ostsee zu verhindern. Faktisch käme dies einer Seeblockade gegen Russland gleich. Eine Seeblockade wäre für Russland – wie auch für jeden anderen Staat – ein möglicher Kriegsgrund. In Deutschland hat einen der-

artigen Vorschlag bislang nur der Kovorsitzende der Linkspartei Jan van Aken gemacht.

(nach einem Artikel von german-foreign-policy)

Heinz Ahlreip: Lenins Analyse des imperialistischen Krieges im Mai 1917

Lenin gab am 14. Mai 1917 eine Schrift heraus, die er “Krieg und Revolution“ betitelte. Was für ein Thema! In welch bewegter Zeit! Er unternahm seine Analyse des Kriegsfeindes in der Phase der Doppelherrschaft, die nicht lange andauern konnte. Russland stand am Scheideweg: Direkte Diktatur konterrevolutionärer Generäle oder rote Sowjetrepublik. Entgegen kam den Bolschewiki, dass die bonapartistische Kerenski-Regierung populäre Friedensphrasen verbreiten ließ, aber den russischen Soldaten den Befehl zur militärischen Offensive gab, die sie folgerichtig Kerenski-Offensive nannte. Es hatte 1917 die Februar-Revolution gegeben, die an der russischen Ausrichtung des imperialistischen Charakters des Krieges nichts geändert hatte. Die russische Musik folgte in ihrer grenzenlosen Vertrauensseligkeit noch der Regierung der Kapitalisten, ein Vertrauen, das Lenin mit seinem Maischrift zu erschüttern versuchte.

Wenn man heute Lenins Artikel im Licht der intensiven Vorbereitung eines dritten imperialistischen Weltkrieges liest, so wird der ohnehin schon düstere Himmel noch düsterer. Wie uns die materialistische Geschichtsauffassung lehrt, erwächst und reift der Krieg aus den ökonomischen Bedingungen und Widersprüchen, was heißt, dass die Weichen durch die Rivalität der Weltmächte auf Krieg programmiert werden.

2025ff. gilt das genauso wie 1917, die ökonomische und politische Neuaufteilung der Welt ist unvermeidbar. Wer den Krieg in dieser Situation beginnt, ist sekundär, die imperialistischen Mächte sind allesamt bewaffnete Räuber. Wir konstatieren bereits einen Kampf um Warenabsatz- und Kapitalexportmärkte, ebenso um Rohstoffquellen einhergehend mit dem Aufbau neuer neokolonialer Strukturen.

Die bürgerlichen Zeitungen lügen wie gedruckt, nur dass man herausfinden muss, *wie* sie es tun. Außerdem muss man die Politik des Finanzkapitals kon-

kret herausarbeiten. Sie wird von den bürgerlichen Medien flächendeckend vertuscht. Deren Ziel ist, dass die Massen nichts von den gegenwärtigen Kriegen und erst recht nicht von den Zielen der rasanten weiteren Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Staaten verstehen. Aufklärung über den verborgenen imperialistischen Charakter des Krieges ist das Gebot der Stunde,

Das Auffälligste am imperialistischen Krieg ist, dass seine Hauptsache von den Imperialisten verschleiert und - unter anderem hervorgerufen durch deren Indoktrinations- und Ablenkungsindustrie – von den Massen übersehen wird. Es geht um die grundlegende Frage, welche Klasse den Krieg führt und welchen Klasseninhalt er demzufolge trägt. Die Frage, welche historisch-ökonomischen Bedingungen den Krieg in der Geschichte hervorgerufen haben, wird nicht nur nicht beantwortet, sie wird gar nicht erst gestellt.

Lenin hat beobachtet, dass neuen Zehntel der Gespräche über den imperialistischen Krieg sinnloses Gerede sind. Der imperialistische Krieg wird über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte wirtschaftlich, politisch, militärisch, ideologisch und diplomatisch vorbereitet und während dieser Vorbereitung grundsätzlich verschleiert. Lenin war unter anderem deshalb so erfolgreich darin, diese Vorbereitungen und deren Widersprüche zu analysieren, weil er das epochale Wesen des Imperialismus glänzend begriffen hatte.

“Wir Marxisten sind nicht Gegner jedes Krieges“. (Lenin, Krieg und Revolution, Werke, Band 24, Dietz Verlag Berlin, 1960,396). Wir nehmen den Kampf für den Sozialismus auf in einem Umfeld mehrheitlich reaktionärer Kriege. Unter anderem aus diesem Grund verteidigte Lenin Clausewitz, der lehrte, dass der Krieg nur die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. (Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Erstes Buch, Berlin, 1957,34). Clausewitz war tief in die Philosophie und in die Geschichte der Napoleonischen Kriege eingedrungen und entnahm ihnen den Zusammenhang zwischen Regierung und Krieg, den es stets beachten gilt. Clausewitz lehrte, dass der Krieg unlösbar mit der politischen Ordnung verknüpft ist, der er entspringt. Die Politik wird durch den Krieg inhaltlich fortgeführt und nur die Form des Handelns ändern sich.

Lenin antwortete auf die Frage, wie die Bolschewiki im Oktober 1917 vorgegangen seien: Nach der Devise Napoleons: On s’engage et puis on voit. (Man engagiert sich und dann wird man sehen). Lenin ging im Mai 1917 noch

davon aus, dass der Krieg der proletarischen Revolution in *einigen* Ländern den Sieg bringen könnte, von einem einzelnen Land war noch nicht die Rede, die begann 1925 mit Stalin als Wortführer, wobei es in den Schriften Lenins ab 1915 starke Anhaltspunkte gab, dass der Sieg des Sozialismus in einem Land möglich sei.

Lenin warnte davor, in der Frage des Krieges einzelne Beispiele aus dem Strom der Geschichte herauszugreifen, man muss den gegenwärtigen Krieg in seiner politischen Ganzheit verstehen, heute: Die Politik der Weltmächte als Ganzes nehmen. Es muss objektiv gedacht werden, in langfristigen Prozessen, von den ökonomischen Widersprüchen des Kapitalismus ausgehend und immer die Klassenfrage mitdenkend.

Den imperialistischen Krieg führen nicht die Völker, sondern die Regierungen. Der einzelne Soldat ist in diesem Krieg trotz aller subjektiven Einbildungen nur ein missbrauchtes Werkzeug in deren Händen. Selbstverständlich vertuschen das die bürgerlichen Medien, den Klassenwiderspruch unsichtbar zu machen ist eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Immer wieder wird man bei der Kriegsbetrachtung auf die Ökonomie zurückgeworfen, eine objektive Bewegung. Falsch ist es, einen subjektiven bösen Willen der Kapitalisten zugrunde zu legen. Selbstverständlich gibt es den, aber man geht in die Irre, wenn man moralische Vorstellungen nicht aus der Ökonomie ableitet. Lenin dazu: "... dieser Krieg ist unvermeidlich durch die Entwicklung eines riesenhaften Kapitalismus, besonders des Bankkapitalismus, hervorgerufen worden, die dazu geführt hat, dass ganze vier Banken in Berlin und fünf oder sechs in London die gesamte Welt beherrschen, alle Mittel zusammenraffen, ihre Finanzpolitik mit der gesamten bewaffneten Macht untermauern, woraufhin sie schließlich in einem unerhört bestialischen Zusammenstoß aneinandergerieten, weil kein Platz mehr war, um ungehindert weiter erobern zu können". (Lenin, Krieg und Revolution, Werke, Band 24, Dietz Verlag Berlin, 1960,406).

Wenn man bürgerlichen Zeitungen aufschlägt, so ist bei aller scheinbar vorliegenden Objektivität noch immer die Rede von „freiwilligen“ Vereinbarungen. Trump, der Mann der Wallstreet und der Dollarimperialisten, ist der big Dealer. Das alles bewegt sich auf der Oberfläche. Blut ist dicker als Wasser und die Ökonomie dicker als die Politik. Alle bürgerlichen Zeitungen lenken ab

vom Privateigentum und erst recht von der notwendigen Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, so der genaue Wortlaut im Kommunistischen Manifest.

Die Gleise des Krieges führen erstens über die Ökonomie und zweitens über die Politik. „Schuld daran ist die ganze Entwicklung des Kapitalismus in einem halben Jahrhundert, und es gibt daraus keinen anderen Ausweg als den Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und die Arbeiterrevolution“. (Lenin, a.a.O.,407).

Lenin schrieb seinen Artikel in einer Atmosphäre als die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ en Vogue war. Darunter versteht man eine imperialistische Kriegsführung, die sich darauf beruft, von einer Revolution, hier der russischen Februarrevolution 1917, herzukommen und er entlarvte dieses Manöver. Den Krieg hat die russische Februarrevolution nicht verändert, aber bereits in der Revolution von 1905 wurden die russischen Sowjets geboren, in der Februarrevolution 1917 wurden sie dann weiterentwickelt. Diese proletarische Revolutionsform der Arbeiter-, Bauern- und Soldatensowjets gab es nur in Russland.

Und hier kündigt sich eine Weltenwende an. Der Osten wird rot. Die imperialistischen USA sind durch den ersten Weltkrieg eine vollgefressene Bestie geworden, so Lenin. Die Sowjets, geboren in den russischen Revolutionen von 1905 und im Februar 1917, zeigten an, dass die russischen Revolutionen weiter gingen als die revolutionären Versuche in Westeuropa, denen die revolutionäre Sowjetordnung fremd blieben war. Der Keim war angelegt, dass Russland den imperialistischen Krieg besiegen könnte.

Den imperialistischen Krieg besiegen, das ist es, was die sowjetische Perestroika zertreten hat. Die Welt ist heute offen wie ein Scheunentor für einen gigantischen dritten Weltkrieg, der den ersten und den zweiten in den Schatten stellen wird. Es ergibt sich notgedrungen die Frage, ob nicht Gorbatschow, unser lieber, lieber „Gorbi“, ein größerer Verbrecher war als Adolf Hitler. Wer damals von der friedlichen Revolution 89/90 schwärmte, steht heute schnurstracks in einem imperialistischen Kriegsgeschirr, findet sich wieder nicht als Souverän, sondern als Esel der Weltgeschichte. Dazu hat die sogenannte friedliche Revolution geführt.

Wichtig ist festzustellen, dass Lenin unter anderem im Mai 1917 die große historische Chance sah, durch die unabhängigen, russischen Sowjets den imperialistischen Krieg zu besiegen, denn diese standen außerhalb der bürgerlich-junkerlichen Regierungen, die aus der Februarrevolution stammten, Regierungen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, und die mit den Imperialisten liiert waren.

„Keine Kraft könnte den Kapitalismus vernichten, wenn die Geschichte ihn nicht unterspült und untergraben hätte“. (a.a.O.,416). In uns muss fest eingeprägt sein: Eine Revolution kann nur dann von Dauer sein, wenn sie sich auf die Mehrheit des Volkes stützt. Nicht umsonst heißt es im Manifest: „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl“. (Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,472).

Friedensnobelpreis an eine Agentin des US- und EU-Imperialismus

Jürgen Geppert: Eine Friedensnobelpreisträgerin aus Venezuela

Venezuela ist ein Staat an der Nordküste Südamerikas mit über 28 Millionen Einwohnern. Dieser Staat hat für Touristen viel zu bieten, mehrere tropische Urlaubsinseln, die Anden und den Nationalpark Sierra Nevada.

Aber nicht nur für Touristen ist dieser Staat interessant. Er verfügt nämlich über umfangreiche Bodenschätze, deren wichtigste Erdöl und Erdgas sind. Venezuela besitzt die größten Erdölvorräte der Welt. Weitere wichtige Bodenschätze sind Eisen, das es in großen Lagerstätten gibt, Bauxit in beachtlicher Menge, Gold und Diamanten in - über das Land verteilt – beträchtlichen Ausmaßen und große Vorkommen eines seltenen Metalls: Coltan. Das erweckt Begehrlichkeiten.

Innenpolitisch hat Venezuela große Probleme mit der Korruption und mit dem Drogenschmuggel. Außerdem versucht eine von den USA unterstützte Opposition die bestehende Regierung zu stürzen. Aus diesem Staat kommt die diesjährige Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado. Es wird eingeschätzt, dass die Vergabe des Friedensnobelpreises an diese Person ein Ergebnis der Entscheidung ist, die Aggressionen der USA gegen Venezuela zu unterstützen.

Wer ist also diese Frau? María Corina Machado entstammt einer reichen konservativen Unternehmerfamilie aus Venezuelas Hauptstadt Caracas. Sie gehörte von Anfang an zum ultrarechten Flügel der Opposition gegen die Präsidenten Hugo Chávez (1999 bis 2013) sowie Nicolás Maduro (seit 2013). Sie hat im Lauf der Jahre gewalttätige Proteste gegen die Regierung unterstützt sowie mehrmals eine Verschärfung der westlichen Sanktionen gefordert, unter denen die venezolanische Bevölkerung schwer leidet. Laut einem Bericht des Wall Street Journal war sie darüber hinaus eine von vier Aktivisten der sogenannten venezolanischen Opposition, die im Jahr 2019 den Versuch maßgeblich steuerten, den Parlamentspräsidenten Juan Guaidó eigenmächtig zum Präsidenten auszurufen und auf diesem Weg einen Putsch auszulösen. Das Bemühen wurde damals offen von Deutschland und der EU unterstützt. Die Vereinigten Staaten erkannten Guaidó sogar als Präsidenten an. Der Plan scheiterte allerdings.

Diese neue Trägerin des Friedensnobelpreises ist von einer deutschen Parteiengnstiftung über lange Zeit gefördert worden. Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung teilt mit, sie sei „stolz“, mit der venezolanischen Oppositionspolitikerin María Corina Machado „und ihren Unterstützern seit vielen Jahren intensiv“ kooperiert zu haben. Machado war mehrfach in Putschversuche in Venezuela involviert.

Sie arbeitet heute zudem mit dem Patriots for Europe (PfE) zusammen, dem die französische Partei Rassemblement National (RN) und die Partei Fidesz von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán angehört. Eine PfE-Veranstaltung im September, zu der Machado eine Ansprache beisteuerte, stand unter dem Motto „Die Reconquista (Rückeroberung) beginnt“. Insbesondere unterhält Machado enge Kontakte zur Trump-Regierung, die ihren Druck und ihre Angriffe auf Venezuelas Regierung massiv verschärft.

M. C. Machado hat stets enge Beziehungen in die USA unterhalten. Ende Mai 2005 wurde sie von US-Präsident George W. Bush im Weißen Haus empfangen. Dem Netzwerk RELIAL (Red Liberal de América Latina) und ihrer Partei „Vente“ Venezuela gehört sie seit 2017 an. RELIAL ist im Jahr 2004 auf Initiative der Naumann-Stiftung² gegründet worden und wird auch weiterhin unterstützend von ihr begleitet.

In dem Netzwerk sind rechtsliberale Organisationen aus ganz Lateinamerika zusammengeschlossen, die jeweils die Interessen der alten weißen Eliten des Subkontinents vertreten. RELIAL-Mitglieder waren dabei gelegentlich an Putschen beteiligt. Funktionäre des RELIAL-Mitglieds Partido Liberal de Honduras (PLH) spielten im Juni 2009 eine führende Rolle beim damaligen Putsch in Tegucigalpa. Auch der paraguayische Partido Liberal Radical Auténtico (PLRA) gehörte RELIAL an, als sein Anführer Federico Franco im Juni 2012 die Macht in Asunción an sich riss.

Vor dem „Friedensnobelpreis“ hatte Machado bereits den Sacharow-Preis des Europaparlaments erhalten. Vorausgegangen war schon im September 2024 die Verabschiedung einer Resolution, in der das Europaparlament es sich anmaßte, den in Venezuelas Präsidentenwahl am 28. Juli 2024 unterlegenen Kandidaten Edmundo González als Wahlsieger anzuerkennen. Als das Europaparlament im Oktober 2024 über den Sacharow-Preis abstimmte, da erhielten ihn González und Machado nur dank der Zustimmung der so genannten „Venezuela-Koalition“, die von der EKR und der PfE initialisiert wurde.

Machado billigt das Vorgehen der Trump-Regierung, die seit ihrem Amtsantritt den Druck auf Venezuela massiv erhöht und mehrere venezolanische Schiffe durch die US-Streitkräfte versenken lassen hat, das unter dem unbewiesenen Vorwand, es habe sich um Boote von Drogenkartellen gehandelt. Unbestritten ist, dass dabei jeweils Bürger Venezuelas ermordet wurden. Auf die Frage, ob sie damit einverstanden sei, bekräftigte Machado, sie finde „die

² Auf der Homepage dieser Stiftung findet man folgendes: „Wir gratulieren der großen venezolanischen Liberalen María Corina Machado zum Friedensnobelpreis. Sie arbeitet schon lange mit höchstem Einsatz für ein freies und demokratisches Venezuela.“ Und auf der Internet-Seite direkt darunter: „Schicksalswahl in Argentinien: Javier Milei kämpfte um Macht, Reformkurs und politische Zukunft. Argentinien steht vor einer Richtungsentscheidung.“

Zerlegung dieser kriminellen Infrastruktur“ gut. Trump sei „die größte Chance, die wir jemals hatten“.

Zu den Begehrlichkeiten Trumps gehört neben Kanada, Grönland und der Su-
ezkanal also auch Venezuela.

Das schließt die Regierung der USA nicht aus. Der militärische Präsenz in der Karibik wurde massiv verstärkt. Auf dem Außengebiet der USA in Puerto Rico sind auf Stützpunkten inzwischen 6.500 US-Soldaten stationiert. Mitte August entsandte Trump ein bedeutendes Marineaufgebot Richtung Venezuela. Es besteht aus acht Kriegsschiffen, mehrere Aufklärungsfliegern des Typs Poseidon P-8, Angriffsdrohnen sowie einem U-Boot. Hinzu kommen nach Puerto Rico verlegte F-35 Kampfjets und Truppen. Für eine Operation, die "nur" dem Kampf gegen Drogenschmuggel gelten soll, scheint das ein etwas zu umfangreiches Aufgebot zu sein.

Einem Bericht des "Washington Examiner" zufolge könnten die USA jetzt tatsächlich andere Ziele anstreben. Demnach halten mit der Planung beauftragte Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums die Kräfte für stark genug, um strategische Schlüsselpositionen wie Häfen oder Flugfelder in [Venezuela](#) einzunehmen. Das gäbe dem US-Militär eine gute Ausgangsposition für weitere Militäroperationen in dem südamerikanischen Land.

Der US-Sender NBC-News berichtet, dass US-Beamte bereits Optionen für militärische Schläge gegen Drogenschmuggler auf Venezuelas Festland vorbereiten. Diese können demzufolge "innerhalb weniger Wochen" beginnen. Noch habe Trump indes keine Genehmigung erteilt, heißt es. Möglicherweise könne er das jedoch schon bald nachholen.

Diese Handlungen werden von Beobachtern als Versuch gewertet, Präsident Maduro indirekt zu stürzen.

Für einen Krieg muss immer ein Anlass herbeigeführt werden. Hier soll es der Drogenschmuggel sein.

Auf dem Marinestützpunkt Norfolk nannte Trump als Grund für den Militäreinsatz die Fentanyl-Schwemme in den USA. Dieser seien 2024 300.000 Menschen zum Opfer gefallen, behauptete Trump. Nur: Laut Einschätzung von Experten spielt Venezuela beim Schmuggel des synthetischen Opioids ei-

ne unbedeutende Rolle. Dennoch findet diese Argumentation Anklang bei vielen US-Amerikanern.

Auch beim Kokainhandel gilt Venezuela eher als Standort von Mittelsmännern. Der Großteil der Droge wird in Ländern wie Kolumbien, Peru und Bolivien produziert. Einer Einschätzung der Drogenbekämpfungsbehörde DEA aus dem Jahr 2019 zufolge kommt außerdem nur rund ein Viertel des Kokainschmuggels über die Karibik in die USA, der überwiegende Teil jedoch über den Pazifik, an den Venezuela nicht grenzt. Vor diesem Hintergrund erscheint es wahrscheinlicher, dass die US-Regierung in Wahrheit einen Regierungswechsel in Venezuela erzwingen und dort nicht nur Drogenkartelle bekämpfen will.

Siegesgewiss trat Donald Trump auf dem Stützpunkt Norfolk vor Marinesoldaten auf. Das Problem mit dem Drogenschmuggel über Wasser aus der Karibik in die USA ist aus Sicht des Präsidenten behoben. "Wir halten Drogen in einem Maß auf, das noch niemand gesehen hat", sagte Trump. "Wir sind so gut darin, dass es keine Boote gibt." Nicht einmal Fischerboote trauten sich in der Region noch auf das Meer. "Entschuldigung, dass ich das sage", fügte er lachend hinzu. "Wir können einfach niemanden mehr finden."

Das Weiße Haus erlaubt CIA-Operationen in Venezuela. Zuerst berichtete darüber eine US-Zeitung, nun ist es offiziell: Nach einer Anordnung des US-Präsidenten darf der Auslandsgeheimdienst CIA Einsätze in Venezuela durchführen. Trump wich dabei der Frage aus, ob dies eine Eliminierung seines Amtskollegen Nicolás Maduro impliziere.

Die Regierung in Venezuela hat derweil 4,5 Millionen Reservisten bzw. Militärische mobilisiert.

Die venezolanische Oppositionsführerin Machado hat den Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, zum Rücktritt gedrängt. "Maduro hat im Moment die Möglichkeit, eine friedliche Übergabe anzugehen", sagte Machado am Montag in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP. Wenn er sich weiter weigere, seien "die Konsequenzen allein seine Verantwortung". Ob "mit oder ohne Verhandlungen wird er die Macht abgeben."

Dass das Nobelpreiskomitee die Oppositionsführerin Machado mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet hat, ist kein Fehlgriff, sondern eine politische

Entscheidung. Diese richtet sich auch nicht gegen den Präsident Trump, der den Preis in einer historisch beispiellosen Kampagne für sich selbst eingefordert hat, sondern wurde vergeben, um seine politischen Vorhaben entscheidend zu fördern. Trump ist auf María Corina Machado angewiesen, will er Venezuelas Präsident Maduro stürzen, auf den er bereits offiziell ein Kopfgeld von 50 Millionen US-Dollar ausgesetzt hat. Das spricht für sich. Machado wiederum verfügt, wie sich in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt hat, nicht über die nötigen Kapazitäten, Präsident Maduro von der Macht zu verdrängen. Sie ist deshalb auf Unterstützung von außen angewiesen. Die aber kann nach Lage der Dinge nur aus den USA kommen. Sie hat berichtet, sie habe Trump nach der Vergabe des Nobelpreises an sie angerufen und ihm gegenüber Dankbarkeit ausgedrückt. Zudem sei sie sich sicher, dass Trump sich diese Auszeichnung im kommenden Jahr „verdienen“ werde.

Das Nobelpreiskomitee sieht also durchaus eine Tradition darin, bei noch sehr aktuellen Auseinandersetzungen sein Gewicht einzubringen und so Entwicklungen mitzugestalten, was im Fall von María Corina Machado eine heikle Entscheidung ist, denn die Opposition in Venezuela ist nicht gerade ein einheitlicher Block. Ganz im Gegenteil, sie war von Beginn an und ist bis heute extrem zersplittert. Die bürgerlichen Vertreter, Aufrührer und Demagogen bilden den Kern. Und Machado gehörte zur letzten Gruppe.

Sollten die USA tatsächlich Maduro militärisch zu stürzen versuchen, dann steht ein etwaiger Preis für Trump wie auch der Nobelpreis für Machado unter einem besonderen Licht, denn ganz offensichtlich ist er dann ein Kriegsnobelpreis.

Drei Tage nach der Vergabe des Friedensnobelpreises an die Oppositionspolitikerin María Corina Machado aus Venezuela hat die Regierung Venezuelas ihre Botschaft in Oslo geschlossen.

Wochenberichte

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Wochenberichte vom 01. 09. – 27.10. 2025

Woche vom 01.09. bis 07.09.

China:

Beim Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit hat Chinas Staatschef Xi Jinping Kritik an der aktuellen Weltordnung geäußert. Es gebe einige Länder, die andere Länder schikanierten, sagte Xi im Hinblick auf die USA und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit gehören Belarus China, Indien, der Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan an. Weitere 16 Länder sind als Beobachter oder „Dialogpartner“ angegliedert. China und Russland nutzen die Organisation, um ihre Beziehungen zu zentralasiatischen Staaten zu stärken und ein Gegengewicht zu Zusammenschlüssen westlicher Staaten wie der Nato zu etablieren.

Das aktuelle Treffen im nordchinesischen Tianjin ist das größte bislang. Xi versammelte dafür mehr als 20 Staats- und Regierungschefs. Am Sonntag hatte der Gipfel mit bilateralen Treffen von Xi mit seinen Gästen begonnen. Am Montag nahmen die Staats- und Regierungschefs schließlich im Plenum Platz.

Frankreich

Die Staats- und Regierungschefs westlicher Unterstützer der Ukraine beraten sich in Paris. Konkrete Ergebnisse ließen bei bisherigen Treffen auf sich warten. Welche Spielräume haben die Europäer noch?

Die westlichen Unterstützer der Ukraine beraten heute in Paris weiter über eine Friedenssicherung für die Ukraine. Zwar ist ein Ende des russischen Angriffskriegs derzeit nicht in Sicht, doch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will die Pläne vorantreiben und vor allem den USA demonstrieren, Verantwortung zu übernehmen. Und auch an Moskau soll ein Signal ausgehen.

Ob das gelingt, ist allerdings fraglich, denn die sogenannte Koalition der Willigen hat sich bereits etliche Male getroffen, ohne dass konkrete Zusagen oder Ergebnisse mitgeteilt wurden.

Frankreich, 04.09.2025

Reuters - Die Staats- und Regierungschefs westlicher Unterstützer der Ukraine beraten sich in Paris. Konkrete Ergebnisse ließen bei bisherigen Treffen auf sich warten. Welche Spielräume haben die Europäer noch?

Die westlichen Unterstützer der Ukraine beraten heute in [Paris](#) weiter über eine Friedenssicherung für die Ukraine. Zwar ist ein Ende des russischen Angriffskriegs derzeit nicht in Sicht, doch Frankreichs Präsident [Emmanuel Macron](#) will die Pläne vorantreiben und vor allem den USA demonstrieren, Verantwortung zu übernehmen. Und auch an Moskau soll ein Signal ausgehen.

Ob das gelingt, ist allerdings fraglich, denn die sogenannte Koalition der Willigen hat sich bereits etliche Male getroffen, ohne dass konkrete Zusagen oder Ergebnisse mitgeteilt wurden.

Frankreich, 05.09

Am 8. September will sich Premierminister François Bayrou in Frankreich einer Vertrauensfrage stellen. Schon wieder droht eine Regierung zu scheitern. Und ein Ausweg aus der politischen Dauerkrise ist vorerst nicht in Sicht.

Eine Analyse von [Tanja Kuchenbecker](#)

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Tanja Kuchenbecker sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen.

Frankreich steckt mal wieder in einer politischen Sackgasse. Premierminister François Bayrou wird am 8. September im Parlament die Vertrauensfrage stellen – und sie wahrscheinlich verlieren.

Stürzt Bayrou, müsste Präsident [Emmanuel Macron](#) eine neue Regierung suchen. Schon die achte seiner Amtszeit.

Stimmung in Frankreich auf dem Tiefpunkt

Die Stimmung ist schlecht. Die Wirtschaft wächst nur schwach – und die Bürgerinnen und Bürger machen sich auf Einschnitte gefasst. Auch [die gesellschaftliche Mitte begeht inzwischen auf](#). Premierminister Bayrou hat für 2026 einen Sparhaushalt angekündigt – 44 Milliarden Euro will er im Etat kürzen. In der Bevölkerung macht sich währenddessen eine generelle Mutlosigkeit breit. Nur 31 Prozent der Franzosen blicken laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts [Ifop](#) von August optimistisch in die Zukunft.

Ein Mitglied der Regierung sagte der Zeitung ["Le Figaro"](#) zufolge: "Wir können schon mal unsere Kartons packen."

Venezuela, 07.09.

Venezuelas Präsident Maduro ruft die USA zur Deeskalation auf und warnt vor einem großen militärischen Konflikt. Mehr als 5.000 Miliz-Einheiten werden aktiviert.

Im Konflikt zwischen den USA und Venezuela fordert Präsident Nicolás Maduro die US-Regierung zur Deeskalation auf und warnt vor einem "militärischen Konflikt von großem Ausmaß". "Keine der Differenzen, die wir hatten und weiterhin haben, darf zu einem militärischen Konflikt von großem Ausmaß und Gewalt in Südamerika führen", sagte Maduro in einem auf der Nachrichtenplattform Telegram veröffentlichten Video. Dafür gebe es keine Rechtfertigung. Er forderte von den USA, "ihren Plan eines gewaltsamen Regimewechsels in Venezuela und in ganz Lateinamerika" aufzugeben und die Souveränität des Landes zu respektieren.

Maduro erklärte zugleich, über 5.300 kommunale Miliz-Einheiten seien aktiviert worden, um sich gegen mögliche Versuche eines US-gestützten "Regimewechsels" zu verteidigen. "Niemand wird kommen, um uns zu versklaven oder zu kolonisieren, weder heute noch jemals", sagte er.

Woche vom 08.09. bis 14.09.

Frankreich, 09.09.2025

Am Montagabend kam es, wie es kommen musste: [Frankreichs](#) Premier François Bayrou hat die [Vertrauensabstimmung im Streit um die Haushaltspannung](#) politisch nicht überlebt. Die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung ist

damit gescheitert. Präsident [Emmanuel Macron](#) steht vor einem Trümmerhafen. Schon wieder.

Seit seiner Wiederwahl 2022 hat Macron drei Premierminister und eine Premierministerin ernannt. Niemand hat lange in der Position bestanden. Nun gilt das nach nur knapp neun Monaten auch für Bayrou.

Der Auftritt des 74-jährigen Zentrumspolitikers in der Nationalversammlung war somit gleichzeitig ein Abschied. "Ihr habt das Recht, diese Regierung zu stürzen, aber ihr könnt die Realität nicht wegwischen", sagte er während seiner 40-minütigen Rede in Richtung Opposition. Das Land, warnte er, stehe am Abgrund.

Frankreich, 11.09.2025

Favorit Lecornu wird neuer Ministerpräsident in Frankreich. Es ließ nicht lange auf sich warten. Am Mittag hatte der ehemalige Ministerpräsident Frankreichs seinen Rücktritt bekanntgegeben. Und jetzt, nur wenige Stunden später, wurde bereits ein Nachfolger ernannt. Wie die Nachrichtenagentur *AFP* berichtete, wurde der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu zum neuen Ministerpräsidenten ernannt.

Landesweite Proteste begleiteten die Ernennung von Frankreichs neuem Ministerpräsidenten Sébastien Lecornu. In mehreren Städten blockierten Demonstrierende Autobahnen und Bahngleise. Lecornu räumte eine „politische und parlamentarische Krise“ ein und zeigte sich dennoch zuversichtlich: „Wir schaffen das.“ Die „Diskrepanz zwischen dem politischen Leben des Landes und dem realen Leben“ sei besorgniserregend. Die Instabilität mahne zur Zurückhaltung.

Der Premierminister kündigte Gespräche mit Oppositionsparteien und Gewerkschaften an, wie Präsident Emmanuel Macron ihm aufgetragen habe. Ein Neuanfang sei nötig, „nicht nur in der Methode, sondern auch im Inhalt“.

EU, 10.09.2025

taz

Straßburg

„Europa kämpft“, erklärte [EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen](#) am Mittwoch im Europaparlament in Straßburg in ihrer mit Spannung erwarteten Rede zur Lage der Union. „Dies muss der Moment der europäischen Unabhängigkeit sein.“ Konkrete Maßnahmen für mehr Eigenständigkeit nannte sie allerdings nicht. Eine Mitverantwortung für die Krise wollte die CDU-Politikerin auch nicht eingestehen.

Der umstrittene [Handelsdeal mit US-Präsident Donald Trump](#) sei der beste, den die EU bekommen konnte, betonte von der Leyen. Und die Hilfe für die Ukraine gegen die russische Aggression sei die beste Verteidigung für ganz Europa. Die finanzielle und militärische Unterstützung für Kiew soll deshalb weiter aufgestockt werden.

Woche vom 15. bis 21.09.

BRD, 15.09.2025

Die Kommunalwahlen in NRW waren vor allem wegen der AfD mit Spannung erwartet worden. Mittlerweile ist klar: Sie konnte ihr Ergebnis fast verdreifachen. Welche Folgerungen ziehen die anderen Parteien?

Nach den Kommunalwahlen in [Nordrhein-Westfalen](#) setzen sich am Montag die Parteigremien auf Landes- und Bundesebene mit den Ergebnissen auseinander. Die [CDU](#) blieb trotz leichter Rückgänge im Vergleich zu den Kommunalwahlen im Jahr 2020 klar die stärkste Kraft. [Die AfD verdreifachte ihr Ergebnis](#) im bevölkerungsreichsten Bundesland fast. In der bundesweit beachteten Wahl landete sie auf dem dritten Platz hinter der SPD. Die Grünen mussten erhebliche Einbußen hinnehmen.

Laut vorläufigem Landesergebnis erreichte die CDU in den Stadträten der kreisfreien Städte und in den Kreistagen 33,3 Prozent (2020: 34,3 Prozent). Die [SPD](#) kam auf 22,1 Prozent (2020: 24,3 Prozent), wie die Landeswahlleiterin mitteilte. Die [AfD](#) holte 14,5 Prozent (2020: 5,1 Prozent), die Grünen bekamen 13,5 Prozent (2020: 20,0 Prozent). Schon bei der Bundestagswahl im Februar hatte die AfD in NRW die Grünen überholt.

[Die Linke](#) kam auf 5,6 Prozent (2020: 3,8 Prozent) und die [FDP](#) auf 3,7 Prozent (2020: 5,6 Prozent).

BRD, 15.09.2025

Wie kommt das russische Gas nach Deutschland?

BZ - Der deutsche Staatskonzern Sefe („Securing Energy for Europe“, ehemals Gazprom Germania) hat auf der Energiemesse „Gastech“ in Mailand eine strategische Kooperation mit dem chinesischen Energiehändler Unipec unterzeichnet. Ziel sei es, die „bestehende Zusammenarbeit auf den internationalen LNG-Märkten zu formalisieren und zu vertiefen“, [teilte Sefe mit](#).

Die Welt - Keine zwei Monate ist es her, dass US-Präsident Donald Trump die Präsidentin der EU-Kommission auf seinem Golfplatz im schottischen Turnberry empfing, um über Zölle zu feilschen – oder besser, die Höhe der Abgaben zu diktieren. Um die drohenden Zölle so gering wie möglich zu halten, sagte Ursula von der Leyen dem US-Präsidenten zu, in den kommenden drei Jahren Energie im Wert von 750 Milliarden Dollar in den USA zu kaufen. Eine im Anschluss viel kritisierte Zusage.

Denn schnell stellten Marktbeobachter klar, dass der Milliardeneinkauf der Europäer womöglich ein leeres Versprechen bleibt. Es steht gar nicht in der Macht der EU-Kommissionspräsidentin, Zusagen über Öl-, Gas- und Uran-käufe zu machen: Die Brüsseler Behörde selbst hat dafür kein Budget, ist kein Marktteilnehmer und hat auch keinerlei Einfluss darauf, welche Mengen Energie europäische Unternehmen zu welchem Preis bei welchem Anbieter einkaufen.

Wie wird Trump reagieren, wenn er merkt, dass von der Leyen versprach, was sie nicht halten kann? Womöglich reagiert er gar nicht, weil es ihm in Turnberry nur um die schnelle Schlagzeile ging und nicht um die Sache selbst.

Partnerschaft „auf einer neuen Ebene“?

Womöglich aber antwortet er mit weiteren Zoll-Strafen. Eine ungemütliche Ungewissheit: Erfüllt die EU ihr enormes, milliardenschweres Einkaufsversprechen nicht, kann dies von Trump jederzeit als „Vertragsbruch“ gewertet werden, der ihm als Alibi für weitere Sanktionen und Forderungen dient.

Woche vom 22.09. bis 28.09.

UNO, 22.09.2025

Von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben aktuell 156 (d. h. über 80 %) den Staat Palästina als unabhängigen Staat anerkannt, darunter mit China, Russland, Frankreich und Großbritannien vier der fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat.

"Nein, die Anerkennung ist keine Show"

Ist Palästina ein Staat? Ja, sagt der Völkerrechtler Andreas Zimmermann. Deutschlands Haltung habe mit der politischen Realität nichts mehr zu tun.

Interview: [Heinrich Wefing](#)

Großbritannien, Kanada und Australien erkennen Palästina als Staat an. Der Völkerrechtler Andreas Zimmermann erläutert im Gespräch mit der ZEIT, welche Folgen solche Anerkennungen haben könnten und welche nicht – und warum ausländische Kollegen die deutsche Haltung nicht nachvollziehen.

Andreas Zimmermann: Der 64-Jährige lehrt Völkerrecht an der Universität Potsdam. Er hat Palästina in zwei Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof vertreten.

DIE ZEIT: Herr Zimmermann, wann ist ein Staat ein Staat – völkerrechtlich gesehen?

Andreas Zimmermann: Traditionell wird ein Staat durch drei Elemente definiert, die sich völkerrechtlich etabliert haben. Es muss ein Staatsgebiet vorhanden sein, also ein definierter Teil der Erdoberfläche, zweitens ein Staatsvolk und schließlich drittens eine Staatsgewalt. Staatsvolk ist die Bevölkerung, die auf dem Staatsgebiet lebt, und unter Staatsgewalt wird die Fähigkeit verstanden, die Hoheitsgewalt auf diesem Gebiet und gegenüber den Personen, die dort leben, durchzusetzen.

ZEIT: Gehen wir die drei Punkte mal durch mit der Frage im Hinterkopf, ob es überhaupt ein Gebilde gibt, das als Staat [Palästina](#) anerkannt werden kann. Gibt es ein Staatsvolk?

Zimmermann: Das ist unproblematisch, jedenfalls gibt es einen Kern dieser Bevölkerung, die ethnisch Palästinenser und Palästinenserinnen sind und die in der Westbank einschließlich Ostjerusalem und in Gaza leben, insgesamt et-

wa vier Millionen Menschen. Ob die Palästinenser, die in der Diaspora leben, etwa in Jordanien oder im Libanon, auch dazu zählen, ist dabei irrelevant.

ZEIT: Gibt es auch ein Staatsgebiet?

Zimmermann: Ja, es besteht ein allgemeiner Konsens in der Staatengemeinschaft und in der Wissenschaft, dass Ostjerusalem, Gaza und die Westbank nicht Teil des Staates [Israel](#) sind, zumal Jordanien im Jahr 1988 alle etwaigen Ansprüche auf das Westjordanland aufgegeben hat. Damit gehört dieses gesamte Gebiet zu der Entität Palästina.

Zimmermann: Nach allgemeiner Auffassung, auch der Bundesregierung, sind alle israelischen Siedlungen völkerrechtswidrig. Die Besatzung und die Siedlungen ändern dabei nichts an der völkerrechtlichen Zuordnung des Gebiets, genauso wenig wie die Besatzung und Annexion der Krim oder des Donbass durch Russland etwas daran ändern, dass es sich dabei nach wie vor um Staatsgebiet der Ukraine handelt. Die israelische Annexion von Ostjerusalem hat der [UN-Sicherheitsrat](#) zudem für nichtig erklärt.

ZEIT: Bleibt die Frage nach der effektiven Staatsgewalt: Gibt es die überhaupt? In Gaza herrscht Krieg zwischen der Hamas und Israel, in der Westbank übt die tatsächliche Herrschaft doch vor allem Israel aus?

Zimmermann: Das ist sicher die heikelste und schwierigste Frage. Vorweg: Wenn bereits ein Staat existierte, der dann von einem anderen Staat besetzt wird, geht das Völkerrecht davon aus, dass der Staat dennoch fortbesteht. Nehmen Sie das Beispiel der baltischen Staaten. Die waren zwischen 1940 und 1991 zwar faktisch Teil der Sowjetunion, aber jedenfalls die westlichen Staaten waren davon ausgegangen, dass Estland, Lettland, Litauen nicht aufgehört hatten, als Staaten zu existieren. Auch Österreich war im Jahr 1938 nicht durch die deutsche Besatzung, den sogenannten Anschluss, untergegangen – so war auch Österreich 1945 kein neuer Staat.

Zimmermann: Richtig, aber hier liegt eine andere Situation vor. Es gab zuvor noch nie einen souveränen Staat Palästina. Das Territorium war vorher zunächst britisches Mandatsgebiet und stand danach teils unter jordanischer und teils unter ägyptischer Kontrolle. Dennoch wird von einem großen Teil der Völkerrechtler argumentiert, dass, wenn die Durchsetzung der effektiven Staatsgewalt durch eine illegale Besetzung verhindert wird wie hier, man un-

geachtet einer fehlenden effektiven Staatsgewalt von einem Staat ausgehen müsse. Sonst hätte es die Besatzungsmacht Israel in der Hand, über die Staatlichkeit Palästinas zu entscheiden. In diesem Sinne ist auch der Internationale Gerichtshof in seinem Rechtsgutachten von 2024 zu verstehen.

ZEIT: Wie sieht das die Bundesregierung?

Zimmermann: Soweit ich sehe, hat sich die Bundesregierung bislang nicht klar zu der Frage geäußert, warum es sich bei Palästina noch nicht um einen Staat handelt. Der Bundeskanzler hat aber vor Kurzem bei einer Pressekonferenz die drei Kriterien genannt, über die wir eben gesprochen haben, und hat dann nur allgemein ausgeführt, diese seien nicht erfüllt.

ZEIT: Wenn Palästina kein Staat ist, so wie es die Bundesregierung sieht, was ist es dann?

Zimmermann: Das Völkerrecht kennt verschiedene Zwischenstufen von Para-Staatlichkeit, die wir als De-facto-Regime bezeichnen. Denken Sie etwa an Taiwan. Taiwan nimmt nicht für sich in Anspruch, es habe sich vollständig von Festland-China losgelöst. Damit besitzt es einen völkerrechtlichen Zwischenstatus, es führt etwa eine Flagge und verfügt jedenfalls über bestimmte völkerrechtliche Rechte und Pflichten.

ZEIT: Sie würden also argumentieren, die drei Voraussetzungen, die Sie vorhin genannt haben – Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt – liegen vor. Welche Bedeutung hat dann die Anerkennung zum Beispiel durch [Frankreich](#), Großbritannien oder Kanada: Ist Palästina ein Staat oder wird es zum Staat durch die Anerkennung anderer Staaten?

Zimmermann: Da ist die Völkerrechtslehre sehr klar: Die Anerkennung wirkt nur deklaratorisch, nicht konstitutiv. Ob eine Entität ein Staat ist, hängt also nicht von der Anerkennung durch andere Staaten ab. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht so gesehen: Es ging etwa im Jahr 1973 davon aus, dass die Frage, ob die DDR ein Staat sei, unabhängig von der Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland zu beantworten sei.

ZEIT: Was sagen Sie persönlich? Ist Palästina ein Staat?

Zimmermann: Ja. Das sehe ich so wie die 147, und wohl bald mehr als 150 Staaten, die Palästina bereits anerkannt haben oder dies in Kürze tun werden.

ZEIT: Was ändert sich dann durch die Anerkennung durch Frankreich oder Kanada? Ist das nur Show? Ein politisches Spektakel?

Zimmermann: Nein, die Anerkennung ist keine "Show". Völkerrechtlich gesehen ändert sich etwa das Verhältnis zwischen Frankreich und Palästina. Zwischen Frankreich und Palästina ist dann unstreitig, dass Palästina ein Staat ist. Frankreich ist damit verpflichtet, gegenüber Palästina alle Pflichten zu erfüllen, die man im völkerrechtlichen Verkehr mit einem anderen souveränen Staat hat. Deren Vertreter genießen dann Diplomatenstatus, das Staatsoberhaupt genießt Immunität. Palästina kann dann auch seitens der anerkennenden Staaten nicht die Aufnahme in internationale Organisationen mit dem Argument verweigert werden, es sei kein Staat.

ZEIT: Ändert sich durch die Anerkennung etwas bei der Bewertung der israelischen Militäroperationen in Gaza und in der Westbank? Müssen Frankreich und Großbritannien nach der Anerkennung anders damit umgehen als jetzt?

Zimmermann: Nein, der Konflikt in Gaza ist ja kein Konflikt zwischen Israel und dem Staat Palästina, wenn es ihn denn gibt, sondern es ist ein militärischer Konflikt zwischen der Hamas und Israel. Das lässt sich völkerrechtlich vielleicht mit der Auseinandersetzung zwischen den Nato-Staaten und den Taliban in Afghanistan bis zum Jahr 2021 vergleichen.

ZEIT: Lange hat der Westen die Position vertreten, es müsse erst Frieden geben, dann folge die Anerkennung Palästinas. Die Anerkennung der Staatlichkeit quasi als Belohnung für Kooperation bei einem Friedensvertrag. Das geben Frankreich und Großbritannien jetzt auf. Ist das aus Ihrer Sicht klug?

Zimmermann: Ich bin Völkerrechtler, kein Politiker, und verfüge insoweit über keine spezifische Expertise. Ich sehe nur die klare Positionierung der derzeitigen israelischen Regierung, sie werde in keinem Fall eine irgendwie geartete Zweistaatenlösung zulassen. Insoweit hat der Ansatz, Deutschland erkenne erst dann Palästina als Staat an, wenn es zu einer verhandelten Zweistaatenlösung gekommen sei, meines Erachtens mit der politischen Realität nichts mehr zu tun. Diese Prämisse ist zu einer bloßen Fiktion geworden.

ZEIT: Sollte nach Ihrer Überzeugung Deutschland bei dem Schritt mitgehen, den Frankreich, Großbritannien, unsere engsten Verbündeten, jetzt gehen? Und ebenfalls Palästina als Staat anerkennen?

Zimmermann: Noch mal, ich bin Wissenschaftler, kein Politiker. Aber auch in der Wissenschaft erlebe ich, wie Deutschland sich mit seiner Position zunehmend isoliert. Kollegen und Kolleginnen aus dem Ausland fragen mich zunehmend, was denn mit Deutschland sei. Deutschland habe doch aus guten Gründen immer betont, es verhalte sich völkerrechtskonform – aber hier mache es nicht mit?

ZEIT: Das Gegenargument lautet natürlich, Deutschland definiert seine Position gegenüber Palästina nicht entlang der Frage, ob es in der internationalen Staatengemeinschaft isoliert ist, sondern aufgrund der besonderen historischen Beziehungen zu Israel.

Zimmermann: Ich bin sicherlich der Letzte, der die besondere historische Verantwortung Deutschlands für Israel infrage stellt. Ich sehe auch, dass wir Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft erleben, nicht zuletzt auch Antisemitismus durch eingewanderte Migranten. Dem darf man keinen Vorschub leisten. Aber das ist das Dilemma, mit dem wir umgehen müssen: zum einen unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und zum anderen uns aber nicht dem Vorwurf auszusetzen, wir messen mit zweierlei Maß, was die Einhaltung des Völkerrechts anbelangt. Das ist die Kunst der Politik. Ich beneide keinen Politiker um diese Aufgabe.

BRD, 23.09.2025

Merkur

Vor dem Hintergrund gegenwärtiger globaler Spannungen und Krisen üben die Grünen scharfe Kritik an Merz' Entscheidung, nicht selbst an der heute startenden UN-Generalversammlung teilzunehmen. „Der US-Präsident, der chinesische Premier, Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt. Alle sind zur UN gereist, nicht wegen des Protokolls, sondern weil die Welt im Umbruch ist. Und sich gerade entscheidet, wer mitspielt und wer zum Spielball wird“, so die stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Agnieszka Brugger. „Und Kanzler Merz? Fehlt.“

Merz erscheine zu stark von den innenpolitischen Turbulenzen seiner Regierungskoalition vereinnahmt, monierte Brugger zusätzlich. „Das kann sich unser Land in so ernsten Zeiten nicht leisten.“ Weiterhin betonte sie, es gehe schließlich um Deutschlands Sicherheit und Wohlstand. Merz' Fernbleiben

könne für Deutschland zudem diplomatische Nachteile haben, wenn im kommenden Jahr die Abstimmung über einen nicht-permanenten Platz im UN-Sicherheitsrat ansteht.

Frankreich, 24.09.

Protest gegen Sparpläne in Frankreich "Wir müssen dieses System ändern"

Stand: 18.09.2025 20:13 Uhr

Bei einem landesweiten Streik haben in Frankreich Hunderttausende ihre Empörung über die Sparpläne der Regierung zum Ausdruck gebracht. Argwohn schlug auch dem neuen Premier Lecornu entgegen.

Von Julia Borutta, ARD, Paris:

Es riecht nach Demo. Oder vielmehr: Es duftet. Auf den improvisierten Straßengrills brutzeln die würzigen Merguez-Würstchen - wie immer, wenn Frankreich streikt und protestiert. Doch die Volksfeststimmung trügt: Wut und Empörung sind groß bei denen, die sich hier an der Place de la Bastille im Herzen von Paris versammelt haben.

Michael Stempel, ARD Paris, über Massenproteste und Herausforderungen für Frankreichs neue Regierung

tagesschau24, 18.09.2025 18:00 Uhr

Wie zum Beispiel Anne, Alleinunternehmerin: "Wir müssen dieses System ändern. Es reicht mit diesen nebulösen Konzepten, die man uns immer wieder verkaufen will", sagt sie. "Die unsichtbare Hand des Marktes, der Wohlstand der Reichen, der am Ende alle wohlhabender machen soll. Stopp, das reicht! Wir wollen mehr Gerechtigkeit."

Auf Annes Pappschild trifft die unsichtbare Hand des Marktes die Menschen als Faust mitten ins Gesicht. "Es ist doch empörend, dass die dicksten Fische, die von der Infrastruktur des Landes profitieren, die Steuerflucht organisieren und nicht ihren Teil zum Zusammenleben beitragen", sagt sie.

Auch für Krankenschwester Eve von der Gewerkschaft CFDT geht es vor allem um soziale Gerechtigkeit. "Wir finden ja auch, dass die Schulden reduziert werden müssen. Aber die Sparpakete dürfen nicht immer dieselben treffen, nämlich die Arbeiter und Arbeiterinnen."

80.000 Polizisten im Einsatz. Der Nahverkehr im Großraum Paris jedenfalls ist stark beeinträchtigt. Die Lehrerverbände geben an, dass landesweit etwa 17 Prozent des Lehrpersonals streiken. An ein paar Dutzend Schulen und vereinzelt auch an Firmensitzen kam es zu Blockadeaktionen. Die Gewerkschaften hoffen auf bis zu 900.000 Demonstrierende.

Innenminister Bruno Retailleau warnte am Mittag: Über 80.000 Polizisten und Polizistinnen seien landesweit im Einsatz, auch Drohnen und gepanzerte Fahrzeuge, Wasserwerfer. "Ich hoffe natürlich, dass wir sie nicht einsetzen müssen. Aber besser man ist gut vorbereitet."

BRD, 26.09.2026

In Hamburg wird für den Kriegsfall gepröbt

Ein ungewohntes Bild im Hamburger Hafen: Checkpoints am Boden, Helikopter in der Luft und bewaffnete Menschen in Uniform. Um die Hansestadt auf einen möglichen russischen Angriff vorzubereiten, läuft aktuell die dreitägige Bundeswehrübung "Red Storm Bravo" mit 500 Soldatinnen und Soldaten.

Woche vom 29.09. bis 05.10.

BRD, 30.09.2025

Merz: "Wir sind nicht mehr im Frieden"

Kanzler Merz findet deutliche Worte: Deutschland stehe nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. Er will eingefrorene russische Vermögen stärker für die Ukraine nutzen.

Auch Thomas Röwekamp (CDU), der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, sagt im Morgenmagazin des ZDF, dass Deutschland nicht mehr im Frieden lebt.

Fast wortgleich hatte sich Merz bereits in der vergangenen Woche geäußert. Mit einem baldigen Ende des russischen [Überfalls auf die Ukraine](#) rechne Merz nicht. Die Geschichte zeige, dass Kriege entweder durch militärische Niederlagen oder wirtschaftliche Erschöpfung endeten, sagte er. Beides zeichne sich im Falle Russlands und der Ukraine aktuell nicht ab

BRD, 01.10.2025

AFP - Die Bundesregierung will Schluss machen mit der Bürokratie-Misere. Das Kabinett verabschiedet eine umfassende Modernisierungsagenda mit massiven Einsparungen. Doch die Opposition zeigt sich unbeeindruckt.

Deutschland bekommt eine Frischzellenkur: Das Bundeskabinett hat eine weitreichende Modernisierungsagenda mit etwa 80 Maßnahmen „für mehr Effizienz, Bürgernähe und Digitalisierung“ verabschiedet. Die Pläne sehen Einschnitte vor – sowohl bei den Kosten als auch beim Personal.

Die Regierung will demnach die Bürokratiekosten um die Summe von rund 16 Milliarden Euro, also um 25 Prozent, senken. Gleichzeitig soll der Personalbestand des Bundes um acht Prozent reduziert werden. "Wir haben den Anspruch, dass wir wieder an die Spitze kommen", kommentierte Bundeskanzler [Friedrich Merz \(CDU\)](#) die geplanten Maßnahmen.

Die Agenda war das zentrale Thema der zweitägigen Kabinettsklausur in der Villa Borsig im Berliner Nordwesten. Zu den konkreten Vorhaben gehören unter anderem eine Zentralisierung der Online-Kfz-Zulassung, um ein flächendeckendes Angebot für alle herzustellen. Zudem sollen Unternehmensgründer künftig eine Gründung innerhalb von 24 Stunden über ein zentrales Webportal durchführen können.

Tschechien, 05.10.2025

In [Tschechien](#) hat die ANO des Ex-Regierungschefs und Milliardärs Andrej Babis die Parlamentswahl gewonnen. Die Oppositionspartei kam nach Auszählung von knapp 99 Prozent aller Wahlbezirke auf 34,9 Prozent der Stimmen, wie aus den offiziellen Daten der Statistikbehörde CSU hervorging.

ZDF-Korrespondent Christian von Rechenberg in Prag:

"ANO hat gewonnen, aber hat nicht die Mehrheit. Babis wird mindestens zwei Parteien brauchen, die ihn in einer Koalition stützen. Und die werden nicht aus dem Bereich der Mitte kommen - dort haben alle Parteien kategorisch abgewunken", berichtet ZDF-Korrespondent Christian von Rechenberg aus Prag. "Er braucht die Hilfe von den extremen Rändern und da droht das meiste Risiko von den Rechtsextremen, die schon klar gesagt haben: Unsere Position ist: Raus aus Nato, raus aus EU, pro Putin. Und Moskau ist eine Richtung, das hat Babis gesagt, wo er die tschechische Republik überhaupt nicht sieht."

Babis habe einen anderen Plan, so Rechenberg weiter: "Er hätte gerne eine Minderheitsregierung, wie er es schon mal gemacht hat. Und er muss sich dann eben mühsam die jeweiligen Partner für seine Projekte suchen und wird womöglich versuchen, zumindest seinen harten Kurs gegen die Ukraine-Hilfe und Brüssel damit durchzuziehen. Also der EU droht auf jeden Fall ein weiterer unbequemer Partner, ein weiteres Problemkind im Stile Ungarns und der Slowakei."

Woche vom 06. bis 12.10.25

USA, 10.10.2025

Ein Deal für den Frieden - nach amerikanischer Art. Kann so ein eventueller Friedensnobelpreisträger aussehen?

Washington – Die im Wahlkampf groß angekündigte zeitnahe Beendigung des Ukraine-Kriegs muss noch auf sich warten lassen. Im Nahost-Konflikt zwischen Israel und der Hamas ist [Donald Trump](#) offensichtlich schon etwas weiter. Für den größtenteils dem Erdboden gleichgemachten [Gazastreifen](#) zeigt der US-Präsident eine Zukunft auf, die in der Weltgemeinschaft neben Anerkennung [auch Staunen und Entsetzen hervorruft](#).

„Die USA werden die Kontrolle über den Gazastreifen übernehmen, und wir werden damit gute Arbeit leisten“, verkündete Trump bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Israels Ministerpräsident [Benjamin Netanjahu](#). Dies solle „langfristig“ gelten, wodurch „Tausende von Arbeitsplätzen“ geschaffen und „Wohnungen für die Menschen in diesem Gebiet“ bereitgestellt würden.

In dem Küstengebiet zwischen Israel und Ägypten, das mit etwa 360 Quadratkilometern flächenmäßig nur etwas größer als die Stadt Bremen ist, leben gut zwei Millionen Menschen. Seit die israelische Armee als Reaktion auf das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 dort Jagd auf die Kämpfer der radikalislamischen Palästinenserorganisation macht, befinden sich viele Einwohner auf der Flucht. [Im Zuge des Waffenstillstands](#) kehren sie [nach und nach in Richtung Norden zurück](#).

Künftig sollen nach dem Willen Trumps im Gazastreifen „die Menschen der Welt“ leben – wozu auch Palästinenser gehören würden, wie er auf Nachfrage bestätigte. Zunächst würden die USA allerdings die Nachbarländer bitten, die

Gaza-Bewohner aufzunehmen. Trump schwebt vor, das Gebiet in „die Riviera des Nahen Ostens“ zu verwandeln.

Außenminister Marco Rubio kam [in einem Tweet auf X](#) nicht drumherum, das Motto „Make Gaza Beautiful Again“ auszugeben. Es gehe um einen „dauerhaften Frieden in der Region für alle Menschen“.

Trump und der Gazastreifen: „Tradition des Imperialismus aus dem 19. Jahrhundert“

Was aber bedeuten Trumps Pläne, die in der Heimat auf geteiltes Echo stoßen, für den Gazastreifen? Zunächst einmal klingt es nach einem weiteren Fall, in dem sich die USA als Weltpolizei aufspielen würden – zumal Trump die Entsendung von US-Soldaten keinesfalls ausschließt. Die dürfte es ohnehin allein deshalb brauchen, um die Sicherheit der von ihm beauftragten Aufbauhelfer zu gewährleisten.

Die [New York Times](#) fühlt sich bei Trumps Gaza-Plan an „die Tradition des Imperialismus aus dem 19. Jahrhundert“ erinnert und nennt in diesem Zusammenhang seine anderen außenpolitischen Ideen: Grönland zu kaufen, Kanada zu annexieren, den Panama-Kanal zurückzufordern und den Golf von Mexiko umzubenennen. In dem Artikel wird auch erwähnt, Trump-Berater hätten Reporter vor dem Treffen des US-Präsidenten mit Netanjahu darauf hingewiesen, dass ein Wiederaufbau des Gazastreifens mindestens 15 Jahre in Anspruch nehmen würde. Trump vor Tabubruch? Noch kein US-Präsident schickte US-Bodentruppen in das Gebiet.

Zu Wort kommt unter anderem Andrew Miller, unter den demokratischen Präsidenten Barack Obama und [Joe Biden](#) als politischer Berater für den Nahen Osten tätig. Mittlerweile arbeitet er für die Denkfabrik „Center for American Progress“ und warnt, dass die Kosten für das Gaza-Projekt „das 40-Milliarden-Dollar-Budget für Auslandshilfe, das Trump und [Elon Musk](#) als Verschwendungen bezeichnen, wie einen Rundungsfehler erscheinen lassen würden“.

Zudem betont die *Times*, der Einsatz von US-Soldaten käme einem Tabubruch gleich. Zwar sei Israel bislang diplomatisch und auch mit Waffenlieferungen unterstützt worden, doch alle Präsidenten vor Trump hätten davor zurückgeschreckt, in großem Umfang US-Bodentruppen in Israel oder den palästinens-

sischen Gebieten zu stationieren. Bereits jetzt sind [US-Söldner zur Unterstützung von Israels Truppen](#) vor Ort im Einsatz. Trump und die Kontrolle über Gaza: „Wie ethnische Säuberung der Palästinenser von ihrem Land“

Die [BBC](#) befürchtet derweil, Palästinenser und andere arabische Nationen könnten Trumps Gaza-Plan als Vorschlag ansehen, „der auf ihre Vertreibung und die ethnische Säuberung der Palästinenser von ihrem Land“ abziele. Ohnehin verbiete das internationale Recht jegliche Versuche, Bevölkerungsgruppen gewaltsam umzusiedeln.

So ließ die [Hamas](#) auch bereits mitteilen, die Bevölkerung des Gazastreifens werde erst gar nicht mitspielen. Saudi-Arabien bleibt dabei, dass eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung möglich sei. Dies verkündete das Außenministerium [in einem Statement via X](#).

Spanien, 10.10.2025

Spanien trägt als einziges Land der Nato nicht das neue Ausgabenziel des Verteidigungsbündnisses mit. US-Präsident Trump ist immer noch sichtlich verärgert. Donald Trump droht Spanien mit Ausschluss aus der Nato © Samuel Corum / EPA. [Spanien](#) habe nach Darstellung von US-Präsident [Donald Trump](#) »keine Entschuldigung«, die Verteidigungsausgaben nicht wie von ihm gefordert zu erhöhen. »Wir hatten einen Nachzügler, nämlich Spanien«, sagte er am Donnerstag. »Vielleicht sollte man sie ehrlich gesagt aus der NATO werfen.«

Im Juni hatten sich die 32 NATO-Mitgliedstaaten unter dem Druck von Trump darauf geeinigt, die Verteidigungsausgaben in den nächsten zehn Jahren massiv zu erhöhen. Neuer Zielwert sind 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie weitere 1,5 Prozent für verteidigungsrelevante Ausgaben in Infrastruktur – zuvor lag das Nato-Ziel bei zwei Prozent.

Spanien stimmte der Nato-Erhöhung zwar zu, Regierungschef [Pedro Sánchez](#) kündigte im Nachgang allerdings an, sein Land werde den neuen Zielwert nicht einhalten. Trump drohte daraufhin mit zusätzlichen Zöllen auf spanische Produkte.

Das von den [USA](#) vorgeschlagene Ziel sei »unvereinbar mit unserem Sozialstaat und unserer Weltanschauung«, hatte der sozialdemokratische Politiker vor dem Nato-Gipfel in einem Schreiben an Nato-Generalsekretär [Mark Rutte](#)

erklärt. Darin fordert Sánchez, das Ausgabenziel optional zu machen oder Spanien davon auszunehmen. Später erklärte Sanchez, man werde seine Nato-Verpflichtungen erfüllen – aber nicht fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür ausgeben. Diese Möglichkeit sei Sánchez in einem Briefwechsel mit Rutte [ausdrücklich eingeräumt worden](#).

Frankreich, 11.10.2025

Die Wochenzeitung „Die Zeit“:

Frankreichs Präsident [Emmanuel Macron](#) fehlen offenbar die Freiwilligen: Nach [Tagen der Krise](#) ernannte er am späten Freitagabend Sébastien Lecornu [erneut zum Premierminister](#) – nur vier Tage, nachdem dieser zurückgetreten war. "Diese Krise muss ein Ende haben", schrieb Lecornu ohne große Begeisterung auf X. Er übernehme das Amt aus "Pflichtgefühl". Noch am Mittwoch hatte er vor einem Millionenpublikum im Fernsehen erklärt, seine Mission sei beendet.

Wie lange er diesmal bleibt, ist unklar: Der 41-Jährige könnte schon am Montag an einem Misstrauensvotum scheitern. Satireportale witzelten, Macron habe extra eine übergroße Katzenklappe in die Tür des Élysée-Palasts einbauen lassen – damit [Premierminister](#) leichter kommen und gehen können. Macron hat bereits acht Regierungschefs verschlissen, und nun ist Lecornu zum zweiten Mal dran. "Unglaublich", sagte die Grünen-Vorsitzende Marine Tondelier.

Norwegen, 11.10.2025

Im Namen der Demokratie, natürlich der bürgerlichen Demokratie, jene die die Macht des Kapitals sichert:

Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises geht Trump leer aus. Nun berichtet der US-Präsident von einem Telefonat mit Preisträgerin Machado. Er habe aber nicht gesagt, dass sie die Auszeichnung abgeben soll, scherzt Trump.

US-Präsident Donald Trump hat nach eigenen Worten einen Anruf der neuen Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado aus Venezuela erhalten. Die zur Nobelpreisträgerin erkorene Person habe ihn angerufen und gesagt, dass sie die Auszeichnung ihm widme, weil er sie wirklich verdient habe, sagte der Präsident über das Telefonat - ohne die venezolanische Oppositionsführerin beim Namen zu nennen. Diese Geste habe er als sehr schön empfunden.

Danach ergänzte Trump im Scherz: "Ich habe nicht gesagt: 'Dann geben Sie ihn mir'."

Machado hatte nach Bekanntgabe der Würdigung auf der Plattform X geschrieben: "Ich widme diesen Preis dem leidenden Volk Venezuelas und Präsident Trump für seine entschlossene Unterstützung unserer Angelegenheit." Trump sagte nun, er habe Machado auf ihrem Weg geholfen.

Das norwegische Nobelkomitee in Oslo hatte die Preisvergabe an Machado mit ihrem "unermüdlichen Einsatz für die demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes und ihrem Kampf für einen gerechten und friedlichen Übergang von Diktatur zur Demokratie" begründet.

Woche vom 13. bis 19.10.

Ägypten, 14.10.2025

Mit einer Zeremonie in Ägypten ist die Waffenruhe zwischen der islamistischen Hamas und Israel durch die Vermittlerstaaten formell besiegelt worden. US-Präsident Trump, Ägyptens Präsident al Sisi, der türkische Präsident Erdogan und der Emir von Katar, al Thani, unterzeichneten den Gaza-Friedensplan. Trump sprach von einem unglaublichen Tag für die Welt und den Nahen Osten.

Er betonte, nun beginne der Wiederaufbau. Dafür müsse der Gazastreifen demilitarisiert werden. Der US-Präsident ergänzte, das unterzeichnete Dokument lege „eine ganze Reihe von Regeln und Bestimmungen“ fest und sei sehr umfassend. Der genaue Inhalt wurde zunächst nicht bekannt.

Ägypten für Zwei-Staaten-Lösung: Präsident al Sisi erklärte, die Waffenruhe müsse nun gefestigt werden. Er plädierte für eine Zwei-Staaten-Lösung. Die Palästinenser hätten das Recht, in einem unabhängigen Staat neben Israel zu leben. Zudem bat al Sisi Trump um Unterstützung bei einer geplanten Konferenz für den Wiederaufbau des weitgehend zerstörten Gazastreifens. Ägypten will die Konferenz gemeinsam mit Deutschland ausrichten – sie soll voraussichtlich im November in Kairo stattfinden.

Der Zeremonie wohnten Staats- und Regierungschefs aus 31 Staaten bei, darunter Bundeskanzler Merz und Palästinenserpräsident Abbas. Vertreter Israels und der Hamas nahmen nicht teil.

Israel, 14.10.2025

Trump: „Neue Ära des Friedens“

Trump lobt Netanjahu – wofür? – Zerstörung und tausende Tote und Vertriebene.

Am Mittag hatte Trump eine Rede vor dem israelischen Parlament in Jerusalem gehalten. Nach der Freilassung der israelischen Geiseln sprach er von einem Tag der Freude und der Hoffnung. Nun breche eine neue Ära des Friedens an. Trump hob unter anderem die Verdienste des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu hervor. Dieser habe „großartige Arbeit“ geleistet.

Ebenso dankte er den islamischen und arabischen Staaten, die an diesem Frieden mitgearbeitet und Druck auf die Hamas ausgeübt hätten. Damit gehe ein schmerzhafter Albtraum in der Region endlich zu Ende. Israel habe durch die Hilfe der USA alles gewonnen, was es mit Waffengewalt gewinnen konnte. Gleichzeitig bekräftigte Trump die Forderung, dass die Hamas entwaffnet werden müsse.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu würdigte zuvor noch einmal die Leistung Trumps für ein Ende des Gaza-Kriegs. Kein US-Präsident habe so viel für Israel getan wie Trump, sagte Netanjahu. Der Premier betonte, er sehe sich dem neuen Frieden in Gaza verpflichtet. Zudem dankte er Trump ausdrücklich, ihm sei „ein Wunder“ gelungen.

Israels Staatschef Herzog will dem US-Präsidenten den höchsten zivilen Verdienstorden des Landes verleihen, die Präsidentenmedaille. Trump war mit stehenden Ovationen von den Abgeordneten der Knesset empfangen worden.

EU, 18.10.2025

Vom Drohnen- zum Weltraumkrieg: Der neue EU-Rüstungsfahrplan sieht umfassende Produktions- und Beschaffungsmaßnahmen bei Drohnen und im Weltall vor. Er begünstigt Deutschland in seinem Bestreben, zu Europas stärkster konventioneller Militärmacht zu werden.

ERLIN/BRÜSSEL - Der neue „Fahrplan für Verteidigungsbereitschaft“ der EU sieht umfassende Hochrüstungsmaßnahmen bei Drohnen und im Weltall vor und begünstigt einen Aufstieg der Bundeswehr zur konventionell stärksten Streitmacht Europas. Das Dokument, das die EU-Kommission in der vergan-

genen Woche vorgelegt hat und das in dieser Woche von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden soll, legt neun Schwerpunktbereiche sowie vier Leuchtturmprojekte zur Militarisierung der EU fest. Dabei sollen sich jeweils mehrere EU-Staaten zu „Koalitionen“ zusammentun, um die Entwicklung und die Produktion von Waffensystemen zu konzentrieren. Deutschland beansprucht laut Berichten die Führung über fünf der neun Koalitionen. Die Leuchtturmprojekte sind exakt in Bereichen angesiedelt, in denen die Bundesregierung die eigene Hochrüstung vorantreiben will – insbesondere bei Drohnen, in die Berlin in den nächsten Jahren bis zu zehn Milliarden Euro steckt, und bei der Militarisierung des Weltalls, für die 35 Milliarden Euro vorgesehen sind. Die immense Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben erlaubt Berlin in diesen – und anderen – Bereichen den Durchmarsch auf dem Weg, zu Europas stärkster Militärmacht zu werden.

Woche vom 20. bis 27.10.

China

Der nächste chinesische Fünfjahresplan wird im März 2026 offiziell vom Nationalen Volkskongress in Peking beschlossen. Die Vorarbeiten beginnen jedoch bereits jetzt: Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hat im Oktober 2025 die Richtlinien für den Plan diskutiert. Anschließend erarbeitet die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) den detaillierten Plan, bevor dieser zur Billigung an den Volkskongress weitergeleitet wird.

Das Zentralkomitee der KPCh erörtert die Leitlinien für den 15. Fünfjahresplan (2026-2030). Die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) erarbeitet den detaillierten Plan. Der Nationale Volkskongress, das Parlament Chinas, verabschiedet den Plan im März 2026.

BRD

22.10.2025 (ntv)

Der Shutdown in den USA trifft möglicherweise auch Tausende Beschäftigte der US-Armee in Deutschland. Das Bundesfinanzministerium hält sich schon einmal bereit, um eine "außerplanmäßige Ausgabe" auf den Weg zu bringen.

Die Bundesregierung will vorübergehend die Zahlungen der Gehälter für Tausende Beschäftigte der US-Streitkräfte in Deutschland übernehmen, denen

wegen der Haushaltssperre in den USA ein Gehaltsausfall droht. Der Bund werde "eine außerplanmäßige Ausgabe auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass die Oktober-Gehälter rechtzeitig gezahlt werden", sagte eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums. Von der US-Seite werde eine Rückzahlung der Auslagen erwartet.

Die Übernahme der Gehaltszahlungen für die knapp 11.000 Beschäftigten sei "auch ein Zeichen der Verbundenheit mit den in Deutschland stationierten US-Streitkräften und deren Zivilbeschäftigte", sagte die Sprecherin weiter.

Zwar sei aktuell noch unklar, ob die Oktober-Gehälter wegen des Shutdowns in den USA tatsächlich nicht ausgezahlt würden. "Unabhängig davon ist die Zahlung der Gehälter sichergestellt", betonte die Sprecherin. "In enger Abstimmung zwischen Bund und Land Rheinland-Pfalz werden dafür aktuell die notwendigen Voraussetzungen geschaffen."

Am Vortag hatte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vor drohenden Gehaltsausfällen für Tausende Zivilbeschäftigte der US-Streitkräfte in Deutschland gewarnt und den Bund aufgefordert, notfalls die Zahlungen zu übernehmen. "Gehaltsausfälle wegen Haushaltstreitigkeiten sind nach deutschem Recht unzulässig - das gilt auch für den Shutdown in den USA", erklärte Verdi-Vizevorsitzende Christine Behle.

Der "Shutdown" in den USA war am 1. Oktober in Kraft getreten, nachdem sich Trumps Republikaner und die Demokraten im Kongress nicht auf einen Übergangshaushalt einigen konnten. Die Haushaltssperre endet erst, wenn ein Übergangshaushalt verabschiedet ist - und dieser ist weiterhin nicht in Sicht.

Wegen der Haushaltssperre in den USA wurden dort Schätzungen zufolge bereits mehr als 700.000 Beschäftigte der Bundesbehörden in den Zwangspause geschickt; während dieser Zeit bekommen sie kein Gehalt. Ausgenommen sind nur Bereiche der Grundversorgung sowie die Flugsicherung, die Polizei, der Grenzschutz und die Notdienste in Krankenhäusern.

Russland, 27.10.

„Die Zeit“:

Russland und [Venezuela](#) haben eine strategische Partnerschaft geschlossen. Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete die Vereinbarung und setzte das Abkommen damit in Kraft. Das berichtete die russische staatliche

Nachrichtenagentur Tass. Die beiden Staaten wollen ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Bergbau, Transport und Sicherheit ausbauen.

"Das Abkommen hebt die russisch-venezolanischen Beziehungen auf eine grundlegend neue Ebene und deckt alle wichtigen Bereiche der bilateralen Zusammenarbeit ab", sagte der russische Parlamentschef Wjatscheslaw Wolodin. [Putin](#) und Venezuelas Präsident Nicolás Maduro hatten sich beim Besuch des venezolanischen Staatschefs im Mai in Moskau auf eine strategische Partnerschaft verständigt.

Erinnerung an Kurt Gossweiler

Gerhard Feldbauer: Kurt Gossweiler – ein marxistischer-leninistischer Wissenschaftler mit bahnbrechenden Forschungsergebnissen³

Nach dem Machtantritt der Hitlerpartei war Kurt Gossweiler ab 1934 im Kommunistischen Jugendverband im antifaschistischen Widerstand aktiv, als Soldat der Wehrmacht lief er 1943 zur Roten Armee über, besuchte in Kriegsgefangenschaft eine Antifa-Schule und arbeitete im Nationalkomitee Freies Deutschland mit.

Mit seinen herausragenden Werken zur Faschismusforschung hatte sich der am 15. Mai 2017 im Alter von 99 Jahren verstorbene Kurt Gossweiler einem Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit den reaktionärsten Erscheinungsformen imperialistischer Herrschaft zugewandt und bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er war dabei der Erste, der auch die internationale Vorreiterrolle des Mussolini-Faschismus von der Stunde seiner Geburt an herausarbeitete. Sein Machtantritt im Oktober 1922 wirkte sich auf das 1920 in Ungarn an die Macht gekommene Horthy-Regime und 1923 in Bulgarien auf die Eta-

³ Erweiterte Fassung eines Beitrages in der Zeitschrift „offen-siv“, Heft 4, Juli-August 2017. Dieser neue Beitrag vom November 2025 ist zuerst erschienen im: "Weltexpress", Münzenberg-Medien, Stefan Pribnow, Berlin. Wir danken für die Genehmigung des Nachdrucks.

blierung der Zankow-Diktatur ebenso aus wie 1926 auf die Errichtung der militärfaschistischen Diktatur unter General Carmona de Fragoso in Portugal. Die Putschpläne Francos wurden 1936 unter Leitung italienischer und deutscher Militärs und der Nutzung der militärischen Erfahrungen vor allem der Mussolini-Faschisten ausgearbeitet.

In seiner Darstellung der Entstehungsgeschichte der Hitler-Partei in „Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 – 1924“ (Berlin/DDR, 1984) arbeitete Kurt heraus, dass sich Beispiel und Erfahrungen des römischen Faschismus besonders nachhaltig auf die Formierung des deutschen unter Hitler bis zu dessen Machtantritt in Deutschland auswirkten. Das zeigte sich im direkten Einfluss der „Führerpersönlichkeit“ Mussolinis auf Hitler, im Entstehen der Strukturen seiner Bewegung und ihrer Kampfmethoden, besonders der sozialen Demagogie und des Terrors. Führende Kreise des deutschen Industrie- und Finanzkapitals beeindruckte, wie es dem „Duce“ gelang, dem italienischen Imperialismus in Gestalt der faschistischen Bewegung eine Massenbasis zu verschaffen, über die er vorher nie verfügt hatte. Hitler nannte seine SA wörtlich nach den von Mussolini geschaffenen Squadre d’Azione (Sturmabteilungen). Er übernahm den von Mussolini erfundenen Führertitel „Duce“ und den „römischen Gruß“, mit dem sich dieser mit erhobenem rechtem Arm grüßen ließ. Ein unwesentlicher Unterschied bestand nur in der Farbe der Uniformhemden, die bei den italienischen Faschisten schwarz war, bei den deutschen braun. „Das Braunhemd“, so räumte Hitler in seinen „Monologen im Führerhauptquartier“ noch 1941 ein, „wäre vielleicht nicht entstanden ohne das Schwarzhemd“. Er gestand ebenso, dass Mussolini einmal für ihn „eine ganz große Persönlichkeit“ darstellte.

Nach dem „Marsch auf Rom“ begann die Mehrheit der deutschen Kapitalkreise, die bis dahin dazu geneigt hatte, gestützt auf die Rechtsparteien und die militaristischen Verbände wie den Stahlhelm die Monarchie wieder zu errichten, sich auf eine andere erfolgversprechende Möglichkeit hin zu orientieren – auf eine bürgerliche Partei faschistischen Typs, wie sie Hitler im Begriff war aufzubauen. Nach dem erfolgreichen „Marsch auf Rom“ begannen dann Ruhrschwerindustrielle um Thyssen und Stinnes Hitler und Ludendorff finanziell kräftig zu unterstützen, damit es diesen gelinge, an der Spitze der bayrischen Reaktion nach dem Vorbild Mussolinis einen ebenso erfolgreichen „Marsch auf Berlin“ durchzuführen. Die führenden Kreise des deutschen Ka-

pitals orientierten sich in Auswertung der 1922 praktizierten römischen Kombination von Putsch mit anschließender „legaler“ Machtübergabe dahingehend, Hitler auf einem ähnlichen Weg an die Macht zu verhelfen, wobei der Schwerpunkt auf den SA-Terror zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung gelegt wurde (Gossweiler, a. a. O., S 304, 320 f.). Hitler und die deutschen Faschisten konnten, als sie dann 1933 an die Macht kamen, nicht nur auf ein Jahrzehnt Erfahrungen der Mussolini-Diktatur zurückgreifen, sondern auch deren Schwächen und Fehler auswerten.

Mit strategischem Weitblick wandte sich Kurt nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas einem neuen Forschungsschwerpunkt zu: Der Untersuchung, welche Rolle das Entstehen neuer Erscheinungsformen des Revisionismus in der KPdSU und den kommunistischen und Arbeiterparteien in Osteuropa spielte. Er bewies auf der Grundlage fundierten Quellenstudiums, dass im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, der insgesamt die Möglichkeiten für das weitere Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses erweiterte, zugleich Bedingungen entstanden, die der bürgerlichen Ideologie – vor allem in Gestalt neuer Erscheinungsformen des Revisionismus, auch „moderner Revisionismus“ genannt – Wege des Eindringens nunmehr in die kommunistischen Parteien an der Macht einschließlich der KPdSU eröffneten. Kurt schätzte in „Wider den Revisionismus“ (München, 1997) ein, die Antihitlerkoalition habe „in Teilen der Bewegung Illusionen über den Imperialismus genährt; nur der deutsche, italienische und japanische Imperialismus seien ‚böse‘ Imperialismen, die imperialistischen Bundesgenossen dagegen repräsentierten einen ‚guten‘ Imperialismus, von dem keine Gefahr für den Sozialismus mehr ausginge.“

In den folgenden zwei Bänden „Die Taubenfußchronik oder die Chruschtschowiade“, Bd. I 1953 bis 1957, Bd. II 1957 bis 1976, (Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, München 1997 bzw. 2002/2005), wurde die schillernde Karriere von Nikita S. Chruschtschow und sein Kurs zwischen Revisionismus und flexibler Außenpolitik zu einem Schwerpunkt der Forschungen Kurts. Er legte, wie gewohnt, mit fundierten Quellen, Chruschtschows Rolle an der Spitze der KPdSU als Wegbereiter des modernen Revisionismus dar, der später Gorbatschow den Weg an die Macht ebnete und zur entscheidenden Ursache der sozialistischen Niederlage 1989/90 wurde.

Chruschtschows Vorgehen war, wie Kurt mehrfach betonte, nicht einfach zu durchschauen, da er stets als Marxist-Leninist und Verteidiger dieser Weltanschauung auftrat. In seiner elfjährigen Amtszeit verabsolutierte er bei dem Versuch, die starren Fronten des kalten Krieges durch flexible Methoden in der Außenpolitik zu durchbrechen, die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und höhlte sie als Form des Klassenkampfes aus. Damit einher ging die Verallgemeinerung eines friedlichen parlamentarischen Weges zum Sozialismus.

Zur Begründung seiner Absetzung wurden der sich verschärfende Konflikt mit der VR China und eine verfehlte Wirtschaftspolitik benannt. Die Auswirkungen seiner elfjährigen Amtszeit waren jedoch bedeutend tiefgreifender und wurden umfassend erst mit dem Untergang der UdSSR und des von ihr angeführten Sozialistischen Lagers in Osteuropa sichtbar. Chruschtschow ebnete Erscheinungen des Revisionismus in den an der Regierung befindlichen kommunistischen Parteien Osteuropas als auch in den kapitalistischen Industriestaaten den Weg.

Kurt schätzte ein, welch verheerende Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung 1956 der XX. Parteitag der KPdSU hatte. Das betraf nicht nur die Art und Weise, wie Chruschtschow in seiner Geheimrede am Ende des Parteitages zur Rolle Stalins Stellung nahm. Das berechtigte Eingehen auf Unrecht und Gewaltanwendung wurde von Chruschtschow ohne jeden historischen Bezug und ohne eine generelle Einordnung in revolutionäre Prozesse, in Sonderheit der Entwicklung seit der Oktoberrevolution, vorgenommen. In keiner Weise wurde berücksichtigt, dass in allen Revolutionen der Terror immer von den Verteidigern der bestehenden Ausbeuterordnungen begonnen wurde und sich gegen die Revolutionäre richtete. In der KPdSU-Führung war Chruschtschows Rede weder kollektiv erörtert noch beschlossen worden. Sie wurde auch nicht als offizielles Parteidokument anerkannt und weder zu Chruschtschows noch Breshnews Zeiten veröffentlicht. Kurts von der Realität ausgehende Einschätzungen des Handelns Stalins nahmen seine Gegner zum Anlass, ihm vorzuwerfen, er verbreite „prostalinistische Historienversionen.⁴

⁴ Manfred Behrend: „Weißenseer Irrwege“. In: Christoph Junkei: „Der lange Schatten des Stalinismus: Sozialismus und Demokratie gestern und heute“., ISP“, Köln, 2007.

Zu den weitreichenden Auswirkungen des XX. Parteitages gehörte, dass er zum Konflikt mit der KP Chinas führte, die die Vorgehensweise Chruschtschows ablehnte, und er Reformierungen und Fehlentwicklungen in den sozialistischen Staaten bewirkte. Dazu gehörte, dass Chruschtschows Wirtschafts- und Sozialpolitik von Voluntarismus und Wunschdenken geprägt wurde: Verkündung des Aufbaus der Grundlagen des Kommunismus bis 1980, Überholung der höchstentwickelten kapitalistischen Staaten in der Pro-Kopf-Produktion, Orientierung an den konsumorientierten und parasitären Wertvorstellungen des Kapitalismus. Es wurde der abenteuerliche Kurs eingeschlagen, die Auseinandersetzung mit ihm auf dem Feld der Warenproduktion, auf dem dieser eine entscheidende Überlegenheit besaß, zu führen. Kurts außerordentliche Forschungsergebnisse würdigte die Humboldt-Universität 1988 mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde.

Nach der Absetzung Chruschtschows wurde Leonid I. Breshnew Parteichef. Der unter Chruschtschow Fuß gefasste Revisionismus stagnierte zunächst, es wurde jedoch nichts unternommen, ihn zu überwinden. Er bildete den Nährboden, der Michael S. Gorbatschow an die Macht brachte. Dessen Ziel bestand, wie er nach der Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 offen eingestand, schon lange, bevor er 1985 Generalsekretär wurde, darin, die sozialistischen Gesellschaftsordnungen zu liquidieren und eine kapitalistische Restauration durchzusetzen.⁵

In zahlreichen Beiträgen, darunter die Schrift „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“,⁶ hat sich Kurt mit den verheerenden Folgen der Politik dieses Renegaten und seiner Gefolgschaft auseinandergesetzt.

Auch Gorbatschow war, wie Kurt in dieser Schrift hervorhob, schwer zu durchschauen, da er lange Zeit seine Treue zum Leninismus beteuerte, wäh-

⁵ Bericht der „Prawda Rossi“ vom 26. Juli 2000 über Gorbatschow vor einem Seminar an der US-amerikanischen Universität in Ankara im Herbst 1999. Zitiert in: Justus von Denkmann: Wahrheiten über Gorbatschow, Spotless, Berlin 2005, S. 13.

⁶ Erstveröffentlichung als Sonderdruck der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) München, Februar 1993, dann in der Zeitschrift „offensiv“, Dezember 1994, und schließlich in dem Sammelband von Kurt Gossweiler: „Wider den Revisionismus“ im Jahre 1997).

rend er Schritt für Schritt versuchte, zu beweisen, dass „Elementarsätze des Leninismus nicht mehr gültig“ seien, dass sich die imperialistischen Widersprüche „modifizieren lassen“, und die Frage nach dem Wesen des Imperialismus (in dem „die größte Kriegsgefahr wurzelte“), auf „neue Art“ zu beantworten wäre, man eine „sichere Welt nicht gegen den Imperialismus erkämpfen“ sondern sie „zusammen mit ihm aufbauen“ müsse, und weiter, wenn „der Kapitalismus in der Lage“ sei, sich „vom Militarismus frei zu machen“, er ohne ihn „ökonomisch funktionieren“ könne. Das gipfelte schließlich in Phrasen, dass „wir vor einer historischen Wahl“ stehen, die „diktiert wird, durch die Gesetzmäßigkeiten einer in vieler Hinsicht miteinander verbundenen und einheitlichen Welt.“ In den „vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschows“ zeigte Kurt, wie der Renegat den „offenen Angriff auf die ökonomische Grundlage des Sowjetstaates – das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln“ einleitete. Das begann in der Landwirtschaft, wo „eine radikale Änderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse“, getarnt als „Übergang zu neuen Formen der Wirtschaftsführung und eine grundsätzliche Änderung der Leistungsmethoden“ durchgesetzt wurde, wobei Gorbatschow bereits betonte, „ich habe im Blick, dass es sich dabei um eine grundlegende Wandlung unserer Einstellung sowohl zur Entwicklung im Agrarsektor als auch in der gesamten Wirtschaft handelt“. Im Agrarsektor ging es dabei um „ein Maximum an Unterstützung für alles, was die Selbständigkeit, das Gefühl, Herr auf Grund und Boden zu sein, festigt“. In Wahrheit ging es, so Kurt, jedoch „um die Wiederbelebung der unproduktivsten, die Bauern, insbesondere die Bauernfrauen, am meisten versklavende Form bäuerlichen Wirtschaftens, des kleinbäuerlichen Familienbetriebs“. Und diese „Reform“ lief auf die „Bildung einer neuen Kulakenklasse“, auf die „Verurteilung der Masse der Bauern zu einem Elendssein“ hinaus. Das Ganze endete mit der Schale des „offenen Verzichts auf sozialistischen Internationalismus“ durch Propagierung des „gemeinsamen europäischen Hauses“ und die „Absage an die Oktoberrevolution“. Den „Kern“ der Zwiebel bildete, dass Gorbatschow in einem Interview für „Der Spiegel“ am 18. 1. 1993 sagte, dass „meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach Art der Bundesrepublik Deutschland“.

Für mich waren die Forschungsergebnisse Kurts auf seinen beiden Strecken Anlass, mich denselben Themen in Italien zuzuwenden: Der Kontinuität des Faschismus und dem Umsichgreifen des neuen Revisionismus. Waren doch

die Auswirkungen des revisionistischen Kurses Gorbatschows auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien in Italien besonders verheerend.

Nach dem Tod von Generalsekretär Enrico Berlinguer am 7. Juni 1984 bekam die von ihm noch gezielte revisionistische Strömung freie Hand für die weitere Sozialdemokratisierung. Als Gorbatschow 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU antrat, setzte sie sich endgültig als die Partei beherrschende Fraktion durch. Bereits auf dem 17. Kongress im April 1986 in Florenz schlug Berlinguers Nachfolger, Alessandro Natta, den Sozialisten vor, sich mit den Kommunisten zu einer neuen linken Partei zu vereinigen. ISP-Chef Craxi lehnte jedoch ab. Der sozialdemokratische Kurs verstärkte sich, als Achille Occhetto im Mai 1988 an die Spitze der IKP trat. Italien erlebte das Phänomen, dass seine KP, die besonders seit den 70er Jahren ihre Unabhängigkeit von Moskau betonte, jegliche Führerrolle oder Übernahme sowjetischer Erfahrungen abgelehnt und 1982 gegenüber der KPdSU auch offiziell den „strappo“ (Bruch) verkündet hatte, plötzlich „moskauhörig“ wurde und sich völlig am Kurs Gorbatschows orientierte. Unmittelbar nach seiner Wahl kündigte Occhetto den für März 1989 einberufenen Kongress als „Parteitag der Wende“ an. Dessen Leitfigur war dann Gorbatschow, auf den sich Occhetto bereits in seiner Eröffnungsrede zehnmal als Hoffnungsträger berief. Die auf Video übermittelte Rede des KPdSU-Generalsekretärs wurde von der sozialdemokratischen Strömung, welche die Mehrheit der Delegierten stellte, stürmisch gefeiert. In seinen Beschlüssen erklärte der Kongress einen „Riformismo forte“ (tiefgreifenden Reformismus) zur „Leitlinie der Partei“. 1990/91 wandelten die Revisionisten dann die IKP in die sozialdemokratische Linkspartei PDS um und liquidierten die IKP.⁷

Hier sei eingefügt, dass Gregor Gysi, Gorbatschow folgend, nachdem er an der Spitze einer Gruppe von „Reformern“ im Oktober 1989 das Politbüro der SED abgesetzt und selbst die Parteiführung übernommen hatte, nach Rom eilte, um bei Achille Occhetto Erfahrungen bei der „Heimkehr zur Sozialdemokratie“ zu sammeln. Zumal sich aus dem italienischen Parteinamen Partito Democratico della Sinistra auch noch die Namensgleichheit mit dem deutschen Partekürzel PDS ergab. Er traf auch mit Sozialistenchef Bettino Craxi zusammen, der schon zu dieser Zeit der Korruption verdächtigt und deswegen

⁷ Giorgio Galli: „Storia del PCI“, Mailand 1973

1994 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. Da Craxi jedoch nicht bereit war, dem IKP-Vorschlag zu folgen und sich mit ihr zu einer neuen Linkspartei zu vereinigen, konnte Gysi, der sich mit dem Gedanken trug, auch hier das IKP-Modell aufzugreifen und der SPD den Beitritt seiner PDS anzutragen, nicht mit einem entsprechenden Signal nach Berlin zurückkehren. Er versuchte dennoch, die DKP im Vorfeld des „Vereinigungsprozesses“ auszuschalten. Sie sollte sich auflösen und ihre Mitglieder einzeln in die PDS einzutreten.⁸

In Italien war die so geschwächte Linke dann 1994 nicht in der Lage, die Übernahme der Regierung durch den Führer der faschistischen Forza Italia (FI), Silvio Berlusconi, zu verhindern, die dieser mit Unterbrechungen bis 2011 innehatte, was Literaturnobelpreisträger Dario Fo und Umberto Eco „übelstes faschistisches Erbe“ Mussolinis nannten. Und dieser Kurs wird unter Giorgia Meloni, der Führerin der Fratelli Italiens (FdI), die aus der 1946 wieder gegründeten faschistischen Partei Mussolinis in Gestalt des Movimento Sociale Italiano (MSI) hervorging, und 2022 an die Macht kam, fortgesetzt.⁹

Von Kurt habe ich zu meinen Arbeiten immer viele wertvolle Ratschläge erhalten. Bis zuletzt hatte ich mit ihm einen engen Gedankenaustausch. Mit seinem Tod habe ich einen treuen Freund verloren, der mir noch immer sehr fehlt.

Unter dem Titel „Wider das Vergessen. Erinnern an verstorbene DDR-Historiker der Faschismus- und Weltkriegsforschung. Texte“ werden Erika Schwarz und Manfred Weißbecker ab Ende 2025 eine im Internet abrufbare Seite erstellen, die auch Kurt Gossweiler würdigen wird.

⁸ Schrift des Autors: „Die Stunde der Opportunisten. Gregor Gysi griff 1989/90 die Liquidierung der italienischen PCI als Modell für seine PDS auf“, Schriftenreihe „Konsequent“ der DKP Berlin, Heft 1/2020. Neuauflage bei Amazon 2023.

⁹ Siehe zuletzt die Bücher; „Mussolini und kein Ende. Die Saat ist fruchtbar noch“ und „Giorgia Meloni und der italienische Faschismus“, PapyRossa Köln 2020 bzw. 2023.

Sozialistische Ökonomie – Klarheit oder Revisionismus und innere Aufweichung?

Tim Schoenmakers: Inwieweit trug die Konzeption der „sozialistischen Marktwirtschaft“ zum Abbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion bei?

Begriffliche Analyse der Marktöffnungen aus der Chruschtschow-Zeit von 1953 bis 1964

1. Einleitung und methodisches Vorgehen

Die vorliegende Arbeit behandelt die Veränderungen der sowjetischen Ökonomie nach dem Tod von Josef W. Stalin im März 1953 und geht dabei der Frage nach, inwieweit die damals in der KPdSU übliche Konzeption einer „sozialistischen Warenproduktion“ nicht nur eine abstrakt-theoretische Abweichung vom marxistischen Sozialismusbegriff darstellt, sondern dabei auch praktische Schritte zum Abbau der Planwirtschaft vorbereitete. In der bürgerlichen Geschichtsforschung werden die Prozesse unmittelbar nach Stalins Tod typischerweise als „Tauwetterperiode“ bezeichnet, häufig wird dabei die Tragweite, der unter Nikita Chruschtschow eingeführten Reformen für die weitere Entwicklung der Sowjetunion nicht behandelt. In diesen Theorien mangelt es insbesondere an einem klaren Sozialismusbegriff, auf dessen Grundlage sich die unterschiedlichen Perioden der Sowjetunion überhaupt erst richtig fassen lassen.

Deshalb wird am Anfang der Arbeit in Gegenüberstellung zu einer exemplarischen, für die gegenwärtige Geschichtsforschung gängigen Sozialismuskonzeption, der marxistische Sozialismusbegriff eingeführt und somit der theoretische Rahmen gesetzt: Der marxistische Sozialismusbegriff, der aus der marxistischen Kapitalanalyse folgt, ermöglicht es, die ökonomischen Verhältnisse der Sowjetunion fundiert einzuordnen. Dabei bilden „Das Kapital“ von Karl Marx, die Imperialismustheorie von Wladimir I. Lenin, sowie Schriften von Friedrich Engels wie der „Anti-Dühring“ die theoretische Grundlage für die Entwicklung des Sozialismusbegriffs – als Negation des Kapitalismus. Aufbauend auf den theoretischen Rahmen folgt eine Kritik an der Sozialismuskonzeption Stalins, die in einer Spätschrift von 1952 dargelegt wird. Dabei

geht es nicht um eine Generalabrechnung, sondern um Prüfung, zu welchen praktischen Konsequenzen einzelne revisionistische Abweichungen vom marxistischen Sozialismusbegriff führten. Zu diesem Zweck werden die konkreten Marktöffnungen ab 1953 unter Chruschtschow in Industrie und Landwirtschaft analysiert.

Die konterrevolutionäre Entwicklung während der Chruschtschow-Zeit von 1953 bis 1964 wird aufbauend auf einer Forschungsarbeit von Gerhard Schneiden und der von ihm verwendeten Literatur aus der damaligen Zeit insbesondere von Wolfgang Leonhard, Margaret Miller und Harry Schwartz nachgezeichnet und mit Quellen, welche die einzelnen Marktöffnungen dokumentieren, untermauert: Reden und Artikel von Chruschtschow und Jewsei Liberman, weitere sowjetische Dokumente, sowie statistische Datenerhebungen zur ökonomischen Entwicklung.

2. Was ist Sozialismus? – eine theoretische Ableitung aus der marxistischen Kapitalanalyse

Zunächst: Wie nähert sich die bürgerliche Geschichtsforschung dem Begriff des Sozialismus/Kommunismus? Dazu sei exemplarisch der Osteuropahistoriker Jörg Baberowski, der für seine antikommunistischen Tiraden, insbesondere seinen Gleichsetzungen des Kommunismus mit dem Faschismus bekannt ist, aus einem diesjährigen akademischen Interview zitiert:

Der Kommunismus beinhalte „*die Vorstellung, dass der Kapitalismus eigentlich eine Form der Wirtschaft ist, die Überfluss produziert, die aber kontraproduktiv wirkt, weil die Massen veregenden und es zu einer Überproduktion kommt und die Idee, dass dann die Gesellschaft und der Staat nach Gerechtigkeitsprinzipien die produzierten Waren verteilt.*“¹⁰

Sozialismus sei demnach die „Idee“ eines alternativen Verteilungsprinzips. Die „überschüssigen“ Waren würde der Sozialismus nach „Gerechtigkeitsprinzipien“ verteilen. Damit bleibt das Sozialismusbild in der Zirkulationssphäre stecken. Es sollen bloß vereinzelte Kategorien wie die „Massenvereindung“ und der „Überfluss“ verschwinden – die Ware, aus der das Kapital entspringt, wird nicht aufgehoben. Sie soll im Gegenteil „gerecht verteilt“ wer-

¹⁰ Baberowski, Die Wirtschaftsgeschichte und der Sowjetunion - Was war der Kommunismus?, Interview, 2025. In: YouTube, Zeit: [00:36-00:57].

den. Und was ist „gerecht“? Eine Kategorie des bürgerlichen Rechts, welche also die bestehende Produktionssphäre (Warenproduktion, Kapital) schützt.

So siedeln sich diese Vorstellungen im Überbau an. Statt den Kapitalismus in seinen wesentlichen Bestimmungen zu entwickeln und daraus den Sozialismus systematisch als Alternative abzuleiten, erhalten wir bloß eine beliebige „Idee“ nach „besserer“ Zirkulation der Waren und damit lediglich eine alternative Kapitalrichtung. Hinter Baberowskis Sozialismusverständnis lässt sich daher keine wissenschaftliche Methodik erkennen. Zudem auch keine Einheitlichkeit: Im benannten Interview wird der Kapitalismus noch für eine „Überflussgesellschaft“ erklärt, die zur Überproduktion führt. Nach einem anderen Werk Baberowskis würde aber der Kommunismus hingegen Überfluss erst bereitstellen, wobei darin Arbeit und Arbeitsteilung angeblich aufgehoben würden.¹¹

Der marxistische Sozialismusbegriff fällt nicht einfach als beliebige „Definition“ vom Himmel, sondern stellt eine systematische Ableitung aus den Wesensgesetzen des Kapitalismus dar. Er wird dabei begrifflich als Alternative entwickelt, als Negation desselben. Das nennt Engels: „*Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.*“¹²

Bevor eine fundierte Aussage über den Sozialismus getroffen werden kann, müssen daher erst die Grundlagen des Kapitalismus selbst dargelegt werden.

2.1. Grundlagen des Kapitalismus – zur Funktionsweise des Wertgesetzes

Das Wesen des Kapitalismus ist die Warenproduktion, mit der die marxistische Kapitalanalyse beginnt.¹³ Die Ware ist Produkt individueller Privatarbeiten und trägt zwei sich antagonistisch widersprechende Pole in sich: Gebrauchswert und Wert. Wert für ihren Produzenten/Besitzer und Gebrauchs-wert, der ein bestimmtes gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt, für ihren Käufer.¹⁴ Die Ware hat also Doppelcharakter, den sie jedoch nicht mit sich

¹¹ Vgl. Baberowski, Der Sinn der Geschichte, 2005, S. 93.

¹² Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, 1880. In: MEW 19, S. 189.

¹³ Referenzrahmen, sofern nicht anders angegeben: Marx, *Das Kapital*, Bd. I, 1867, in: MEW 23 und Marx, *Das Kapital*, Bd. III, 1894, in: MEW 25.

¹⁴ Vgl. Marx, *Das Kapital* I, S. 49f.

selbst erfüllen kann. Nur wenn die Ware sich im Tausch-, bzw. Zirkulationsprozess mit anderer Ware vergleicht, zeigt sie ihren Wert.

Wie vergleicht die Ware sich nun mit anderer Ware, um ihren Wert zu zeigen? Die Ware ist Produkt individueller Privatarbeiten, was voraussetzt, dass sie Produkt menschlicher Tätigkeit ist. Die in jeder Ware kristallisierte menschliche Arbeit, macht daher alle Waren miteinander vergleichbar. Der Wert einer jeden Ware ist bestimmt durch das Quantum gesellschaftlich-durchschnittlicher Arbeitszeit zur dessen Herstellung. Die Ware Geld drückt den Wert der Ware abstrakt und allgemein aus.¹⁵ Der Gebrauchswert des Gelles ist also kein für die Menschen nützliches Gut, sondern lediglich die Funktion allgemeiner Träger von Wert zu sein.

So produziert die Ware aus sich selbst das Geld und mit ihr die Warenzirkulation: Verkauf der Ware im Tausch gegen Geld und mit dem Geld Kauf der Ware. Zirkulationskette: W-G-W.¹⁶ Doch beim Kauf der Ware, sprich im Konsum, erlischt die einfache Warenzirkulation. Der Zirkulationsprozess ist beendet und startet beliebig wieder von Neuem, um sich dann wieder im Konsum zu beenden.

Um in der Konsumtion nicht zu verschwinden, hält die Ware das Geld fest. Das entspricht der Schatzbildung, die sich am Wert-Pol der Ware festklammert.¹⁷ Doch Geld kann man nicht essen. Wenn die Ware nur ihren Wert festhält, ihr Gebrauchswert aber nicht konsumiert wird, ist sie auch noch keine richtige Ware.

Mit zunehmender Schatzbildung produziert die Ware das Kapital, das die Waren Produktionsmittel und auf Zeit die Ware Arbeitskraft kauft, um neue Waren herzustellen. Das bringt zwei neue Aspekte mit sich: 1. Der Konsum der Ware, der den Prozess der einfachen Warenzirkulation beendet, wird zum Teil ihrer Verwertung. 2. Die Ware Arbeitskraft ist geboren: Sie verkauft lebendige Arbeit als Gebrauchswert, den sich ihr Käufer, das Kapital, aneignet. Doch was ist der Wert der Ware Arbeitskraft? Der Wert einer jeden Ware wird bestimmt durch die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit zu ihrer Her-

¹⁵ Vgl. Ebenda, S. 109.

¹⁶ Vgl. Ebenda S. 120.

¹⁷ „Der Schatzbildner opfert daher dem Goldfetisch seine Fleischeslust“ (Marx) Vgl. Ebenda, S. 147.

stellung. Bei der Ware Arbeitskraft sind das die Mittel zu ihrer eigenen Reproduktion – die notwendigen Lebensmittel. Zu den notwendigen Lebensmitteln sind nicht nur die Mittel des direkten Überlebens zu fassen (Nahrung, Wohnung, usw.), sondern auch die Mittel, die zur langfristigen Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendig sind: Familienplanung, Ausbildung (für spätere Kapitalverwertung), Sozial- und Krankenpflege.

Die Ware Arbeitskraft hat also lebendige Arbeit als Gebrauchswert, den sich das Kapital durch Kauf der Ware aneignet. Das Kapital bezahlt die Ware für ihren Wert, die notwendigen Lebensmittel zur Herstellung der Ware Arbeitskraft. Die Differenz zwischen Gebrauchswert und Wert der Ware Arbeitskraft bildet den Mehrwert, den sich das Kapital, bei Zirkulation und Verwertung der in seinem Produktionsprozess hergestellten Waren auf dem Markt, aneignet. Das Kapitalverhältnis ist die Grundlage für die sich im Produktionszyklus antagonistisch gegenüberstehenden Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Die Ware produziert sich also das Kapital. Die einzelnen Waren die das Kapital im Produktionszyklus herstellt und verkauft, müssen ihren Käufer finden, also konsumiert werden. Sonst realisiert die Ware nicht ihren Wert, sodass sich das Kapital nicht verwertet. Irgendwann ist aber das gesellschaftliche Bedürfnis nach dem Gebrauchswert einer Ware befriedigt. Denn jeder Mensch braucht einen Küchentisch, aber keiner braucht fünf oder mehr. Das lässt den Absatz stocken und stauen, es gibt Firmenpleiten, ganze Produktionskapazitäten werden vernichtet und woanders wieder vom Neuen aufgebaut, usw. Kurz: Anarchie der Produktion. Sie entspricht der zyklischen Krise des Kapitals, das sich nur verwertet, wenn die Ware ihren zahlungsfähigen Konsumenten findet.

Es entsteht ferner im Gesamtzusammenhang ein Konkurrenzkampf auf dem Markt, dessen Momentum die bestmögliche Verwertung für das jeweilige einzelne Kapital ist. Jener wird durch die Jagd nach dem Extraprofit verschärft: Die Werte der Waren und damit die Warenpreise auf dem Markt, werden bestimmt durch die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit. Der Preis der Ware schwankt mit Angebot und Nachfrage, pendelt sich aber um den Wert der Ware ein. Schafft es nun ein Kapital seine Ware durch bessere Technologie schneller zu produzieren, so dass diese Ware weniger an Arbeitszeit (und damit auch Lohn) verbraucht als gesellschaftlich-durchschnittlich, dann kann

ein Extraprofit realisiert werden. Denn auf dem Markt wird die Ware für den gesellschaftlich-durchschnittlichen Preis verkauft.

Dieser Umstand kurbelt die Produktivkraftentwicklung an, da das konkurrierende Kapital hinterherziehen muss, soll das eine Kapital den Extraprofit nicht für Dauer einstreichen, was den Untergang für das konkurrierende Kapital bedeuten würde. Das neue Produktionsniveau muss schnellstmöglich erreicht werden, damit das Kapital mit dem einstigen Extraprofit wieder „nur“ eine durchschnittliche Profitrate erzielt.¹⁸

Dieser Prozess der Jagd nach dem Extraprofit ist eingebettet in die grundsätzliche Tendenz der Akkumulation des Kapitals die bedeutet, dass Teile des Mehrwerts wieder reinvestiert und damit kapitalisiert werden. Entweder in neue, bessere Technologie, oder in neue Arbeitskräfte. Die Akkumulation des Kapitals beschleunigt also die Produktivkraftentwicklung.

Die zunehmende Produktivkraftsteigerung wird jedoch dem Kapital zum Verhängnis. Denn nur die lebendige Arbeit schafft Wert. Zur Wertzusammensetzung des Kapitals gehören zwei Begriffe: Das „*konstante Kapital*“ *c* und das „*variable Kapital*“ *v*.¹⁹ *c* ist das Kapital, das in Produktionsmittel (darunter auch Roh- und Hilfsstoffe) investiert wird: Es bleibt im Wert konstant, weil es von sich aus keinen neuen Wert ansetzt. *v* ist hingegen das Kapital, das in Arbeitskräfte investiert wird. Arbeitskräfte stellen lebendige Arbeit bereit, die neuen Mehrwert schafft.

Das Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital ist die „*organische Zusammensetzung des Kapitals*“: *c/v*.²⁰ Steigert das Kapital nun für die kurzfristige Verwertung die Produktivkraft, indem es in neue, bessere Technologien investiert, verändert sich das Verhältnis zwischen *c* und *v*. Mit jeder Produktivkraftsteigerung wird immer mehr *c* im Verhältnis zu *v* benötigt. So

¹⁸ Mit Profitrate ist für das Kapital gemeint: Mehrwert im Verhältnis zum vorgeschoßenen Gesamtkapital. Das vorgeschoßene Gesamtkapital besteht aus den Produktionsmitteln (konstantes Kapital *c*) und Arbeitskräften (variables Kapital *v*), die das Kapital für seinen Produktionsprozess konsumieren muss, um neue Waren herzustellen und bei Verkauf Mehrwert zu erzielen. Gleichung: $p' = m/(c + v)$.

¹⁹ Vgl. Marx, Kapital I, S. 223f und Marx, Kapital III, S. 221.

²⁰ Vgl. Marx, Kapital III, S. 155.

wird mit zunehmender Akkumulation des Kapitals, die kurzfristig einem Kapital seine Verwertung sichert, der Anteil der lebendigen Arbeit immer geringer. Doch nur lebendige Arbeit schafft neuen Mehrwert. Diesen Mechanismus nennt man „*tendenzieller Fall der Profitrate*“²¹ und er verdeutlicht die allgemeine Krise des Kapitals. Denn die Produktivität wird im Konkurrenzkampf permanent angekurbelt, diese ist jedoch Grundlage für den allgemeinen Verwertungsengpass, da immer weniger lebendige Arbeit pro Produktionseinheit angewandt wird und damit weniger Mehrwert bei steigendem Kapitalaufwand für die Produktionsmittel entsteht.

Mit dem Verwertungsengpass verschärfen sich alle bis hierhin entwickelten Gesetzmäßigkeiten. Das Kapital muss noch zwingender die Verwertungsbedingungen verbessern und setzt dabei zum Beispiel auf eine deutliche Erhöhung der Mehrwertrate, insbesondere durch systematische Lohnkürzungen, oder auch Kürzungen der Mittel für Transferleistungen, die kurzfristig für das Kapital nicht wertschöpfend sind: Erziehung und Ausbildung, Pflege- und Krankeneinrichtungen, etc. Da man Studenten, Patienten, etc. nicht als Waren verkaufen kann, eignen sich solche Einrichtungen für die Verwertung des Kapitals nur bedingt.

Desweiteren führt jene Entwicklung zur grundsätzlichen Tendenz der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Denn die Akkumulation des Kapitals wird mit Zuspitzung des Verwertungsengpasses zur Grundlage des Monopolkapitals.²² Das heißt Zusammenschlüsse, Übernahme von konkurrierendem Kapital, Pleiten von schwächerem Kapital, welches dem Markt nicht gewachsen ist, etc. Zum einen schaltet das Monopolkapital dabei die Konkurrenz aus und kann dabei mithilfe einer planmäßigen Produktion innerhalb seines Betriebes zyklischen Krisen entgegenwirken, zum anderen verschärft sich die Konkurrenz zwischen den verschiedenen sich herausbildenden Fraktionen des Monopolkapitals.²³

²¹ Ebenda, S. 221.

²² Vgl. Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1917; in: AW, Bd.1, S. 776. Die Imperialismusanalyse stellt die logische Fortsetzung der marxistischen Kapitalanalyse dar.

²³ Vgl. Ebenda, S. 838.

Bedeutend für das Monopolkapital ist der sogenannte „Monopolprofit“. Er ist eine Form des Extraprofits, in der die Marktmacht größeren Kapitals dazu führt, dass kleineres Kapital von größerem Kapital über „Knebelverträgen“, also ungleichen Zirkulationsverträgen, abhängig ist. Da das kleinere Kapital nur einen eingeschränkten Markt hat mit nur wenig Abnehmern, kann das größere Kapital Preise diktieren. Ein typisches Beispiel ist hier das Verhältnis zwischen größeren Automobilfirmen wie VW und ihren Zulieferfirmen. So werden Mehrwertmassen zwischen den Kapitalfraktionen von unten nach oben umverteilt – die Preise, welche die Zulieferfirmen aufgrund ihrer schwächeren Marktposition für ihre Waren hinnehmen müssen, liegen unter ihrem Wert, die Preise, welche die Automobilfirmen für die fertigen Autos festlegen, entsprechen dem tatsächlichen Wert bzw. sind noch höher. Der Monopolprofit wird jedoch auch weltweit praktiziert, z.B. wenn es um Investitionen in Afrika und der sogenannten „dritten Welt“ geht.

Während im Rahmen der monopolkapitalistischen Entwicklung auch das Bankkapital mit dem Industriekapital, zum Finanz- und Aktienkapital verwächst, wird der Kapitalexport notwendig. Der Kapitalexport bedeutet erweiterte Akkumulation des Kapitals im Ausland und damit weltweite Kapitalverwertung, gepaart mit einer regen politischen Beeinflussung konkurrierender Staaten, da das Kapital im Zielland günstige Verwertungsbedingungen braucht.²⁴

Die bestmögliche Verwertung des Kapitals hängt von einer günstigen Stellung auf dem Weltmarkt ab. Sie wird dadurch beeinflusst, wie stabil die Währung und der Zugang zu notwendigen Rohstoffen wie Öl- und Gas, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und weiteren Absatzmärkten ist. Die Welt ist unter das Monopolkapital aufgeteilt und stetig beginnt der Kampf um die Neuaufteilung des Weltmarktes, seiner Ressourcen und Absatzmöglichkeiten, was an der Oberfläche in den aktuellen Konflikten wie dem Ukraine-Krieg, dem Gaza-Krieg und dem Israel-Iran-Krieg sichtbar wird.

Das monopolkapitalistische, imperialistische Stadium des Kapitalismus beschreibt also die permanente Tendenz der Konzentration und Zentralisation des Kapitals – beschleunigt durch den strukturellen Verwertungsengpass. Das Monopolkapital ist dabei nicht bloß eine Eigenschaft eines Großbetriebs wie

²⁴ Vgl. Ebenda, S. 815.

VW, Amazon oder Siemens und der Imperialismus auch nicht Eigenschaft eines besonders „räuberischen“ Staates wie den USA, China oder Israel, sondern eine grundsätzliche Tendenz, ein Stadium des Kapitalismus, was seine Widersprüche zuspitzt.

Zurück zum Ausgangspunkt der marxistischen Kapitalanalyse: Der Doppelcharakter der Ware ist der grundlegende und treibende Widerspruch, der sich auf immer höherer Stufe bis zum Monopolkapital, dem ökonomischen Wesen des Imperialismus, reproduziert. Kurz zusammengefasst: Ware (Gebrauchs-wert, Wert) – Geld – Warenzirkulation – Schatzbildung – Kapital – Krise – Akkumulation – Verwertungsgewinn – Monopolkapital/Imperialismus.

Diese Kette des Wertgesetzes stellt das Wesen des Kapitalismus dar und ist für unsere Analyse in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Sowohl später, um die Tragweite der schrittweisen Marktöffnungen der Sowjetunion zu verstehen, als auch unmittelbar folgend, wenn wir nun eine präzise Ableitung des Sozialismus vornehmen.

2.2. Der marxistische Sozialismusbegriff

Der Sozialismus hebt die Warenproduktion auf und setzt damit die ihr innerwohnende Struktur des Wertgesetzes außer Kraft. Die Ware ist Resultat individueller Privatarbeiten. Sie wird für den Tausch und damit zur Realisierung ihres Werts auf dem Markt produziert.

Der Sozialismusbegriff entspricht daher der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Vergesellschaftung. Das entspricht dem allgemeinen Volkseigentum im Sinne einer einheitlichen Eigentumsform, die den Eigentumsbegriff an sich überflüssig macht und aufhebt.

Statt Waren und Geld produziert der Sozialismus Gebrauchsgüter, welche die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht über einen Umweg, den Wert, scheinbefriedigen, sondern direkt und unmittelbar. Das erfordert die Erfassung des Bedarfs der Gesellschaft und somit die gesellschaftliche Planung, welche die Produktion auf jenen Bedarf ausrichtet – ohne Dazwischenkunft des Werts, allerdings unter Berücksichtigung der stofflichen Zusammenhänge. Wenn

morgen was produziert werden soll, müssen heute die Bedingungen dafür hergestellt werden.²⁵

Die direkte, unmittelbare, weil ohne Tausch vermittelte gesellschaftliche Bedarfserfassung entspricht damit im weiteren Sinne der volkswirtschaftlichen Rentabilität, die zur Kennziffer der Planwirtschaft wird. Im Unterschied zur wertvermittelten betriebswirtschaftlichen Rentabilität, fordert sozialistische Ökonomie die Berücksichtigung aller Zusammenhänge, die auf eine Produktion einwirken und die von ihr ausgehen. Ein Beispiel: Wenn man heutzutage auf der Autobahn unterwegs ist, wird man mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Lkws treffen, die bestimmte Waren von A nach B transportieren. Der Warenverkehr als Autoverkehr lohnt sich betriebswirtschaftlich. Der einzelne Betrieb muss keine Rücksicht auf die Luftverschmutzung und der Straße, also auf Kategorien des Umweltschutzes nehmen. Es zählt die schnelle Verwertung seines Kapitals. Volkswirtschaftlich wäre der Transport über den Autoverkehr irrational und unrentabel, weil hier nicht die Verwertung eines einzelnen Betriebs, sondern der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang das Bestimmende ist. So muss der Sozialismus die gesellschaftlichen Konsequenzen von Abfall und Luftverschmutzung mitberücksichtigen und sich für Produktions- und Transportformen entscheiden, die volkswirtschaftlich rentabel sind und damit den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen.

Die Bedarfserfassung erfordert ferner die Willenserforschung der Mitglieder der Gesellschaft. So wird es notwendig, dass die Mitglieder in der Planung mitbestimmen, was Demokratie bedeutet.

Demokratie („Volksherrschaft“) meint im Zusammenhang mit dem Sozialismus tätige, produktive Demokratie. Sie hat keinen Selbstzweck, sondern wird notwendig, da nur so die gesellschaftliche Planung, die Bedarfserfassung und letztlich eine volkswirtschaftlich-rentable Wirtschaft funktionieren kann. Es geht darum zu erfassen, was produziert werden soll, für wen, wie viel, warum und welche Richtung die Gesellschaft einschlagen soll. Dies wird allerdings nicht pluralistisch nach Lust und Laune entschieden, sondern nach den Maßstäben der volkswirtschaftlichen Rentabilität. Dazu gehört, dass die Produktion im Sozialismus den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Schwerindustrie

²⁵ Vgl. Engels, Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, 1877, in: MEW 20, S. 288.

legt, auch wenn für einen einzelnen Betrieb die Leichtindustrie kurzfristig günstiger erscheinen mag. Langfristige Faktoren, wie zum Beispiel eine drohende Klimakatastrophe, oder der gesellschaftliche Nutzen einer Industrialisierung, beeinflussen die gesamtwirtschaftliche Rentabilität und müssen vom Sozialismus daher berücksichtigt werden.

Der Staat im Sozialismus hat zwei Aufgaben: Einerseits die Absicherung der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch entsprechende Organe, andererseits die zentrale gesellschaftlichen Planung und Entwicklung. Die Bedarfserfassung, die Koordination der Produktion und die Zuteilung der Produkte, wird zentral über die zu schaffenden Institutionen des sozialistischen Staates organisiert. Nur so kann die Produktion unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant werden. So wird der Staat im Sozialismus notwendig Gesellschaft.

Weitere Bedingungen der sozialistischen Ökonomie sind Aspekte der Kultur. Wenn es möglich sein soll, dass die Mitglieder der Gesellschaft über die Entwicklung der Produktion zwecks volkswirtschaftlicher Rentabilität entscheiden, müssen sie die ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge kennen. So werden Bildung und Erziehung der Mitglieder der Gesellschaft notwendig, nicht im Interesse der späteren Ausbildung zum Objekt der Kapitalverwertung, sondern zur Ausbildung zum gesellschaftlichen Subjekt, was über die inneren Zusammenhänge seiner Gesellschaft Bescheid weiß. Im Bereich der Erziehung ist Kollektivität notwendig, also keine Konkurrenzdenken, Mobbing, etc. – und nicht weil das „sozial“ und „edel“ ist, sondern weil nur das kollektive Zusammenleben und letztlich die bewusste kollektive Tätigkeit in der Produktionssphäre eine gemeinschaftliche Planung und damit rationelles, volkswirtschaftlich-rentables Wirtschaften garantiert. Ferner sind die Medien kein Privateigentum, sondern gesellschaftlich kontrolliert. Um gesellschaftliches Bewusstsein zu entwickeln, müssen Klassenauseinandersetzungen gespiegelt werden, sowie die gesamte gesellschaftliche Produktionsosphäre, die nicht verschleiert, sondern transparent offengelegt werden muss. Analog zu Kunst und weiteren Aspekten der Kultur, welche die Verarbeitung der sozialistischen Verhältnisse sicherstellen müssen.

Dies sind die wesentlichen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, welche sich aus der Aufhebung des Kapitalismus ergeben. Wir kommen nun zu den konkret-historischen Erfahrungen, die in der Sowjetunion mit dem Aufbau einer

sozialistischen Ökonomie gemacht wurden und unterziehen dann seinem Abbau einer Kritik.

3. Marktöffnungen in der Sowjetunion

Mit Beginn der Fünfjahrespläne ab 1928 folgten in der Sowjetunion schrittweise diverse revolutionäre Umgestaltungen, die das Privateigentum nach und nach aufhoben. Damit wuchsen die volkseigenen Produktionsverhältnisse heran, die Planwirtschaft wurde zentraler und effizienter, da immer mehr Produktionszweige ohne Wert vermittelte direkt zur Verfügung standen. In den 30er Jahren erfolgte mit der daran anknüpfenden Industrialisierung und dem Fokus auf den Aufbau einer Schwerindustrie eine rasante wirtschaftliche Entwicklung, die aus dem rückständigen russischen Agrarland einen hochleistungsfähigen Industriestaat entwickelte. Der damals einzige sozialistische Staat auf der Welt holte nicht nur mit dem planmäßigen und rasanten Industrialisierungstempo innerhalb weniger Jahre die führenden kapitalistischen Staaten ein, sondern konnte auch die erforderlichen Ressourcen herstellen um den II. Weltkrieg gegen den deutschen Faschismus zu gewinnen. Wenn man bedenkt, dass führende kapitalistische Staaten durch Verwertungszwänge 100 bis 200 Jahre für die Industrialisierung brauchten, die Sowjetunion hingegen die Rückständigkeit aus vergangenen feudalen Strukturen innerhalb weniger Jahre überwand, zeigt dies die Potenziale auf, die in einer zentralen volkswirtschaftlich-rentablen Planwirtschaft liegen, obwohl sie in der Sowjetunion auch nach dem II. Weltkrieg nicht einmal vollständig – aber immerhin – bestand.

Zum Wirtschaftswachstum im Kontext der Planwirtschaft ein paar ausgewählte Daten: Im Zeitraum von 1913 bis 1955 ist die Bruttonproduktion der Gesamtindustrie der Sowjetunion um das 19,4-Fache gestiegen. Vor allem die Schwerindustrie explodierte dabei förmlich mit einem Anstieg um das 39-Fache. Im selben Zeitraum stieg zudem die Arbeitsproduktivität im Industriesektor der Sowjetunion um das Achtfache. Dies zeigt die Potenziale auf, die in einer zentralen volkswirtschaftlich-rentablen Planwirtschaft liegen.²⁶

²⁶ Zahlen aus: Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR; Die UdSSR in Zahlen, 1956, S. 20 und S. 26.

Trotz dieser Aufbauphase ausgehend der 30er Jahre, herrschte in der Sowjetunion allerdings nie eine gänzlich zentrale Planwirtschaft vor. Dafür wäre eine einheitliche volkseigene Eigentumsform erforderlich gewesen, die selbst nach Ende des II. Weltkrieges nicht realisiert wurde. Neben individueller „kleiner Privatwirtschaft“²⁷ und dem Außenhandel mit kapitalistischen Staaten, z.B. den Export von Getreide²⁸, herrschte in der Sowjetunion immer noch die Parallelität von Volkseigentum und Kollektiveigentum vor, wobei letztere Eigentumsform nur eine Form des Privateigentums ist. Die Kolchosbauern²⁹ eigneten sich die Erträge mit ihren Produktionsmitteln an und verkauften sie als Waren an den Staat. Ein Teil der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, die Maschinen und Traktoren, waren allerdings bereits staatlich und wurden den Kolchosbauern in sogenannten Maschinen-und-Traktorenstationen (MTS) leihweise zur Verfügung gestellt.

Auf Grundlage des – wenn auch begrenzten – Privateigentums der Kollektivwirtschaften wurden Waren an den Staat zu festgesetzten Preisen abgegeben. Die Planbehörde Gosplan legte formal die Pläne für die landwirtschaftliche Produktion der Kolchosbauern fest, musste im Plan aber stets berücksichtigen, dass sich die Kollektivwirtschaft betriebswirtschaftlich rentiert. Das heißt: Die staatlich festgesetzten Preise durften nicht gänzlich vom Wert der verkauften Waren abweichen, da die Kolchosen ihre Ländereien finanzieren mussten und das Auskommen für die Bauern gezahlt werden musste. Es zirkulierte somit auch noch das Geld als Maß der Werte der Waren. Die offizielle sowjetische Planbehörde Gosplan legte formal die Pläne für die Produktion der Kolchosbauern fest, musste im Plan aber berücksichtigen, dass sich die Kollektivwirtschaft betriebswirtschaftlich rentieren musste. Das heißt: Die staatlich festgesetzten Preise durften nicht gänzlich vom Wert der verkauften Waren abweichen, da die Kolchosen ihre Ländereien, sowie das Auskommen für die Bauern finanzieren mussten. Es zirkulierte somit auch noch das Geld, was nichts anderes ist als Maß der Werte der Waren.

Langfristig hat dies eine Abschwächung der Produktivkraftentwicklung zur Folge, da nicht primär der gesamtwirtschaftliche Nutzen, sondern die Rentabi-

²⁷ Verfassung der UdSSR 1936, Art.9. In: Verfassungen der Welt, dt. Übersetzung.

²⁸ Vgl. Stalin, Über die Industrialisierung und das Getreideproblem, Rede am 09. Juli 1928. In: SW, Bd. 11, S. 95.

²⁹ Kolchose: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft in der Sowjetunion.

lität der einzelnen Kollektivwirtschaften in den Vordergrund rückt. Im Bewusstsein von Teilen der Gesellschaft bestehen durch die Existenz des Wertgesetzes ständig Bestrebungen, die Kollektivwirtschaften von der Umklammerung des sozialistischen Staates zu lösen, sie doch wieder aufzulösen, damit die Bauern frei ihre Waren verkaufen dürfen, oder doch wenigstens die staatlichen MTS an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Dies hätte weitere Teile der Produktion von der Gesamtwirtschaft entkoppelt und reprivatisiert.

Die Sowjetunion stand nach dem Sieg im II. Weltkrieg im Rahmen des Wiederaufbaus vor der Aufgabe, den Aufbau des Sozialismus weiter zu forcieren, die Kolchosen zu Sowchosen³⁰ umzugestalten, die individuelle Privatwirtschaft zu beenden und mit diesen Prozessen einhergehend das Wertgesetz gänzlich außer Kraft zu setzen. Das hätte zu einem noch stärkeren Wirtschaftswachstum geführt, da man die Produktion mit einer einheitlichen Eigentumsform gänzlich auf die volkswirtschaftliche Rentabilität hätte lenken können. Sämtliche Produktionszweige würden miteinander zusammenhängen, ganz ohne Dazwischenkunft des Werts.

3.1. Die theoretische Vorbereitung: Entfernung vom marxistischen Sozialismusbegriff am Beispiel einer Spätschrift von Stalin

Es trat jedoch das völlige Gegenteil ein. Nach Stalins Tod im Jahr 1953 konnte sich eine rechte konterrevolutionäre Gruppe um Nikita Chruschtschow in der Führung der KPdSU durchsetzen, die begann, die bereits entwickelte Planwirtschaft abzubauen und die Märkte zu öffnen. Dazu später konkrete Daten.

Doch wie war dieser Wechsel in der Wirtschaftspolitik möglich? Da Politik sich nicht auf das Wirken von Personen reduzieren lässt, muss untersucht werden, wie marktwirtschaftliche Ideen Eingang in Partei und Gesellschaft finden konnten. Dazu ist die Reflektion vorangegangener theoretischer Aufweichungen des marxistischen Sozialismusbegriffs erforderlich. Die Spätschrift von Stalin: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“³¹ von 1952, weist hierbei auffallende Schwächen auf.

³⁰ Sowchose = Volkseigenes Gut. Sozialistische Eigentumsform in der Landwirtschaft.

³¹ Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952. In: SW, Bd. 15, S 195ff.

Über weite Strecken der Schrift erläutert Stalin erstmal wichtige Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus und wendet sie auf die sowjetischen Verhältnisse an. So werden im Kapitel 1 die Gesetzmäßigkeiten der Politischen Ökonomie des Sozialismus behandelt, insbesondere darin das Gesetz der planmäßigen und proportionalen Entwicklung und wie es sich als Regulator der Produktion nach der volkswirtschaftlichen Rentabilität richtet.³² Zu den wichtigen Erkenntnissen dieses Werks gehört sicher auch die in Kapitel 2 und 3 formulierte Klarstellung, dass die Warenproduktion und das Wertgesetz keine ewig geltenden Naturkonstanten, sondern historische Kategorien darstellen, die mit der Durchsetzung des allgemeinen Volkseigentums verschwinden, was in der Sowjetunion u.a. die Umgestaltung der Kollektivwirtschaften in volkseigene Sowchosen erforderte.³³

Insofern war vermutlich auch Stalin die Zielstellung klar, wohin sich die sowjetische Ökonomie in den kommenden Jahren entwickeln musste, und er untermauert dies in seiner Ablehnung der Thesen der KPdSU-Mitglieder Sanina und Wensher: Sie stellten jene Zielstellung infrage, indem sie verlangten, dass der Staat seine Maschinen und Traktoren an die Kolchosbauern verkauft.³⁴

Dieser Privatisierungsvorschlag hätte gewaltige Produktionseinbrüche zur Folge gehabt. Dem staatlichen, volkseigenen Sektor, in dem die Produktionszweige mittels zentraler Planung aufeinander zusammenhängend abgestimmt waren, wären die Maschinen und Traktoren entzogen worden. Doch nur der sozialistische Staat hätte die Kosten für die stets zu modernisierenden Maschinen und Traktoren für lange Zeiträume übernehmen können. Die Kollektivwirtschaften wären hingegen niemals in der Lage gewesen diese für die Gesamtwirtschaft notwendigen Investitionen aufzubringen. Alleine, dass die Kollektivwirtschaften dem Staat die bestehenden MTS abkaufen könnten, war schon fraglich.

Mit dem Verkauf der MTS hätte sich der privatwirtschaftliche Charakter der Kollektivwirtschaften vertieft. Individuelle Verwertungsinteressen stünden im Widerspruch zu den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen. Ferner hätten sich stärkere Kollektivwirtschaften mit vielen – nur ihnen gehörenden – Maschi-

³² Vgl. Ebenda, S. 197f.

³³ Vgl. Ebenda, S. 198 und S. 205.

³⁴ Vgl. Sanina/Wensher, Brief an Stalin, zitiert nach: Ebenda, S. 239.

nen und Traktoren in einem Konkurrenzkampf um den erfolgreichen Absatz gegenüber schwächeren Kollektivwirtschaften durchgesetzt. Es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis das Gruppeneigentum der Kolchose zu individuellem Eigentum von Einzelbauern aufgelöst worden wäre, welches dann zum Zweck der persönlichen Bereicherung bewirtschaftet würde.

All das hätte gewaltige Produktionseinbrüche zur Folge gehabt. Da diese Entwicklung nach Stalins Tod in die Tat umgesetzt wurde, wird sie an dieser Stelle nur theoretisch angedeutet und später bei der praktischen Betrachtung der konterrevolutionären Entwicklungen ab 1953 konkretisiert. In jener Auseinandersetzung mit Sanina und Wensher weigerte sich die sowjetische Führung noch deren Linie zu folgen und die Maschinen und Traktoren blieben zu Lebzeiten Stalins in staatlicher Hand. Es blieb beim Ziel die Warenproduktion und das Wertgesetz einzuengen und schließlich abzuschaffen, wobei letzteres die Durchsetzung des Sozialismus seines Wesens gemäß in der Sowjetunion zur Folge gehabt hätte.

Auf der anderen Seite gelingt es Stalin nicht, die Existenz der Warenproduktion und des Wertgesetzes in der Sowjetunion kohärent zu erklären. So gibt bereits die Kapitelüberschrift: „*2. Die Frage der Warenproduktion im Sozialismus*“³⁵ und „*3. Die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus*“ darüber Aufschluss, dass die Begriffe „Warenproduktion“ und „Wertgesetz“ als Elemente „im Sozialismus“ aufgefasst werden. Diese Auffassung wird damit begründet, dass die Warenproduktion und der Kapitalismus zwei wesensverschiedene Begriffe seien. Stalin schreibt:

„*Die Warenproduktion führt nur in dem Fall zum Kapitalismus, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, wenn die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt, die der Kapitalist kaufen und im Produktionsprozess ausbeuten kann, wenn folglich im Lande das System der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten besteht.*“³⁶

Die These, dass die Warenproduktion in einem Fall nicht zum Kapitalismus führe – quasi als „nicht-kapitalistische“ Warenproduktion –, versucht Stalin damit zu belegen, dass jene Warenproduktion in der Sowjetunion ohne Privat-

³⁵ Stalin, S. 199.

³⁶ Ebenda, S. 201.

eigentum an Produktionsmitteln bestehe. Damit wird die Warenproduktion metaphysisch von ihrer Entstehung getrennt. Denn die Ware ist Produkt individueller Privatarbeiten.³⁷ Wäre die Ware stattdessen ein zugeteiltes, gesellschaftlich geplantes Gebrauchsgut, also ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, lässt sich nicht erklären, wieso dieses Gebrauchsgut gegen Wert getauscht und damit überhaupt zur Ware wird – wie das beim Tausch zwischen den Kollektivwirtschaften und dem Staat der Fall war. Aus der unmittelbaren Zuteilung von Gebrauchsgütern ergibt sich der Doppelcharakter nicht, den Waren beinhalten. Der reale, auch von Stalin festgestellte Warentausch, den die Kollektivwirtschaften mit dem Staat pflegten, musste also einem noch existenten, von Stalin jedoch nicht zur Kenntnis genommenen Privateigentum zugrunde liegen: jenes der Kollektivwirtschaften, die mit ihren Produktionsmitteln die landwirtschaftlichen Erzeugnisse produzieren und als Waren an den Staat verkaufen. Dieses Privateigentum wird nicht als solches behandelt. Wie es dabei sein kann, dass eine Warenproduktion „ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln“ existieren könne, bleibt unerörtert.

Fortan wird die Warenproduktion zu etwas von der kapitalistischen Produktion Getrenntes, daher „besonderes“ und schließlich „sozialistisches“ erklärt:

„Die kapitalistische Produktion beginnt dort, wo die Produktionsmittel in Privathand konzentriert und die der Produktionsmittel beraubten Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. [...] Folglich stellt unsere Warenproduktion keine gewöhnliche Warenproduktion dar, sondern eine Warenproduktion besonderer Art, eine Warenproduktion ohne Kapitalisten, die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat, deren Wirkungsbereich auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt ist, die sich offensichtlich keinesfalls zur kapitalistischen Produktion entwickeln kann und dazu bestimmt ist, zusammen mit ihrer ‘Geldwirtschaft’ der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Produktion zu dienen.“³⁸

Es scheint so, als würde die kapitalistische Produktion hier als eine räuberische, äußere Erscheinung aufgefasst werden – als hemmungsloser Auswuchs der Warenproduktion. Baberowski hätte hierfür die Begrifflichkeit der „Mas-

³⁷ Vgl. Marx, Kapital I, S. 57.

³⁸ Stalin, S. 201f.

senverelendung“ verwendet.³⁹ Bei diesen sich an einzelnen Erscheinungen aufhaltenden, eher moralischen Betrachtungen des Kapitalismus wird dessen Ursache aus dem Blickfeld genommen und ignoriert, dass die Warenproduktion bereits das Wesen des Kapitalismus darstellt und sich mit ihrer Grundstruktur, dem Wertgesetz, zwangsmäßig alle weiteren Gesetzmäßigkeiten (Geld, Kapital, Akkumulation, etc.) durchsetzen. Alles andere, würde eine Revision der marxistischen Kapitalanalyse bedeuten.

Selbiges hinsichtlich der Warenproduktion wird von Stalin analog im anschließenden 3. Kapitel zum Wertgesetz erklärt, welches ebenfalls eine Existenzberechtigung „im Sozialismus“ habe:

„Besteht und wirkt bei uns, in unserer sozialistischen Ordnung, das Wertgesetz? Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muss es auch das Wertgesetz geben. Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes erstreckt sich bei uns vor allem auf die Warenzirkulation, auf den Warenaustausch durch Kauf und Verkauf, auf den Austausch hauptsächlich von Waren des persönlichen Bedarfs. Hier, auf diesem Gebiet, behält das Wertgesetz, natürlich in bestimmten Grenzen, die Rolle eines Regulators. Aber die Wirkungen des Wertgesetzes sind nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation beschränkt. Sie erstrecken sich auch auf die Produktion. Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber es wirkt dennoch auf die Produktion ein, und das darf bei der Leitung der Produktion nicht außer acht gelassen werden.“⁴⁰

Mit letzter Aussage, dass das Wertgesetz „keine regulierende Bedeutung“ habe, wird deutlich, wie das Werk darum ringt, dem Wertgesetz nicht zu viel Spielraum zu geben. Das geht mit der von Stalin betonten historischen Beschränktheit des Wertgesetzes einher, welches mit dem weiteren Aufbau des Sozialismus verschwinde. Und dennoch hält Stalin hier das Wertgesetz für einen Bestandteil der sozialistischen Produktion. Die theoretische Integration kapitalistischer Elemente wie der Warenproduktion und des Wertgesetzes in den Sozialismus finden vermutlich seine Grundlage in Stalins euphemistischer Betrachtung der Kollektivwirtschaften:

³⁹ Vgl. Baberowski, Interview, (00.36 – 0057)

⁴⁰ Stalin, S. 203.

„Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann.“⁴¹

An mehreren Stellen in der Schrift und im Einklang mit der sowjetischen Verfassung von 1936 werden die Kollektivwirtschaften als „Form sozialistischen Eigentums“ dargestellt, die zwar kein Volkseigentum, aber bereits „vergesellschaftet“ seien.⁴² Doch genau hier liegt der Knackpunkt: Wenn die Kollektivwirtschaften kein Privateigentum waren, aus der sich der Warentausch mit dem Staat erklären ließe, sondern bereits eine „sozialistische Eigentumsform“ darstellen, dann müssen auch die von jenen Kolchozen produzierten Waren sozialistischen Charakter annehmen. Da der Warentausch zwischen den Kolchozen und dem Staat einen (wenn auch nicht freien) Markt braucht, war nun von einem „sozialistischen Markt“ und „sozialistischem Geld“ die Rede – stets im völligen Widerspruch zur marxistischen Kapitalanalyse, welche die Begriffe „Ware“, „Markt“ und „Geld“, als Wesensbestandteile des Kapitalismus begreift.

Und dann lässt sich auch nicht erklären, wieso die „sozialistischen“ Kolchozen nicht Eigentümer der MTS sein sollten, wie von Sanina und Wensher vorgeschlagen und von Stalin in der Praxis noch abgelehnt. Ebenfalls denkbar wäre die Ausweitung des Warentausches auf volkseigene Betriebe, weil dieser ja „ohne Privateigentum an Produktionsmitteln“ funktioniere.

Eben jene Ausweitung der Privatwirtschaft in Landwirtschaft und Industrie ist die Konsequenz, wenn man die Kollektivwirtschaften als „sozialistisch“ euphemisiert, die Warenproduktion folglich nicht in ihrer materiellen Entstehung – als Produkt individueller Privatarbeiten – begreift, sondern stattdessen als eine von der kapitalistischen Produktion losgelöste, „sozialistische Warenproduktion“ konstruiert.

So wird zusammenfassend deutlich, dass Stalins Werk einerseits die historische Beschränktheit der Warenproduktion und des Wertgesetzes erkennt, das entsprechende Ziel des vollständigen Aufbaus des Sozialismus mit der einheitlichen Eigentumsform in konkreter Auseinandersetzung um die MTS

⁴¹ Stalin, S. 202.

⁴² Vgl. Stalin, S. 202 und Verfassung der UdSSR, Art. 7.

praktisch verteidigt, ihm es andererseits in der Theorie nicht gelingt, die Warenproduktion und das Wertgesetz aus ihren privatwirtschaftlichen Ursprüngen zu erklären. Das führt dazu, dass ihnen „besondere“, „nicht-kapitalistische“ und letztlich „sozialistische“ Eigenschaften zugesprochen werden. Letzteres steht jedoch bereits der von Stalin beteuerten historischen Beschränktheit der Warenproduktion und des Wertgesetzes in der Sowjetunion entgegen: Das praktische Ziel, die einheitliche Eigentumsform, steht mit jener theoretischen Aufweichung auf dem Spiel, da kapitalistische Verhältnisse mittels ihres angeblich „sozialistischen“ Charakters verewigt werden.

Die schleichende theoretische Integration der Warenproduktion und des Wertgesetzes in den Sozialismus, die nicht nur Stalin selbst, sondern zahlreiche sowjetische Ökonomen zu der Zeit und danach in den herausgegebenen Lehrbüchern für Politische Ökonomie vertraten⁴³, hatte folgenschwere praktische Konsequenzen.

3.2 Praktische Schritte Richtung Kapitalismus im Zeitraum 1953-1964

Solange das Wertgesetz neben der sozialistischen Ökonomie wirkt, werden permanent Bewusstseinsformen in der Gesellschaft und der politischen Führung produziert, die nach Aufhebung der bestehenden sozialistischen Verhältnisse drängen. Nach dem Tod von Stalin im März 1953 setzte sich eine rechte politische Gruppe um Chruschtschow mit seinen Verbündeten Alexei I. Kiritschenko, Frol R. Koslow, Anastas I. Mikojan, Nikolai W. Podgorny und weiteren in der sowjetischen Führung durch, um die kapitalistische Restauration vorzubereiten.⁴⁴

⁴³ Zitat aus dem sowjetischen Lehrbuch für Politische Ökonomie von 1954: „Im Sozialismus ist die Warenproduktion keine gewöhnliche, sondern eine Warenproduktion besonderer Art (...) ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln und ohne Kapitalisten.“ Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Lehrbuch der Politischen Ökonomie, 1954, Kap. 33, Warenproduktion, Wertgesetz und Geld im Sozialismus; in: politische oekonomie.org, o. S.

⁴⁴ Funktionen von Chruschtschows Unterstützern: Kiritschenko: 1953-57 Erster Sekretär der KP der UkrSSR, 1957-1960 Sekretär des ZK. Koslow: seit 1957 Präsidiumsmitglied, 1959-63 faktischer „Zweiter Sekretär“. Mikojan: seit 1955: Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates; Mitglied des Präsidiums (Politbüros). Podgorny: 1957-63 Erster Sekretär der KP der UkrSSR, seit 1960 Präsidiumsmitglied; später 1965-77 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. Zitiert nach: Mun-

Der Wechsel von Stalin zu Chruschtschow war politisch geprägt von einem erbitterten Klassenkampf zwischen den Marxisten, die am weiteren Aufbau des Sozialismus festhielten und den konterrevolutionären Marktwirtschaftsvertretern, welche die Planwirtschaft in der Sowjetunion abbauen wollten. Da sich die vorliegende Arbeit die ökonomische Entwicklung der Sowjetunion zum Schwerpunkt gemacht hat, wird der innerparteiliche Klassenkampf hier nur angedeutet. Letztlich konnte sich Chruschtschow mit seiner Anhängerschaft in allen Partei- und Staatsämtern mehrheitlich durchsetzen und mit den Marktöffnungen beginnen.

Aber natürlich konnten die unter Chruschtschow eingeführten kapitalistischen Reformen nicht ohne Widerstand in der Partei und der Gesellschaft ablaufen. Vorherrschend waren immer noch sozialistische Verhältnisse und damit sozialistische Bewusstseinsformen in der sowjetischen Gesellschaft. Zu sehr überstrahlte zudem der Aufbau des Sozialismus alles, als es der Sowjetunion 1945 sogar gelang den II. Weltkrieg für sich zu entscheiden. So musste die Gruppe um Chruschtschow mit den Marktöffnungen schrittweise vorgehen, sie zunächst kleinteilig absichern, ohne von jetzt auf gleich die gesamte Planwirtschaft abzuschaffen. Dieser schrittweise Prozess wird im Nachfolgenden nachgezeichnet.

Als erstes wurden die Pläne verändert. Der im Oktober 1952 vom XIX. Parteitag der KPdSU beschlossene noch laufende Fünfjahresplan für 1950-1955 wurde unter Chruschtschow nach Stalins Tod willkürlich redigiert. Die Produktion von Konfektionswaren sollte laut offiziellem Plan um 80% steigen. Die Planänderung von Chruschtschow sah eine Steigerung von 240% vor. Die Fleischproduktion sollte statt der ursprünglich geplanten 90%, um 230% steigen. Die Produktion von Butter statt 70%, um 180%.⁴⁵ Neben den Lebensmitteln sollte die Produktion von anderen Konsumgütern wie Radio- und Fernsehgeräte 4,4 mal so hoch statt der ursprünglich geplanten Verdopplung steigen.⁴⁶

zinger Online/Personen, Einträge: Alexei I. Kiritschenko, Frol R. Koslow, Anastas I. Mikojan, Nikolai W. Podgorny.

⁴⁵ Vgl. Leonhard, Kreml ohne Stalin, 1962, S. 74.

⁴⁶ Vgl. Schwartz, The Sowjet Economy since Stalin, 1965 S. 61.

In den Veränderungen des noch bestehenden Fünfjahrplans, lassen sich vollkommen unrealistische Planungsziele erkennen, die mit einem Schwerpunkt auf den Konsumgütersektor versehen sind. Damit sollte die Leichtindustrie, die jene Konsumwaren produzierte, gegenüber der Schwerindustrie den Vortritt der weiteren ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion gegeben werden. Das hatte den Hintergrund privatwirtschaftliche Tätigkeiten vorzubereiten, welche aufgrund ihrer Abhängigkeit von der individuellen Kapitalverwertung, zu den damaligen Verhältnissen nur in der Lage gewesen wären die Leichtindustrie zu entwickeln. Derartige Änderungen an einem beschlossenen und noch laufenden Fünfjahrplan waren in der Sowjetunion ohnehin ein Novum – ganz gleich, ob die Planziele eingehalten wurden, oder nicht: Die Autorität des Fünfjahresplans war damit erstmals infrage gestellt worden.

Die unrealistischen neuen Planziele konnten selbstverständlich nicht eingehalten werden. Der im Jahr 1956 vom XX. Parteitag der KPdSU beschlossene neue Fünfjahresplan wurde wieder mit ähnlich unrealistischen Planzielen versehen – diesmal musste der Plan nach nur anderthalb Jahren, Ende 1957, abgebrochen werden.⁴⁷ Der XX. Parteitag war ohnehin politisch bedeutend, da Chruschtschows „Geheimrede“, welche vorgab mit dem Personenkult um Stalin abzurechnen, den ideologischen Weg bereitete, den unter Stalin praktisch noch verfolgten Aufbau des Sozialismus zu diskreditieren. Damit einhergehend erlangte die Fraktion um Chruschtschow politisch in allen wichtigen Parteigremien die Mehrheit.⁴⁸

Der vorangegangene, zuvor abgebrochene Fünfjahresplan wurde auf einen im Januar 1959 einberufenen Sonderparteitag der KPdSU durch einen Siebenjahresplan ersetzt – wieder mit nicht einhaltbaren Planzielen. Fünf Jahre später wird der Plan wegen Überforderung der sowjetischen Ökonomie abgebrochen.⁴⁹ Mit dem entstandenen Planungchaos einhergehend, wurde auf dem Sonderparteitag beschlossen, dass der Plan nicht mehr gesetzlich bindend ist – schließlich konnte der Plan ja sowieso nicht eingehalten werden.⁵⁰

⁴⁷ Vgl. Schnellen, Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik in der Zeit, als er Partei- und Regierungschef der UdSSR war (1953-1964). In: offen-siv, 4-2016, S. 47.

⁴⁸ Ebenda

⁴⁹ Vgl. Leonhard, S. 412.

⁵⁰ Vgl. Schnellen, S. 49.

Damit erreichte Chruschtschow sein erstes Etappenziel: der Plan hatte seine gesetzliche Autorität verloren. Zentrale Planungsbehörden wurden somit schrittweise durch regionale Behörden, den „Sownarchosy“, ersetzt.⁵¹ Und überall dort, wo der Plan geschwächt, dezentralisiert oder gänzlich entmachtet wird, weiten sich die Ware-Geld-Beziehungen aus – welche bereits zuvor, wie wir gesehen haben, für „sozialistisch“ erklärt wurden.

Die ökonomischen Auswirkungen der unmittelbaren Planungspolitik nach Stalins Tod, die eine deutliche Revision des marxistischen Sozialismusbegriffs, insbesondere des notwendigen Primats der Schwerindustrie darstellt, waren folgenschwer. Zur Produktionsentwicklung einzelner ausgewählter Waren folgt auf der folgenden Seite eine tabellarische Darstellung.

Abb. 1: Jährlicher prozentualer Anstieg der Produktion bei einigen wichtigen Waren im Zeitraum 1955-1958⁵²:

	1955	1956	1957	1958
Düngemittel	20 %	13 %	8 %	5 %
Roheisen	11 %	7 %	4 %	7 %
Kohle	13 %	10 %	8 %	7 %
Stahl	9 %	7 %	5 %	7 %
Elektrizität	13 %	3%	9 %	11 %
Schwefelsäure	15 %	14 %	6 %	5 %

Auch wenn die Stahlproduktion im Jahr 1958 mit 7% sich nochmal dem alten Zuwachsniveau von 1955 mit 9% annähert, ist bei allen gemessenen Waren: Roheisen, Elektrizität, Stahl, Schwefelsäure, Kohle und Düngemittel, ein Rückgang des Produktionsanstiegs für den Zeitraum von 1955 bis 1958 zu beobachten. Besonders zurückgegangen ist die Produktion von landwirtschaftlichen Düngemitteln: Während 1955 noch eine Zuwachsrate von 20% erzielt werden konnte, betrug die Rate 1958 gerade noch 5%.

Das entstandene Planungschaos führte zudem zu einem Investitionschaos. Der XX. Parteitag 1956 beschloss rund 4.000 neue Investitionsprojekte für die gesamte Sowjetunion, ohne jedoch die alten Projekte abzuschließen. Auch die

⁵¹ Vgl. Schwartz, S. 89.

⁵² Siehe: Schwartz, S. 93. Anm: Eigene tabellarische Darstellung.

Jahre darauf wurden ständig neue Projekte gestartet, während die alten einfach abgebrochen wurden. Dies führte zu einer unzähligen Verschwendungen von Ressourcen und Produktivkräften – wofür man das zentrale Planungssystem als vermeintliche Ursache anführte, was weitere Dezentralisierungskampagnen begünstigte.⁵³

Neben den willkürlichen Veränderungen der Fünfjahrespläne, welche die zentrale Planung systematisch zerstörten, wurden in der Landwirtschaft ganz direkt die privatwirtschaftlichen Strukturen ausgebaut. Den von Sanina und Wensher vorgeschlagenen Verkauf der staatlichen MTS an die Kolchose, wurde von der sowjetischen Führung unter Stalin noch strikt abgelehnt. Die Chruschtschow-Führung setzte jenen Privatisierungsvorschlag im Jahr 1958 vollständig in die Tat um.

Die Auflösung der MTS begründet Chruschtschow in einem Referat vom Februar 1958 damit, dass die Kolchose „heute größtenteils wirtschaftlich starke Betriebe“ seien, die „besser ausgerüstet als früher“ wären. Zudem besäßen die Kolchose nun „eigene hochqualifizierte Kader“ und deren Einkommen habe „sich 1956 gegenüber 1950 verdreifacht“, woraus Chruschtschow die Schlussfolgerung zieht, dass die volkseigenen MTS „unter diesen Umständen nicht mehr als Träger des technischen Fortschritts, als Organisatoren der Landwirtschaft angesehen werden“ dürften.⁵⁴

Hinter diesen revisionistischen Begründungen verbirgt sich die gängige neoliberale Suggestion, dass Privatisierungen Anreize schaffen würden und sich so die Produktivität doch mit dem Verkauf der MTS steigere. Die Realität sah anders aus.

Die nachfolgende tabellarische Darstellung zeigt die Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion ab 1958.⁵⁵

Bruttonlandwirtschaftsproduktion UdSSR 1958 – 1963 (Index, 1958 = 100)⁵⁶

Jahr	Index (1958 = 100)
1958	100
1959	100
1960	100
1961	100
1962	100
1963	100

⁵³ Vgl. Schnehen, S. 50.

⁵⁴ Chruschtschow, Über die Entwicklung der Kolchosordnung und die Reorganisation der Maschinen- und Traktorenstationen, 1958. Zitiert nach: Lewytskyi, Wendung in der sowjetischen Landwirtschaft. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6-1958, S. 340f.

⁵⁵ Jährliche sowjetische Wirtschaftsberichte; zitiert nach: Schwartz, S. 93.

1959	101,0
1960	102,9
1961	105,8
1962	107,8
1963	100,0

So erreichte die Bruttolandwirtschaftsproduktion im Jahr 1963 wieder die Basis Höhe von 1958. Zudem ging, nach eigenen Angaben Chruschtschows, die Getreideernte im Jahr 1959 in den Neulandgebieten von Kasachstan und den Altai im Vergleich jeweils zum Vorjahr um 28%, bzw. um 36% zurück.⁵⁷ Die Warenpreise für Fleisch und Butter stiegen im Juni 1962 um 30% bzw. 25%.⁵⁸ Im Jahr 1963 musste die Sowjetunion die Brotrationierung wiedereinführen.⁵⁹ Im selben Jahr begann man damit, Getreide u.a. aus den USA und Kanada zu importieren.⁶⁰ Das führt zur Abhängigkeit von Devisen. In den 1930er Jahren exportierte die Sowjetunion hingegen noch überschüssiges Getreide.

Wenn die Rentabilität der einzelnen Kolchose gegenüüber der Rentabilität der Gesamtwirtschaft in den Vordergrund rückt, was sich mit deren Inbesitznahme der MTS weiter vertieft, hat das selbstverständlich Auswirkungen auf die ökonomische Stabilität. Die Kolchose sind nun viel intensiver daran interessiert ihre eigenen Waren verwertbar zu verkaufen. Dieses Interesse deckt sich häufig nicht mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, indem beispielsweise für die einzelnen Kolchose die Versorgung der Bevölkerung durch eine massenhafte und moderne Getreideproduktion, mit stets erneuerten Maschinen und Traktoren, viel zu teuer geworden ist.

Anknüpfend an die Verscherbelung der MTS, welche die Ware-Geld-Beziehungen ausweitete, wurden in der Industrie weitere Marktöffnungen vollzogen. Wenn der Plan keine Gesetzeskraft mehr besitzt und die zentralen Behörden zunehmend regionalisiert oder abgeschafft werden, verselbstständigen

⁵⁶ USDA, Index of gross value og agricultural production, Spalte UdSSR, 1969. Anm: Basis im Original: 1962 = 100; eigene Umrechnung auf 1958 = 100.

⁵⁷ Vgl. Chruschtschow, Diskussionsrede auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 21. – 25. 12. 1959. Zitiert nach: Leonhardt, S. 412f.

⁵⁸ Vgl. Schwartz S. 124.

⁵⁹ Ebenda

⁶⁰ Ebenda

sich die einzelnen sowjetischen Betriebe. Sie orientieren sich in ihrer Produktion nicht mehr an zentrale Vorgaben, sondern an eigene betriebliche Interessen.

Dazu folgendes typisches Beispiel aus Ende der 1950er-Jahre:

Der Vorsitzender eines neu eingeführten regionalisierten „Sownarchos“-Rates, verfügte über Fonds, die von noch bestehenden zentralen Behörden eigentlich für die Investition in ein Stahlwerk vorgesehen waren. Stattdessen setzte er diese Fonds für den Bau eines Zirkus und eines Schwimmbades ein, um sich in seiner Region beliebt zu machen. Doch da die zentralen Behörden nach und nach abgeschafft wurden, der Plan sowieso seine gesetzliche Bindung verloren hat, war der Vorsitzende dieser Sownarchos nicht ganz zu Unrecht davon ausgegangen, dass fortan die neuen örtlichen und nicht mehr die zentralen Behörden über Investitionen zu entscheiden hatten.⁶¹

Ein neues Stahlwerk, oder lieber Schwimmbad und Zirkus? Hieran wird deutlich, wie der zunehmende Fokus der volkseigenen Betriebe auf die betriebswirtschaftliche Rentabilität und letztlich auf individuelle Bereicherungen dazu führte, dass auch in der Industrie die volkswirtschaftliche Produktivität zunehmend vernachlässigt wurde. Das verschaffte Marktwirtschaftsvertretern, die schon immer die Rentabilität des einzelnen Betriebes als bestimmende Kennziffer einführen wollten, ungeahnte Spielräume.

In seinem bekannten Artikel „*Plan, Profit, Prämie*“, der am 09. September 1962 in der Prawda⁶² erschien, fordert der sowjetische Ökonom Liberman für die Betriebe ein gelockertes System, dass die Produktivität der Betriebe an eigene Rentabilität und Rechnungsführung koppelt, Prämien und Lohnfonds vorsieht, Selbstfinanzierung stärkt und die Planvorgaben reduziert. Preis- und Vertragsbeziehungen im bereits ausgeprägten Großhandel sollen die Betriebe eigenmächtig führen. Das vorgebliche Ziel war, dass die Betriebe ein Interesse an höheren Planaufgaben, neuer Technik und hoher Warenqualität entwi-

⁶¹ Vgl. Schnehen, S. 51.

⁶² Vgl. Liberman, Plan, Profit, Prämie. Prawda, Ausgabe vom 09.09.1962. In: Current Digest oft he Soviet Press, Bd. XIV, Nr. 36, 03. Oktober 1962, S. 13-15. Zitiert nach: Seventeen Moments in Soviet History.

ckeln sollten.⁶³ Die Effizienz einer planmäßigen und zusammenhängenden Volkswirtschaft, sollte der Effizienz des einzelnen Betriebes weichen.

Das Interesse an „höheren Planaufgaben“ und „neuer Technik“ kann jedoch schlecht entwickelt werden, wenn die Betriebe samt ihrer Stärken und Schwächen nicht planmäßig miteinander verbunden und aufeinander abgestimmt sind. Stattdessen agieren die einzelnen Betriebe unabhängig voneinander und treten sogar gegenseitig in Konkurrenz. Gesamtwirtschaftliche Erfordernisse, inklusive der Sicherstellung, dass die Bevölkerung hinreichend versorgt ist, bleiben außen vor. Das sind die Folgen, wenn man die Betriebe an eigene „Rentabilität und Rechnungsführung“ koppelt, die Selbstständigkeit durch „Selbstfinanzierung“ samt eingeführten Prämien und Löhnen betont und die Betriebe sogar eigenmächtig Preis- und Vertragsbeziehungen führen lässt. Mit der These der „sozialistischen Warenproduktion“, die mit jeder neuen Ausgabe des sowjetischen Lehrbuches für Politische Ökonomie ideologisch zementiert wurde, ist das natürlich alles vereinbar.⁶⁴

So erklärt sich dann auch der Ausgang der unter Einfluss der Liberman-grammatik gestarteten „Pilotprojekte“ 1963/1964:

Das erste Pilotprojekt von 1963 sah vor, dass der Plan für zwei Textilfabriken gänzlich ausgesetzt wird. Diese durften selbstständig produzieren und mit staatlichen Einzelhandelsfirmen über Preise, Konditionen und Absatz verhandeln. Die eine Textilfabrik war das Majak-Werk, welches Textilien für Männer herstellte. Es reduzierte sofort seinen Personalbestand, entließ Arbeiter und Angestellte und die betriebswirtschaftlichen Gewinne stiegen um 7% an. Produktionskapazitäten wurden somit zwecks individueller Verwertungsinteressen heruntergefahren. Die Arbeiter erhielten einen Lohn in Abhängigkeit von den erzielten Gewinnen des Werkes, was den verbliebenen Arbeitern in diesem Fall zu Gute kam. Das Bolschewitschka-Werk richtete schon bald eine Abteilung für Marktforschung ein, um die kaufkräftige Nachfrage nach ihren Waren in der Art eines kapitalistischen Unternehmens zu erforschen.⁶⁵

⁶³ Ebenda

⁶⁴ Vgl. Jacobs, Die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion. Ein verhängnisvoller Irrtum: Sowjetische und deutsche Lehrbücher über die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus. Dokumentation und Wertung, 2008. In: offen-siv 8-2008.

Statt dieses Pilotprojekt sofort abzubrechen und zur volkswirtschaftlichen Rentabilität als Kennziffer auf Grundlage von zentralen Planbehörden zurückzukehren, folgte im Frühjahr 1964 das zweite Pilotprojekt. Diesmal in anderen Werken der Konsumgüterindustrie. Auch hier durften die Betriebe selbstständig mit den Abnehmern verhandeln und ihre Preise selbst festlegen. Etwaige von Planbehörden festgelegte Preise und Vorgaben des Plans durften ignoriert werden. In mehr als 80 Betrieben wurde dieses Pilotprojekt durchgeführt. Auch das im Prawda-Artikel Libermans geforderte Prämiensystem wurde eingeführt, in dem die Prämien direkt an den Gewinn, aber auch an Indexe wie Arbeitsproduktivität und Kostensenkung gekoppelt wurden. Das Werk mit dem höchsten Gewinn sollte die höchsten Prämien erhalten.⁶⁶

Libermans Programmatik, die 1965 – nach Chruschtschow – in die Kossygin-Reformen gegossen wurde⁶⁷, war der nächste konterrevolutionäre Stoß in Richtung Kapitalismus, der zuvor begonnene Privatisierungsprozesse beschleunigte. Während in der Landwirtschaft bereits die Hauptinstrumente der Produktion (MTS) privatisiert wurden, zog die „Liberman-Diskussion“ das Tempo in der Industrie weiter an. Die volkseigenen Betriebe entwickelten sich, je mehr Autonomie sie bekamen, zu immer weiter privatisierten Betrieben. Kaufmännische Aspekte nahmen durch Ausprägung der Ware-Geld-Beziehungen zu, die Planwirtschaft wurde mehr und mehr abgebaut. Gerade in jenen Privatisierungsprozessen, von denen schließlich die Betriebsleiter durch das geschaffene Kapital individuelle „Prämien“ ziehen konnten, liegt der logische Ursprung des Kapitals heutiger russischer Oligarchen.

Entsprechend deformiert entwickelten sich die gesellschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion ab der Chruschtschow-Zeit. Während der Reisebericht Lion Feuchtwangers „Moskau 1937“ noch besonders die Kollektivität der sowjetischen Gesellschaft in den späten 30ern hervorhebt⁶⁸, produzierten die einzelnen Marktöffnungen zunehmend Einzelinteressen, Korruption, Egoismus, Arbeitslosigkeit, Konkurrenz, Alkoholismus und mit all dem einherge-

⁶⁵ Vgl. Pape/Burg, Unpersoned. The Fall of Nikita Krushchev, S. 164. Zitiert nach: Schnehen, S. 43.

⁶⁶ Schwartz, S. 147f.

⁶⁷ Vgl. Miller. The Rise of Russian Consumer, S. 208f.

⁶⁸ Vgl. u.a. Feuchtwanger, Moskau 1937, S. 30.

hend natürlich auch zahlreiche psychische Schäden.⁶⁹ Mit der Aushebelung des Plans wird der Gesellschaft selbstverständlich auch jegliche Form von demokratischer Mitbestimmung entzogen. Die Mitwirkung der Mitglieder der Gesellschaft am zentralen Plan sichert eine zuverlässige Bedarfserfassung und somit die bestmögliche volkswirtschaftliche Rentabilität. Fallen die Planbehörden jedoch zu Gunsten des betrieblichen Gewinns weg, werden Verwertungsinteressen zum primären Faktor und nicht mehr die demokratische Teilhabe am zentralen Plan.

Im Jahr 1964 wurde Chruschtschow abgesetzt. Doch anstatt, dass sich Marxisten wieder durchsetzen konnten – dafür wurden sie bereits unter Chruschtschow durch systematische Repressalien politisch geschwächt⁷⁰ –, wurde der ökonomische Zerfall mittels Privatisierungen in den 70er Jahren unter der „kollektiven Führung“ Leonid Breschnew, Nikolai Podgorny und Alexei Kossygin weiterbetrieben und schließlich unter Juri Andropow⁷¹ und Michail Gorbatschow in den 80er Jahren vollendet. Die Auflösung der Sowjetunion am 31.12.1991 war insofern nur noch ein formaler Akt, der bereits durch die sukzessive Zerstörung der Planwirtschaft unter Chruschtschow ab 1953 vorbereitet wurde.

4. Schlussbetrachtungen

Die Marktöffnungen der Sowjetunion im untersuchten Zeitraum 1953-1964, haben die Gültigkeit des marxistischen Sozialismusbegriffs unter Beweis gestellt. Es bestätigt sich der Zusammenhang zwischen den ab 1953 folgenden Abbau der sozialistischen Ökonomie, der den Zerfall der Sowjetunion einläutete und der „sozialistischen Warenproduktion“ als seiner ideologische Rechtfertigung.

Die Konzeption half dabei, die zentralen Planbehörden zu entmachten, die landwirtschaftlichen MTS abzubauen und schließlich in den industriellen Be-

⁶⁹ Vgl. Flegel, Analyse der gegenwärtigen „Aktualisierung des kubanische Wirtschaftsmodells“, offen-siv 10-2020, S. 23.

⁷⁰ Vgl. Schnellen, S. 54.

⁷¹ Zu den marktwirtschaftlichen Thesen Andropows siehe auch: Franke, Die Akte Andropow, offen-siv 1-2021.

trieben die betriebswirtschaftliche Rentabilität als Kennziffer einzuführen – während dementgegen in den 30er Jahren ein rasantes ökonomisches Wachstum mit der Planwirtschaft verzeichnet werden konnte.

Dem Abbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion folgten Marktöffnungen im gesamten sozialistischen Lager, das daran letztlich zerfiel. Ein aktuelles Beispiel ist Kuba: Nach dem Ende des sozialistischen Weltsystems führte Kuba in den 1990er Jahren die „Periodo especial“ ein und betreibt seit 2008 bis heute den systematischen Abbau der Planwirtschaft. Zusätzlich gestützt von den Erfahrungen des Verfassers aus einer Kuba-Reise 2024 muss man heute festhalten, dass sich dort längst der Kapitalismus durchgesetzt hat.⁷² Ein weiteres Beispiel: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, darunter Russland und die Ukraine, folgen keinem zentralen, gemeinschaftlichen Plan mehr, sondern konkurrieren gegeneinander um privatwirtschaftliche/imperialistische Interessen, um Getreide, um industrielle Komplexe und um die Kontrolle der Schwarzmeerhäfen, was sich nicht nur aber besonders augenfällig im aktuellen Ukraine-Krieg zuspielt.⁷³

Die Konzeption der „sozialistische Warenproduktion“ ist damit eine konterrevolutionäre Konzeption, die mit dem Marxismus unvereinbar ist.

So muss der Sozialismus, soll er als Alternative zum Kapitalismus Bestand haben, zwingend als Gebrauchsgutproduktion und zentrale Planwirtschaft begriffen werden. Er muss die Warenproduktion negieren. Nur so ist eine tatsächliche Alternative zum Kapitalismus gewährleistet und damit eine Alternative zu dessen immer offener zutage tretenden Widersprüchen in Bezug auf Armut, Umweltzerstörung und selbstverständlich Krieg.

Quellenverzeichnis

- Feuchtwanger, Lion: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde. Amsterdam, 1937.
- Liberman, Jewsei. Plan, Profit, Prämie. Prawda, Ausgabe vom 09.09.1962. Zitiert nach: The Current Digest of the Soviet Press, Bd. XIV, Nr. 36, 03.10.1962, S. 13-15. In: Seventeen Moments in Soviet History, URL:

⁷² Vgl. Schoenmakers, Die kubanische Bourgeoisie erhebt ihr Haupt – Auswertung einer Reise, 2024. In: offen-siv 5-2024, S. 5.

⁷³ Vgl. Politsturm, Why Do Russian Capitalists Need Ukraine?. 2023.

<https://soviethistory.msu.edu/1973-2/soviet-consumerism/soviet-consumerism-texts/liberman-proposal/>, Zugriff: 22.09.2025.

- Munzinger Online/Personen. Eintrag: Alexej I. Kiritschenko. Ravensburg, Munzinger-Archiv GmbH. Auf Basis von: Internationales Biographisches Archiv – Personen aktuell 02/1960 vom 04.01.1960. URL: <https://online.munzinger.de/article/00000008242>, Zugriff: 22.09.2025.
- Munzinger Online/Personen. Eintrag: Frol R. Koslow. Ravensburg, Munzinger-Archiv GmbH. Auf Basis von: Internationales Biographisches Archiv – Personen aktuell 07/1965 vom 08.02.1965. URL: <https://online.munzinger.de/article/00000008262>, Zugriff: 22.09.2025.
- Munzinger Online/Personen. Eintrag: Anastas I. Mikojan. Ravensburg, Munzinger-Archiv GmbH. Auf Basis von: Internationales Biographisches Archiv – Personen aktuell 48/1978 vom 20.11.1978. URL: <https://online.munzinger.de/article/00000001567>, Zugriff: 22.09.2025.
- Munzinger Online/Personen. Eintrag: Nikolai W. Podgorny. Ravensburg, Munzinger-Archiv GmbH. Auf Basis von: Internationales Biographisches Archiv – Personen aktuell 16/1983 vom 11.04.1983. URL: <https://online.munzinger.de/article/00000008719>, Zugriff: 22.09.2025.
- Schoenmakers, Tim. Die kubanische Bourgeoisie erhebt ihr Haupt – Auswertung einer Reise, 2024. In: offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, 5-2024. Bodenfelde, 2024.
- Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR, Die UdSSR in Zahlen. Statistisches Sammelwerk. Berlin, 1956.
- United States Department of Agriculture (USDA), Economic Research Service, Agricultural Statistics of Eastern Europe and the Soviet Union, 1950-1966, Washington, D.C., 1969.
- Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) vom 05.12.1936. In: Verfassungen der Welt, dt. Übers. Hrsg. von Axel Tschenstscher. URL: <https://www.verfassungen.net/su/verf36-i.htm>, Zugriff: 22.08.2025.

Literaturverzeichnis

- Baberowski, Jörg. Die Wirtschaftsgeschichte und der Sowjetunion – Was war der Kommunismus?, Interview geführt von Alexander Hennig. YouTube, Kanal: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2025. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=ZfwN-o-6T8k>, Zugriff: 22.08.2025.
- Baberowski, Jörg. Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault. München, 2005.
- Engels, Friedrich. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1880. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, 177-228. Berlin, 1987.
- Engels, Friedrich. Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, 1877. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 20. Berlin, 1975.
- Flegel, Frank. Analyse der „Aktualisierung des „kubanischen Wirtschaftsmodells“, 2020. In: offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden 10-2020. Bodenfelde, 2020.

Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Lehrbuch der Politischen Ökonomie, 1954. Online-Neuausgabe: politische-oekonomie.org, o. S., 2004. URL (via Wayback Maschine): <https://web.archive.org/web/20170104122016/http://www.politische-oekonomie.org/Lehrbuch/index.htm>, Zugriff: 25.09.2025.

- Jacobs, Hermann. Die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion. Ein verhängnisvoller Irrtum: Sowjetische und deutsche Lehrbücher über die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus. Dokumentation und Wertung, 2008. In: offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, 8-2008. Hannover, 2008.
- Lenin, Wladimir Iljitsch. Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1917. In: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. I., S. 763-873. Berlin, 1970.
- Leonhard, Wolfgang. Kreml ohne Stalin. Köln/Berlin, 1962.
- Leu, Johannes. Industrialisierung – Stalins Umbau des Agrarstaates, 2021. In: Stalinismus & Forschung, Universität Zürich. URL: <https://dlf.uzh.ch/sites/stalindigital/2021/09/06/industrialisierung/>, Zugriff: 25.09.2025.

- Lewytskyj, Borys. Wendung in der sowjetischen Landwirtschaft. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6-1958, 9. Jg., S. 338-344.
- Marx, Karl. Das Kapital, Bd. I, 1867. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 23. Berlin, 1973.
- Marx, Karl. Das Kapital, Bd. III, 1894. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 25. Berlin, 1973.
- Marx, Karl. Kritik des Gothaer Programms, 1891. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, 11- 32. Berlin, 1987. ▪ Miller, Margaret. Rise of the Russian Consumer. London, 1965.
- Politsturm. Why Do Russian Capitalists Need Ukraine?, 2023. URL: <https://us.politsturm.com/why-do-russian-capitalists-need-ukraine>, Zugriff: 26.09.2025.
- Schnehen, Gerhard. Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik in der Zeit, als er Partei- und Regierungschef der UdSSR war (1953-1964), 2016. In: offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden 4-2016, S. 43-73. Bodenfelde, 2016.
- Schwartz, Harry. The Soviet Economy Since Stalin. London, 1965.
- Stalin, Josef Wissarionowitsch. Über die Industrialisierung und das Getreideproblem, Rede am 09. Juli 1928. In: Stalin-Werke, Bd. 11, S. 95. Dortmund 1979.
- Stalin, Josef Wissarionowitsch. Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952. In: Stalin-Werke, Bd. 15, S. 195-243. Dortmund, 1979.

Hermann Jacobs: Was ist direkte Arbeitszeit-Rechnung im Sozialismus?

Ich schicke vorweg: Was die Wertform der Arbeitszeit-Rechnung ist, wissen wir: Marx hat sie uns erklärt. Die bei der Arbeit aufgewandte *Arbeitszeit* wird dargestellt - zunächst im Wert der Ware, der um dann per Tausch (oder „Händewechsel“, so Engels) in einer anderen Ware *gegenständliche* Form anzunehmen – im Geld. Als Geld wird der Wert als der Gegenstand des *Eigentums an der eigenen Arbeit oder - vom Kapital aus gesehen - des kapitalistischen Eigentums am Produkt der angestellten Lohnarbeiter* in Besitz genommen.

Wir sprechen von der Wertform der Produkte. Sie ist dazu da, einem Eigentumsrecht auf die im eigenen Betrieb geleistete Arbeit eine Form zu geben, das Geld.

Diese entfremdete, über den Umweg des Geldes stattfindende Berechnung der Arbeitszeit soll im Sozialismus nun ersetzt werden durch eine direkte Berechnung von Arbeitszeit, in der es wirklich nur um die Zeit als solche geht. Auch diese Erkenntnis, die eine zentrale für den Sozialismus ist, führt auf Marx wie auch Engels zurück D.h. der Sozialismus bzw. seine höhere Stufe der Entwicklung, dann real Kommunismus genannt, besitzt eine *eigene Form der Arbeitszeitrechnung: direkte, sie wird nicht zu einem äußeren Gegenstand erhoben - Geld -, und wird nicht Gegenstand eines besonderen Eigentums.*

Das schließt ein, dass die Verhältnisse der Arbeit nicht mehr als arbeitszeitabhängige Wertquanten berechnet werden, sondern gebrauchswertgeleitet sind, geleitet von der Frage: was ist gesellschaftlich notwendig und wie ist es am besten herzustellen – und nicht mehr von der Frage, was sich denn für den Kapitalisten am meisten „lohnt“. Das heißt, das Bedürfnis auf ein Produkt als Gebrauchswert tritt an die Stelle des Bedürfnisses auf ein Produkt als Wert. Damit wechselt aber das Interesse an der Arbeitszeit von einem Blick auf die Wertgegenständlichkeit des Produktes hin zu dem Blick auf den Gebrauchswert des Produktes. Es entsteht ein Interesse nicht mehr an der Wertschöpfung der Arbeit, sondern an dem gesellschaftlichen Nutzen der hergestellten Gebrauchswerte durch die Arbeit.

Der Grund für diese Voraussage von Marx war einleuchtend: Der Sozialismus bzw. Kommunismus ist keine Form des Privateigentums an der Arbeit und damit des Arbeitsproduktes, sondern deren Überwindung. Zur Überwindung des Privateigentums gehört logischerweise die Überwindung seiner Form der Arbeitszeit-Rechnung.

Damit sollte klar sein, dass die für den Sozialismus gültige Form der direkte Arbeitszeit-Rechnung sowohl in die innerbetriebliche wie auch in die gesellschaftliche Verantwortlichkeit fällt. Unsinn also zu sagen, dass mit einem Ende der Wertform der Arbeitszeitrechnung eine bewusste Beschäftigung mit der Rationalität des Arbeitsprozesses aufhören würde. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Es tritt direkt die konkrete, stoffliche ökonomische Normalität hervor.

In der DDR gab es erste Gedanken zu einer direkten Erfassung der Arbeitszeit. Fritz Behrens arbeitete eine Zeitsummen-Methode der Arbeitszeit-Rechnung aus. Sie fand auch Eingang in die Praxis der betrieblichen Ökonomie; jedoch nicht so weitgehend, dass sie die Preis- wie Geldform der Produkte ablöste – was man ja im Allgemeinen unter Aufhebung der Wertform-Rechnung der Arbeitszeit versteht. Also bestand Beides? Das Neue – die Zeitsummen-Methode, und (noch) das Alte – die Wert-, Preis-, Geld-Summen-Methode?

Nicht ganz, beides war neu, denn die Preis- wie Geldform, also die „Wertform-Rechnung“, ging in ein System fester, konstant bleibender Preise über. Unveränderliche Preise vermitteln aber gar keine Information mehr über die Wertbewegung in der Arbeit, die Wertform verschwindet sukzessive aus den Preisen. Behrens und weitere Ökonomen der DDR sprachen von diesen Preisen als einer ins Naturale abgleitenden Kategorie. Wenn die Preise weder sinken noch steigen, obwohl die notwendigen Arbeitsquanten zur Herstellung der benötigten Güter sinken oder steigen, wenn die Preise also keine Wertinformationen mehr sind, aber dennoch Preise bleiben, was vermitteln sie dann noch? Nur *Summensteigerungen* der Produkte, womit sie den Anstieg der *stofflichen* Bewegung der Produktion darstellen, also nicht die abstrakte Seite der Arbeit, den Wertausdruck des einzelnen Produktes im Geld, sondern die konkrete Seite der Arbeit, die reale Produktion.

Diese Konsequenz aber auch in der Theorie zu ziehen, dazu ist bis heute noch keine „Sozialismus-Vorstellung“ in der Arbeiterbewegung bereit (vielleicht mit einer Ausnahme: Autoren in der „offen-siv“).

Der bisherige Sozialismus bot noch nicht das Bild eines klaren Übergangs von der Wertform-Rechnung der Arbeitszeit zur direkten Rechnung der Arbeitszeit. Und zwar nicht deshalb nicht, weil die Wertform-Rechnung nicht bereits ihre Aussagefähigkeit - im Festpreis-System - aufgegeben hatte, sondern weil die direkte Form der arbeitszeitlichen Rechnung noch nicht zu ihrem *gesellschaftlichen* Respekt gefunden hatte. Sie wurde von den Anhängern der „sozialistischen Warenproduktion“ blockiert.

Es war noch nicht ins Bewusstsein gedrungen, dass die direkte Arbeitszeit-Rechnung des jeweiligen Betriebes *ausschließlich die dortige Verausgabung an lebendiger Arbeit misst*. D.h. sie misst nicht mehr die Arbeitszeit in den eingesetzten Produktionsmitteln, Rohstoffen, der Energie, den Produktions-

stätten, und auch nicht die Arbeitszeit, die in den notwendigen Konsumtionsmitteln der Arbeitenden steckt. *Direkte Arbeitszeit-Rechnung orientiert sich rein auf die Herausgabe von lebendiger Arbeit, nicht von vergangener Arbeit, da sie keine Wertrechnung mehr ist!*

Dass die direkte Arbeitszeit-Rechnung damit nicht mehr die gesamte gesellschaftliche Arbeitszeit misst, wäre aber eine irrite Auffassung, denn *alles* wird am Ort seiner Entstehung gemessen, also Produktionsmittel und Konsumtionsmittel dort, wo sie produziert werden, Rohstoffe dort, wo sie gewonnen werden, Gebäude dort, wo sie von Bauarbeitern errichtet werden.

Die direkte Arbeitszeit-Rechnung beseitigt damit all die Ungenauigkeiten, die mit der Wertform verbunden sind. Das sich scheinbar in der Wertrechnung widerspiegelnde „Gesamte“ ist nicht nur ungenau (Zirkulieren der Preise, Inflation usw.), sondern auch – überflüssig! Wieso muss man am Arbeitsort B wissen, wieviel an Zeit im Arbeitsort A aufgewandt worden? Wieso muss, wer Schrauben dreht, wissen, wie viel Arbeitszeit in der Drehbank steckt? Das muss der wissen, der Drehbänke produziert, aber auch nur soweit, als er aus Stahlelementen eine Drehbank formt. Wie kann überhaupt die Übertragung des Wertes einer Drehbank auf die dort produzierten Produkte genau sein, wenn er in einem Produktionszeitraum von sagen wir 10 Jahren - oder auch 20 Jahren - wie in der DDR noch üblich, auf die dort hergestellten Produkte übertragen wird? Unsinn, die Drehbank muss ersetzt werden, wenn sie verschlissen ist, wenn die Notwendigkeit einer neuen Drehbank entstanden ist. Bei einem Recht auf Aneignung nach dem Bedarf ist kein aufgespartes Geld zum Erwerb von Produktionsmitteln notwendig! Man meldet einen Bedarf im Plan an. Die Dazwischenkunft von Geld als Wertausdruck ist dabei überflüssig und kontraproduktiv.

Afrika und mannigfache imperialistische Interessen

Marxistischer Arbeitskreis, Frank Flegel: Die Dynamik der imperialistischen Konkurrenz in Afrika

In diesem Artikel geht es nicht um etwaige Anläufe zum Sozialismus, denn die finden in den dargestellten Kämpfen nicht statt. Unser Anliegen ist nur, einen möglichst genauen Blick auf das Getriebe der imperialistischen Konkurrenz am Beispiel einiger Staaten Afrikas zu werfen - in einer historischen Situation, in der ehemalige Kolonien zum Aufbau eigenständiger kapitalistischer Wirtschaften übergehen bzw. übergehen wollen. Uns muss klar sein: falls einigen von ihnen dieser Schritt gelingt, werden sie sich gegenüber ihren schwächeren Nachbarn genauso benehmen, wie es die klassischen Imperialisten ihnen gegenüber heute tun.

Im Juli 2024 wurde offiziell die Konföderation der Sahel-Staaten ausgerufen, die der politischen und ökonomischen Kooperation der Sahel-Staaten dienen soll. Es geht um Mali, Burkina Faso und Niger. Ziel ist der Aufbau eines eigenen Wirtschaftsraumes und geplant ist eine eigene, gemeinsame Währung, um wegzukommen von der „Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion“ (UEMOA) und von der Bindung an den „CFA-Franc“⁷⁴.

Der Großteil West- und Zentralafrikas ist seit Ende des 19. Jahrhunderts französisch dominiert und ist es noch immer. Fast alle diese Staaten sind Mitglied der UEMOA oder der CEMAC, der Westafrikanischen bzw. Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion unter Kontrolle des französischen Imperialismus.

⁷⁴ Die CFA-Franc-Zone bilden die afrikanischen Staaten, in denen die zentralafrikanische Währung [CFA-Franc BEAC](#) bzw. die westafrikanische Währung [CFA-Franc BCEAO](#) gilt. Zu den Staaten mit der Bindung an die westafrikanische Währung BCEAO gehören Benin, Burkina Faso, die Elfenbeinküste, Guinea-Bissau, Mali, Niger, der Senegal und Togo. Die meisten dieser Staaten verbindet die ehemalige Zugehörigkeit zur „[Union française](#)“ bzw. „[Communauté française](#)“ sowie der starke politische und wirtschaftliche Einfluss [Frankreichs](#) – unter anderem durch die Bindung des CFA-Franc früher an den [Franc](#) und heute an den [Euro](#).

Die Vorläufer der aktuellen Entwicklung im Sahel begannen vor 15 Jahren mit Umstürzen in Niger (2010), Mali (2012) und der Zentralafrikanischen Republik (2013) sowie dem Sturz von Compaoré in Burkina Faso 2014, alles von antiimperialistischen, antifranzösischen Massenbewegungen getragene und von Teilen des Militärs unterstützte Regierungswechsel. Aber diese Entwicklungen sind nicht neu: In Burkina Faso wurde beispielsweise der sozialistische Präsident Thomas Sankara 1987 mit Unterstützung Frankreichs ermordet.

Nach dem Sturz der Regierung im Sudan 2019 folgten in den folgenden vier Jahren Regierungswechsel in Mali, im Tschad, in Guinea, in Burkina Faso, im Niger und in Gabun – alle mit einer ausdrücklich gegen den französischen Imperialismus gerichteten Positionierung.

Gegen den massiven Druck Frankreichs und anderer imperialistischer NATO-Staaten sind die neuen Regierungen von Mali, Niger und Burkina Faso 2023 aus der vom französischen Imperialismus dominierten Westafrikanischen Wirtschaftsallianz ausgetreten und haben 2024 die „Allianz der Sahelstaaten“ gegründet. Zeitweilig plante Frankreich 2022/23 zusammen mit den Kompradoren z.B. in Nigeria einen koordinierten Militärangeck auf die „Sahel-Allianz“, nahm dann aber wegen der Furcht vor einem Flächenbrand Abstand von dem Vorhaben. Ende 2024 haben der Tschad und Senegal den Abzug aller französischer Truppen aus ihrem Territorium durchgesetzt.

Die neuen Regierungen in West- und Zentralafrika haben sich nach anderen mächtigen und selbstverständlich auch imperialistische Interessen verfolgenden Partnern umgesehen (Alternativen dazu gibt es zur Zeit nicht) und so sind nun russische Militärs und Söldner des so genannten „Afrikakorps“, die schon länger in Libyen und der Zentralafrikanischen Republik aktiv sind, als Ausbilder und Kampfeinheiten vor Ort.

Als im September 2023 die Allianz der Sahelstaaten gegründet wurde, war es vor allem ein Verteidigungspakt gegen die militärische Bedrohung durch Frankreich und seiner Verbündeten. Die Gründung wurde mit Boykottmaßnahmen vergolten, um die Allianz der Sahelstaaten wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Auf die Schließung der Grenzen, verbunden mit Zugangsbeschränkungen zu den Häfen der südlich benachbarten Küstenstaaten sowie das Einfrieren der Vermögenswerte bei der „Westafrikanischen Zentralbank“, re-

agierte die Allianz der Sahelstaaten mit dem Plan, eine eigene Währung herauszugeben. Seither sucht die Sahel-Allianz verstärkt die Zusammenarbeit mit anderen an der Küste gelegenen Nachbarstaaten wie Mauretanien und Marokko, um vom Seehandel nicht abgeschnitten zu sein – und international mit Russland, China und der Türkei.

In Nordafrika gab es in den vergangenen 5 bis 10 Jahren einige bemerkenswerte Machtverschiebungen. Wir wollen hier einen kurzen Blick darauf werfen. Zunächst das Beispiel Libyen: Libyen ist nach dem Sturz Gaddafis noch immer politisch und ökonomisch in zwei Teile gespalten: Einerseits das NATO-gestützte nordwestliche Eck um Tripolis mit drei türkischen Militärbasen und andererseits den von Russland und China gestützten Großteil des Landes mit vier russischen Militärbasen. Konkreter: Die von der NATO gestützte so genannte „Regierung der nationalen Übereinkunft“, die den nordwestlichen Teil Libyens kontrolliert, wird militärisch und finanziell vor allem von der Türkei, Italien und Katar an der Macht gehalten - samt der „Freien Syrischen Armee“. Der so genannte „Abgeordnetenrat Libyens“, der die östlicheren Gebiete kontrolliert, erhält Hilfe aus Russland, China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien.

Die USA besitzen die größten Militärstützpunkte in Afrika und zwar in Djibouti, Somalia, Kenia, Kamerun und auf den Seychellen. Russische Militärbasen gibt es aktuell in Libyen, Burkina Faso, in der Zentralafrikanischen Republik, in Mali und in Niger. Frankreich verfügt über Militärstützpunkte in Djibouti und Gabun sowie mittels der Fremdenlegion in Mayotte. Britische Militärbasen finden sich in Kenia und Sierra Leone.

Auf wirtschaftlichem Gebiet haben die Investitionen und Kredite Chinas in den vergangenen 20 Jahren stark zugenommen, trotzdem aber verfügen die USA, Großbritannien und Frankreich über den größten wirtschaftlichen und politischen, auch stark militärisch gestützten Einfluss auf die Region. Nach Direktinvestitionen lag Großbritannien im Jahr 2023 mit 60 Mrd. US-Dollar vorn, Frankreich und die Niederlande waren mit je rund 45 Mrd. US-Dollar dabei, gefolgt von den USA mit 45 Mrd. US-Dollar. China folgt mit 44 Mrd. US-Dollar, Deutschland war mit 15 Mrd. US-Dollar dabei.

Der russische Imperialismus versucht auf dem Weg der Militärhilfe Einfluss auf die neuen Regierungen zu gewinnen, die durch die Emanzipationsbewegungen der Staaten der Sahel-Konföderation entstanden sind.

Neu in der Region ist das Auftreten türkischer Investoren, aber auch die Vereinigten Arabischen Emirate und Indien sind mit steigenden Investitionssummen dabei.

Ebenso hat China seit gut 20 Jahren seine Präsenz in Afrika verstärkt: Im Jahr 2000 wurde bereits das „Forum für Zusammenarbeit zwischen China und Afrika“ (FOCAC) gegründet und seit 2019 findet alle zwei Jahre in Changsha (in Zentralchina) die „China-Afrika-Wirtschafts- und Handelsausstellung“ mit landwirtschaftlichem Schwerpunkt statt. China versucht mit einer neuen Methode den westlichen Imperialisten in Afrika Konkurrenz zu machen, und zwar mit der „Angola-Methode“: Zwischen 2000 und 2004 vergab China an Angola Kredite in Höhe von 21 Mrd. US-Dollar, die durch den Zugriff auf die Ölreserven Angolas gedeckt sind. Bis 2025 stieg die Summe auf 25 Mrd. US-Dollar. Im Gegenzug erneuerte China die Infrastruktur des Landes, baute v.a. Krankenhäuser, Schulen, Wohnsiedlungen und Regierungsgebäude.

Doch die westlichen Imperialisten sahen nicht tatenlos zu: Als China im Herbst 2007 einen weiteren „Megadeal“ mit der DR Kongo abschließen wollte, intervenierte der Internationale Währungsfonds und verlangte die sofortige Rückzahlung der 13 Mrd. US-Dollar Schulden, die Mobutu in dem damals noch Zaire genannten Staat bis zu seinem Sturz 1997 angehäuft hatte. Schließlich versprach der Internationale Währungsfonds, auf die Rückzahlung von 9 Mrd US-Dollar von den 13 Mrd. Schulden verzichten zu wollen, wenn der Vertrag mit China nicht unterschrieben würde. Inhalt des Vertrages mit China war die Kreditfinanzierung von Krankenhäusern, Gesundheitszentren, Sozialwohnungskomplexen zwei Wasserkraftwerken und zwei Universitäten, Reparaturen am Schienennetz und an Flughäfen sowie die Wiederherstellung der Kupfer- und Cobaltminen. Im Gegenzug sollte China die Genehmigung zur Förderung von 10 Mio. Tonnen Kupfer in der Provinz Katanga und 600.000 Tonnen Cobalt in der Provinz Kivu erhalten. Die Regierung des Kongo gab dem Druck der westlichen Imperialisten nach, der Vertrag mit China wurde revidiert.

Bald danach begann der dritte Kongo-Krieg, der bis heute um die an Coltan sehr reichen Provinzen im Norden der DR Congo andauert. Coltan-Erz enthält Kobalt, Tantal und Niob, die für die Herstellung von Elektronikwaren unverzichtbar sind. Heute kontrolliert die mit Unterstützung Ruandas gegründete so genannte „Rebellenarmee“ M23 weite Teile von Nord-Kiwu, erzielte weitere Geländegewinne, hat im Januar 2025 die Provinzhauptstadt von Nord-Kiwu erobert und rückt seit Februar auf die Provinzhauptstadt von Süd-Kiwu vor. Etwa eine halbe Million Menschen ist auf der Flucht.

China gibt selbstverständlich seine Bemühungen um afrikanische Rohstoffe nicht auf. Bis 2018 hat China mehr als 72 Mrd. US-Dollar in mehr als 200 Projekte in Afrika investiert und hat afrikanischen Staaten Kredite in Höhe von rund 150 Mrd. US-Dollar gewährt. China ist heute die viertgrößte Auslandsinvestitionsquelle in Afrika. Im Zentrum des chinesischen Interesses stehen Öl- und Gasvorkommen, Gold, Diamanten und Lithium. Darüber hinaus betreibt China riesige landwirtschaftliche Plantagen. Das Geschäftsmodell dafür ist noch immer das oben kurz erwähnte „Angola-Modell“: Der Bau bzw. die Sanierung von Infrastruktur, also Straßen, Bahnlinien, Pipelines, Wassersystemen usw. wird finanziell für die afrikanische Seite abgesichert durch den für China garantierten Zugriff auf Energieressourcen, landwirtschaftliche Flächen und Rohstoffen für Elektronik und E-Autos. In diesem Zusammenhang übernimmt China auch gern für westliche Investoren unrentabel gewordene Bergwerke wie beispielsweise Kupferminen in der DR Congo und in Sambia oder ein Lithium-Bergwerk in Mali. Ebenso gibt es in der Automobil-Industrie Joint-Ventures mit chinesischen Firmen in Kenia und Mozambique.

China ist seit 2011 der größte Handelspartner Afrikas, wobei Rohstoffe den größten Teil der afrikanischen Exporte nach China ausmachen, während China billige Artikel des täglichen Bedarfs liefert.

Kommen wir zu Russland: Der russische Imperialismus strebt gezielt nach strategischen Einflusszonen in Afrika, bietet Regierungen, die sich von ihren ehemaligen Kolonialmächten lösen wollen, Sicherheitskonzepte, Berater und Einsatztruppen aus seinem „Afrikakorps“ (früher Wagner) an. Es geht Russland dabei vor allem um seinen eigenen politischen und militärischen Einfluss und die Destabilisierung der französischen bzw. NATO-Dominanz. So wurde die Goldmine Intahaka in Mali im März 2024 durch das russische Afrikakorps von dschihadistischen Rebellengruppen zurückerobert, ebenso ist die Stadt

und die gleichnamige Goldmine von Téra im Niger mithilfe des russischen Afrikakorps seit Juni 2024 wieder komplett unter nigrischer Kontrolle. Und die Stadt Kidal im Norden Malis wurde Ende 2023 nach 10-jähriger Hoheit dschihadistischer Rebellen mit der gleichen russischen Hilfe wieder in den Staat Mali eingegliedert.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Türkei: Sie engagiert sich u.a. bei Infrastrukturprojekten, im Bauwesen, in der Textil- und Möbelindustrie. Die Warenexporte der Türkei nach Afrika stiegen von 2,1 Mrd. US-Dollar im Jahr 2003 auf 26 Mrd. US-Dollar im Jahr 2022. Und die Türkei liefert militärische Güter. In die Sahel-Staaten liefert die Türkei Drohnen, Russland Flugzeuge, Hubschrauber und Söldner. Die Türkei verfügt über zwei Militärstützpunkte in Afrika: eine Militärbasis in Somalia und eine Luftwaffenbasis in Westlibyen. Das Handelsvolumen der Türkei mit Afrika ist in den vergangenen 20 Jahren von 3 Mrd. US-Dollar auf 26 Mrd. US-Dollar gestiegen, die Direktinvestitionen erreichten Anfang der 2020er Jahre die 10-Mrd. US-Dollar-Marke.

Zusammen mit dem westasiatisch-arabischen Raum ist Afrika der Kontinent mit den meisten Kriegen weltweit. Anfang 2025 sehen wir in 13 Staaten Afrikas Kriege und bewaffnete Kämpfe. In fast alle sind imperialistische Staaten direkt oder indirekt verwickelt. Dies in vielfältiger Weise, nämlich mittels Militärberatern, Söldnern, Waffenlieferungen, finanzieller und/oder politischer Unterstützung oder auch Erpressung - je nach Lage.

Quellen: Zeitschrift „Proletarische Revolution“, Nr. 93, IWF, Weltbank, statistika.de, destatis, Rosstat, National Bureau of Statistics of China, unicef.

Aus der Leser/innen-Post

Günterowitsch: Gedanken zum Artikel von Wolfgang Mix „Sozialismus und der neue Mensch“ im offen-siv-Heft 5-2025

Ich kann der Meinung des Genossen „Che“ Guevara nur zustimmen, dass die Entwicklung eines sozialistischen Bewusstseins, die Schaffung eines „Neuen

Menschen“, das zentrale Element einer sozialistischen Wirtschaftspolitik sein muss. Doch leider haben die sozialistischen Staaten dabei fast total versagt.

Ich habe mich im Jahr 1989 sehr gewundert, als unsere Parteiführung (der SED) eine eigene „sozialistische deutsche Nation“ (oder eine ähnliche Formulierung) proklamierte. Ich bin in einer Parteiversammlung gegen diese Formulierung aufgetreten und habe gesagt, dass in der DDR noch lange keine eigene Nation existiert. Deshalb hat man mir ein Parteiverfahren angedroht.

Die darauffolgenden Ereignisse haben leider gezeigt, wie recht ich hatte, als der größte Teil unserer „sozialistischen“ Nation mit wehenden Fahnen und Hurra-Rufen in die Arme der westlichen „Brüder und Schwestern“ stürzte...

Ich hatte in den Jahren 1980-1984 in der UdSSR studiert und war schockiert von den Zuständen, die dort herrschten. In einer dortigen Parteiversammlung, in der wieder einmal die großen Erfolge der UdSSR bei dem Aufbau des „Kommunismus“ habe ich gesagt, dass man mir bitte schön zeigen solle, was man hier in Kalinin (heute Tver) von der SU lernen solle. Außerdem sagte ich, wenn man 1000 DDR-Bürger hierher übersiedeln würde, würden diese nach spätestens einem Jahr eine Revolution veranstalten, weil die Zustände in der Stadt untragbar waren. Ich war ein Jahr lang das Beispiel für einen Feind der Partei in der Parteigruppe, aber meine Frage hat keiner beantwortet.

Zu den Zuständen in der späten Sowjetunion (nur einige Beispiele): der größte Teil der Bevölkerung, vor allem die Jugendlichen, waren voll auf den Westen (vor allem die USA) orientiert und es galt als größte Errungenschaft, in westlicher Kleidung herumzulaufen. In der Stadt hat man in der Nacht ausländische Studenten, die aus den Restaurants heimkehrten, überfallen und ihnen die West-Jeans ausgezogen. In privaten „Second-Hand-Shops“ wurde gegen horrende Preise westliche Kleidung verkauft.

Die regionalen Parteiführer spielten sich wie Landesfürsten auf und fochten Karrierekämpfe untereinander aus. Um alle sozialistischen Großbetriebe gab es meterhohe Betonzäune, die aber an mindestens mehreren Stellen unterbrochen waren, so dass man mit Lkw Material aus den Betrieben herausschaffen konnte. Ich hatte Bekannte, die ihre Datscha nur mit gestohlenem („organisierten“) Material gebaut hatten und stolz darauf waren. In dieser Zeit (unter Führung von Gorbatschow) gab es kaum noch Lebensmittel in den Geschäften und Alkohol wurde fast nur „unter der Hand“ verkauft.

Sehr schockierend war ein Erlebnis, als ich eines Abends zum Bahnhof ging und unterwegs an einem Kiosk vorbeikam, vor dem eine lange Schlange „Arbeiter“ stand. Ich interessierte mich, was es dort gab. Man verkaufte französisches Parfüm, das man billig aus Frankreich bekam und das ca. 20 % Alkohol enthielt. Die Käufer erhielten das Fläschchen, gingen um die Ecke, tranken es aus und stellten sich erneut an.

Ich wurde später von einem Major der örtlichen Milizverwaltung als Guest zu sich nach Hause eingeladen und dort wurde mir als erstes „Somorgon“ (Selbstgebrannter) mit den stolzen Worten serviert, dass dieser nach altem Rezept des Großvaters selbst hergestellt wurde. Zu dieser Zeit hatte Gorbatshow ein Alkoholverbot bzw. starke Einschränkungen des Verkaufs verkündet. Und die Mehrzahl der Taxis in der Stadt waren „graue“ Privattaxis, die oft von gut ausgebildeten Ingenieuren gefahren wurden.

Das beste Beispiel dafür, dass mit der sozialistischen Erziehung in der SU nicht alles zum Besten war, ist der jetzige Präsident Russlands W. Putin. Er war Offizier des KGB, hatte geschworen, die sozialistischen Errungenschaften zu schützen, hat hunderte Stunden an Politschulung absolviert und an Dutzenden Seminaren und Prüfungen in politischen Fächern teilgenommen, hat sogar Jura studiert.

Das Ergebnis dieser 30 Jahre langen „Erziehung“ ist ein liberaler Anhänger des Kapitalismus und des freien Marktes, der nur unter dem Druck der täglichen Politik und ökonomischen Zwängen zu Korrekturen seiner Auffassungen bereit ist. Er ließ jahrelang eifrige Verfechter einer liberalen Wirtschaft und des freien kapitalistischen Marktes in leitenden Funktionen (Kudrin, Nabiullina, Tschubais) und entfernt sie teilweise erst, als sie genug Schaden angerichtet hatten (vor allem Tschubais). Er installiert als ideologische Grundlage des Staates wieder die Religion, obwohl die fortschrittliche Menschheit fast 500 Jahre dafür gekämpft hat, die Kirchen vom Staat zu trennen.

Seine Politik ist entideologisierter „Pragmatismus“ und er kann mit allen, auch den größten Verbrechern, Geschäfte machen, wenn es für Russland einen Vorteil bringt. Putin muss 1998 und später derartig gut seine liberale Auffassung zum Ausdruck gebracht haben, dass er Jelzin davon überzeugte, dass er nach der Übergabe der Macht die Politik der wirtschaftlichen Reformen im Sinne Jelzins und seiner westlichen Gönner fortsetzen würde, was Jelzin sogar

dem amerikanischen Präsidenten „meldete“. Heute ist Putin stolz darauf, dass in der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt auch ein Dutzend russischer Milliardäre auftaucht.

Er hat vom Sozialismus offensichtlich nur verstanden oder solche Leute wie Belousov haben ihn dazu gebracht, dass es in bestimmten Situationen günstig sein kann, wenn die Schlüsselindustrien in staatlicher Hand sind oder streng vom Staat kontrolliert werden und es einen strategischen staatlichen Wirtschaftsplan, der in mehrere 5-Jahrpläne aufgeteilt wird, gibt, was ihm ja auch die chinesischen „Kommunisten“ mit großem Erfolg vormachen. Außerdem hat er begriffen, dass die Stabilität des Staates vom Wohlergehen und damit der Kaufkraft der Bevölkerung abhängt, so dass er zu sozialen Zugeständnissen bereit ist. Das hat er den westlichen führenden Politikern voraus.

Mit sozialistischem Gruß und besten Wünschen für das weitere Gedeihen von
offen-siv, Günterowitsch

Ursula Münch: Leserbrief zum Artikel von Wolfgang Mix in offen-siv 5-2025

Der Mix-Artikel zum Neuen Menschen bringt Cuba als Beispiel, ohne zu erwähnen, dass Fidel/Che dem sowjetischen Vorbild in der Stalin-Zeit zu folgen versuchten. Das ist nicht korrekt und sollte unbedingt ergänzt werden. Deshalb schicke ich Euch ein paar Anregungen dazu, die aus meiner Stellungnahme zu einer anderen Arbeit stammen, hier nach meiner Auffassung aber gut passen. Diese Stellungnahme bezog sich auf: (<http://www.mein-weg-vom-aschenbroedel-zur-koenigin.de/2014/05/03/die-montagsdemo-und-die-wahre-ursache-des-unfriedens-in-der-welt/>)

Der Verfasser von „Die Montagsdemos und die wahre Ursache des Unfriedens in der Welt“ äußerte sich u.a. wie folgt: „... *Denn man kann das System nicht ändern, bevor sich der Mensch nicht ändert. Gute Absichten hin oder her. Sobald jemand in einer Führungsposition ist, wird er zu denselben Mitteln greifen wie seine Vorgänger. Er wird alle seine Ideale fallen lassen müssen. Warum? Weil die Menschen sich nicht verändert haben. Der Mensch will immer, dass sich alles andere ändert, außer er selbst. Daher wird er auch immer gleich regiert: durch Unterdrückung. ...*“ Und so zielen denn auch die

Schlussfolgerungen dieses Autors vor allem auf individuelle innere Einkehr, Läuterung usw.

Das ist alles bekanntlich nicht neu, sondern wird seit Jahrtausenden von Religionsgründern, Philosophen und anderen um das Wohl DES Menschen Bessorgten als einziger Weg zur Rettung aus seinem von Natur aus bestehenden Dilemma genannt. Und hat in all den Jahrtausenden nichts bewirkt und hat keines der scheußlichen Verbrechen der wechselnden Ausbeutereliten verhindern können, die sich bisher noch jede dieser unverbindlichen Ermahnungen zunutze machten - wohl wissend, dass sie nicht fruchten können, so lange die Menschen in Systemen leben, die sie zwingen "Wolf unter Wölfen" zu sein.

Jeder Mensch sei ein geborenes Raubtier und folge lediglich dem Naturgesetz, wenn er sich der restlichen Fauna und sogar Artgenossen gegenüber als solches verhält. Das sei nun mal so und deshalb jeder Versuch, einen "neuen Menschen" zu kreieren, zum Scheitern verurteilt und absolut lächerlich. So oder ähnlich werden ja auch die entsprechenden Versuche der sozialistischen Staaten abgetan und verhöhnt.

In meinen Augen ist das allerdings äußerst kurzsichtig und verantwortungslos. Denn im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten hat sich die Weltlage auf den verschiedensten Gebieten mittlerweile derart zugespitzt, dass klar ist, wohin unser angeblich "naturgegebenes" menschliches Treiben in nicht allzu langer Zeit führen wird - nämlich mindestens zur Selbstvernichtung.

Verständlicher Weise versuchen die maßgeblichen Politiker der kapitalistischen BRD jede Erörterung der ihnen missliebigen „Sozialismus-“, bzw. „DDR-Themen“ mittels Häme und Verleumdung zu unterbinden bzw. in die „richtigen“ Gleise zu lenken.

In hohem Grade missliebig ist ihnen das Stoffgebiet beispielsweise dann, wenn es um unleugbare Erfolge der sozialistischen Gesellschaftsordnung geht, die den Vergleich mit der heutigen gesellschaftlichen Realität herausfordern. Stellvertretend für vieles seien hier nur die Bildungs-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits- und Beschäftigungspolitik sowie das konsequente Friedensengagement der DDR genannt.

Besonders laut werden die Hasstiraden allerdings dort, wo es sich um Einflussnahme auf die Persönlichkeitsentwicklung der DDR-Bürger handelt. Fol-

gerichtig gilt als eine der größten Schandtaten der DDR, dass jeder von Kindesbeinen an einer zielgerichteten so genannten „ideologischen Indoktrination“ unterlag.

Als läbliche Alternative preisen diese Apologeten des Kapitals die in ihrer Gesellschaftsordnung angeblich mögliche, ideologisch unbeeinflusste „freie Entwicklung“ der Individuen. Es wird behauptet, dass sie danach selbstverständlich moralisch absolut integer seien.

Allerdings stolpert die herrschende Klasse der BRD inklusive ihrer Regierungslakaien inzwischen pausenlos von einer peinlichen Affäre in die andere. Doch was da – oft auch nur als Nebenprodukt des Machtkampfes verschiedener Cliques – an die Öffentlichkeit dringt, ist nur die Spitze des Eisberges. Der Rest verschwindet unter dem dichten Beziehungsgeflecht, von dem das ganze Land durchzogen ist. Vor allem, um die Interessen des Großkapitals im In- und Ausland durchzusetzen, wird skrupellos gelogen und geheuchelt, werden gegenüber der Bevölkerung die vielfältigsten und raffiniertesten Methoden ideologischer Manipulation angewandt.

Und wodurch wurden nun unsere „unglücklichen“ Kinder an ihrer freien Entwicklung gehindert, womit indoktriniert (und das selbstverständlich bereits, während sie in Krippe oder Kindergarten – pfui – reihenweise auf dem Töpfchen hocken mussten)? Beispielsweise damit, dass es nichts Wichtigeres gibt als Frieden, Völkerfreundschaft und den Schutz des Lebens. Weiter, dass jeder Rücksicht auf andere – vor allem Schwächere – zu nehmen hat, hilfsbereit sein soll, Ordnung hält, nicht lügt und nicht stiehlt. Ferner sogar, dass die schöne Heimat – mit all ihren Flüssen und Bergen, den Tieren des Waldes und der Seen, den Schulen, Betrieben und vielem anderen – dem ganzen Volke gehört und bereits Kinder etwas für ihren Schutz tun können. Nicht zuletzt, dass Mutti und Vati, Oma und Opa gute, fleißige Menschen sind, die man achten und liebhaben soll. Und schon die Kleinsten wurden in dem Glauben gehalten, dass Lernen Spaß macht und für jeden wichtig ist. Als Ergänzung dazu das Eindrillen entsprechender Liedchen und Gedichte oder die Herstellung selbstgemalter Bildchen mit „Friedenstauben“, Glückwünschen für die Mutti zum Internationalen Frauentag und anderes: alles durchweg bösartig politisch motiviert! In der Tat „schreckliche“ Erziehungsinhalte – vor allem wenn man bedenkt, dass sie auch späterhin in Schulunterricht, Pionierorgani-

sation und FDJ propagierte sowie durch vielfältigste Möglichkeiten der sinnvollen Freizeitgestaltung ergänzt wurden.

Doch Spaß beiseite: Ich kenne nicht die Anzahl all dieser in der DDR vorhandenen wissenschaftlichen, naturkundlichen, künstlerischen und literarischen Zirkel, der Sportgemeinschaften, Ferienspiele, Ferienlager und von vielem mehr. Sie muss im astronomischen Bereich liegen, denn es gab diese Einrichtungen überall. Sie wurden millionenfach genutzt – in der Regel kostenlos oder gegen einen symbolischen Betrag. Was für Talente wurden da entdeckt und gefördert, welche Charaktere! Nicht zu vergessen die gemeinsamen Bemühungen von Eltern, Lehrern und Mitschülern um Zurückbleibende, Lernschwache oder einfach nur „Spätentwickler“.

Und dies alles soll gegen die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ in der DDR sprechen und für die (gestrigen wie heutigen) BRD-Verhältnisse?!

Zurück zu den angeblichen „Indoktrinationen“, von denen selbstverständlich auch die erwachsenen Bürger der DDR nicht verschont wurden – und sogar bis hinein in die Massenorganisationen, Arbeitskollektive und Wohngebiete! Da war dann tatsächlich nichts prinzipiell anderes zu hören oder zu lesen als das, womit schon die Kleinsten „belästigt“ wurden: Und es wurden die Begriffe Friedensliebe, Völkerfreundschaft und Schutz des Lebens mit Erörterungen über die Ursachen von Kriegen, Rassismus und Völkermord verbunden sowie mit den Lehren für Gegenwart und Zukunft.

Blicken wir auf einige Prinzipien der DDR-Sozialisation:

Hilfsbereitschaft: Das bedeutete nun Solidarität im Kleinen wie im Großen und verlangte freundschaftliche Zusammenarbeit mit anderen, die Unterstützung Schwächerer, die Teilnahme an großen internationalen Solidaritätsaktionen und vieles mehr.

Ordnung und nicht lügen: Das hieß u. a. Ordnung und Sicherheit, Arbeits- und Plandisziplin, gute Leistungen für sich selbst und die Gemeinschaft erbringen, nicht auf Kosten anderer leben wollen.

Heimatliebe: Da sprach man ganz konkret über den Schutz des Volkseigentums in allen Bereichen und die Bereitschaft, die Errungenschaften des Volkes zu verteidigen. Ja doch, es wurden sogar Warnungen ausgesprochen. Viele davon haben bereits ihre traurige Bestätigung gefunden. Mit dem Rest wer-

den sich – wenn es nach dem Willen der Mächtigen geht – unsere Enkel aus-einandersetzen müssen.

Achtung vor den Eltern, vor Oma und Opa: Das verlangte nun Anerkennung der Leistungen, Erfahrungen und Würde aller Menschen, vor allem aber der Werktätigen in Stadt und Land. Und das war kein leeres Wortgeklingel – jeder Ältere, der heute vor den Arbeitsagenturen Schlange Stehenden bzw. HartzIV-Empfängern kennt den Unterschied zwischen damals und heute.

Lernen macht Spaß: Der drückte sich im Jugendlichen- und Erwachsenenalter in der Freude an der Entfaltung der eigenen Kräfte und Fähigkeiten aus. Viele lebten in einem ständigen Lernprozess. Natürlich vor allem für die Berufsaufgabe. Aber auch weit darüber hinaus in den verschiedensten Bereichen, darunter bei der „Aneignung des kulturellen Erbes“ und/oder der Schätze der Weltliteratur, oft ergänzt durch eigene oder künstlerische Kreativität. Dies alles auf dem Weg zum „allseitig gebildeten Menschen“. Das war keine Kostenfrage, jeder hatte die Möglichkeit. Gezwungen wurde niemand.

Allerdings konnte es dem psychisch derart „gefolterten“ DDR-Bürger nicht nur im Betrieb, sondern selbst noch im Wohngebiet passieren, dass er von anderen Bewohnern angesprochen wurde. Sie luden ihn freundlich zur Mitarbeit ein. Dabei war es durchaus möglich, dass man beispielsweise beim „Frühjahrsputz“ mit jenen Nachbarn zusammentraf, mit denen es bisher nur wenig Kontakt gegeben hatte und sie ganz nett fand, so dass man mit ihnen Pläne ausheckte, wie dies und jenes zu verbessern sei, beispielsweise Ordnung und Sicherheit im Wohngebiet, oder Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Auch musste man sich dann vielleicht darum sorgen, dass die u. a. von der Wohnungsverwaltung gezahlten Beträge für Pflegearbeiten zweckdienlich eingesetzt wurden – beispielsweise für die nächste zünftige Fete der Hausgemeinschaft. Und manchmal ging es sogar darum, wie man sich gemeinsam gegenüber diesem oder jenem Staatsorgan stark machen könnte, damit sich etwas im Kiez bewegte. Apropos: Manche der Hausgemeinschaften halten heute noch zusammen.

Besonders „verwerflich“ war allerdings die nahezu unvermeidliche Berührung mit einer Gesellschaftstheorie, die sich u. a. die Fähigkeit umfassender philosophisch-weltanschaulicher Analyse anmaßt. Der russische Dichter Wladimir Majakowski beschrieb für seine Person treffend, was auch Tausende unserer

Kriegs- und Nachkriegsgeneration nach der ersten Bekanntschaft mit dem Marxismus-Leninismus fühlten: „Für mein ganzes Leben überraschte mich die Fähigkeit der Sozialisten, Tatsachen zu entwirren, die Welt zu systematisieren.“ Bei mir ereignete sich dieses überwältigende Aha-Erlebnis im März 1946 während eines 14-tägigen Jugendschulbesuchs. Es war –wie in Band 1 der „Spurensicherung“⁷⁵ beschrieben –, als ob mir buchstäblich die Schuppen von den Augen fielen. Und alle damals oder später gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse haben sich bis in die Gegenwart bestätigt. Mancher, der vormals vielleicht mit einem gewissen Ingrimm „ML“ paukte, wird es heute zu schätzen wissen, dass er in vielen Dingen einen besseren Durchblick besitzt als ein angeblich ohne jede ideologische Beeinflussung aufgewachsenes, in Wirklichkeit jedoch von Kindesbeinen an erbarmungslos manipuliertes Individuum der „freien Welt“.

Bleibt selbstverständlich die Frage, was unsere „sozialistische Indoktrination“ letztlich bewirkte. Scheinbar nichts, wenn man sich das Verhalten der Bevölkerungsmehrheit während und seit der Rückwendezzeit vergegenwärtigt. Doch davor lagen Jahrzehnte einer Entwicklung, die internationales Aufsehen erregte und nicht vom Bewusstseinsstand der DDR-Bevölkerung zu trennen war. Selbst in einigen aktuellen Umfrageergebnissen wird deutlich, dass die Mehrheit der „naiven“ Ossis trotz enormen Anpassungsdrucks noch immer andere Auffassungen von konkreter Friedenspolitik, Solidarität, persönlicher und politischer Integrität, sozialer Gerechtigkeit und anderem besitzen als die meisten – hochrabende Moralsentenzen absondernden – westlichen Brüder und Schwestern.

Dies sind allerdings nur noch Funken, zur Flamme reicht es – vorläufig? – nicht. Und dies vor allem infolge einer totalen Indoktrination, welche bereits jede Rückerinnerung an die DDR – sofern dies nicht mit den Begriffen „Diktatur“, „Stasi“, „Unrechtsstaat“ und (sinnigerweise) „Totalitarismus“ verknüpft wird – als suspekt und unmoralisch brandmarkt.

Nach der Rückwende behauptete die Mehrzahl der bürgerlichen Politiker mit unverhüllter Häme, dass sich der Sozialismus nun endgültig als nicht lebens-

⁷⁵ Unabhängige Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“, Band I, Wege in die DDR, GNN-Verlag 1999

fähige Utopie erwiesen habe. Er stehe im Widerspruch zur irdischen Realität und speziell der unveränderlich miesen Natur des Homo sapiens. Die kuriose Ansicht des „sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates“, einen neuen, besseren Menschen zu kreieren, sei ein-für allemal ad absurdum geführt worden. Schlussfolgerung: Einzig die bürgerliche (kapitalistische) Gesellschaft mit ihrem Wolfsgesetz, dem rücksichtslosen Kampf jeder gegen jeden, dem Triumph des Siegers über den Besiegten entspräche dem Naturgesetz sowie dem menschlichen Wesen. Das heißt letztlich, setze ich hinzu: Auch Kriege wird es immer geben.

Aber wie verhielt es sich nun wirklich mit dem „neuen sozialistischen Menschen“ in der DDR? Ich behaupte: Es gab ihn. Zwar war er noch nicht in „Reinkultur“ vorhanden. Aber ich erlebte viele, die sich auf dem besten Wege befanden. Übrigens nicht nur in der DDR. Zum ersten Mal begegnete ich diesem Phänomen sogar bereits im April 1950 während der Reise unserer FDJ-Studentendelegation in die Sowjetunion. Ebenso spontan wie übereinstimmend stellten wir danach fest: „Das Beeindruckendste waren die Menschen“: Uns faszinierten nicht in erster Linie Funktionäre, sondern vor allem „normale“ Studenten in Moskau und Stalingrad, ältere Wissenschaftler, ein Arbeitskollektiv im Traktorenwerk, die Mädchenklasse einer Moskauer Mittelschule, die Garderobenfrau im Theater, das Servicepersonal im Hotel, die Besucher von Museen, Konzerten, Kino- und Theatervorstellungen, der Mann/die Frau auf der Straße – sie alle in zuvor nie erlebter Art nicht nur hoch diszipliniert, sondern aufgeschlossen, selbstbewusst, herzlich, politisch und kulturell ebenso interessiert wie gebildet.

Und das, wird man heute fragen, während Stalin noch im Kreml regierte?! Als ich diese Eindrücke im Jahre 1990 unserer jungen Leningrader Dolmetscherin – einer Studentin - mitteilte, wurde ich jedenfalls entsetzt gemustert. Das war für sie einfach nicht vorstellbar. Dagegen konnte ich meine Enttäuschung über ihre bereits vollständig westorientierte Denk- und Lebensweise kaum verborgen. Aber wie hätte denn die Sowjetarmee den Hitlerfaschismus trotz seiner überlegenen Kriegsmaschinerie besiegen können, wenn nicht in ihren Reihen und überall – ob im eigenen oder im Hinterland des Feindes – unzählige opferbereite, selbstlose Kämpfer gestanden hätten, die mit der Heimat auch ihre gesellschaftlichen Errungenschaften verteidigten? Und wie wären die heroischen Taten der Komsomolzen, Stachanowarbeiter und Millionen anderer, das

in aller Welt bestaunte und an Realitäten nachprüfbare „Russische Wunder“ zu erklären, wenn nicht mit dem bewussten Handeln von Millionen Menschen, die ihre eigenen Interessen in denen der großen Gemeinschaft gesichert wissen wollten? Mit Pistolen schwingenden „Kommissaren“, Knute, Zwangsarbeitern oder dergleichen jedenfalls nicht.

Unstrittig ist dieses „Vom Ich zum Wir“, das bewusste Handeln, die Überwindung von Schwierigkeiten zum Nutzen der Gemeinschaft und damit des Einzelnen – auf der Basis und zur Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft – ein wichtiges Merkmal des „neuen“ Menschen. Und zwar nicht nur in Kriegs- und Krisenzeiten.

Dabei möchte ich niemandem glauben machen, dass in der DDR Idealzustände geherrscht hätten. Aber eines steht doch wohl unverrückbar fest: Das Leben in der sozialistischen Gesellschaft fordert und fördert die im besten Sinne menschlichen Eigenschaften. Dies habe ich bei der Erziehung meiner vier Kinder stets dankbar empfunden. Für das Leben in einer den menschenfeindlichen Gesetzen des Kapitals unterworfenen Welt habe ich keines geboren.

Naturgemäß erwartete jeden nach Verlassen der häuslichen und schulischen Umgebung dennoch eine mehr oder weniger kalte Dusche im raueren Studenten- und Berufsleben. Doch diese Erfahrung hat keinem geschadet, und die wichtigsten Dinge stimmten trotzdem. Mein tüchtiger Mann musste ungerechtfertigt einiges einstecken, was manche dazu veranlasst hätte, „dem System“ den Krieg zu erklären. Er sah jedoch trotz allen Ärgers immer den „subjektiven Faktor“, die noch unzulängliche Einzelperson – und kämpfte unverdrossen weiter für die „beste Sache der Welt“, von der er bis zu seinem Tod ebenso überzeugt war wie meine Kinder und ich noch heute.

Es ist durchaus kein Zufall, dass unsere Besten – wie ich sie nennen will – ihre Aufgaben oft an Stellen erfüllten, wo sie Umgang mit vielen anderen Menschen hatten und Verantwortung für sie trugen. Dort gehörten sie auch hin.

Denn anders als alle vorausgegangenen Gesellschaftsordnungen setzt der Sozialismus vor allem auf die Einsicht und das bewusste Handeln der breiten Massen. Und nichts schadet da mehr als Phrasen, Lippenbekenntnisse, gedankenloses Nachplappern, bequeme Routine und Schönfärberei – angewandt von Menschen, die andere überzeugen sollen. Dass diese Praxis vor allem in der Endphase der DDR bei manchen Funktionären nicht unüblich war, hat viel

zum Vertrauensverlust beigetragen. Dies soll keine generelle Schuldzuweisung sein. Denn es erfordert große psychische und physische Kraft, das innere Feuer über Jahrzehnte hinweg – trotz unausbleiblicher Schwierigkeiten, Misserfolge und persönlicher Rückschläge – so lebensfrisch zu erhalten, dass man anderen leuchten kann, ohne selbst auszubrennen. Dennoch gab es Abertausende, die genau dies schafften. Das waren zwar sehr viele, aber – wie sich zeigte – bei weitem nicht genug. Den meisten wurde nicht an der Wiege gesungen, dass sie später in eine derart aufreibende Mission hineinwachsen sollten oder – vor allem in der Nachkriegszeit – hineingeworfen wurden. Viele mussten dazu über den eigenen Schatten springen – und das nicht nur einmal.

Mit solidarischen Grüßen, Ursula Münch

**Erinnerung an die drei noch lieferbaren Bände von Werken, Artikeln,
Reden und Briefen des Genossen Kurt Gossweilers,
die bei uns erschienen sind:**

„Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen?“

Band 1: Beiträge zur Faschismus- und zur Revisionismusanalyse

Faschismus und antifaschistischer Kampf gestern und heute; Der 20. Juli und die Faschismustheorie; Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem gestern und heute; Der Revisionismus - Totengräber des Sozialismus; Revisionismus in der kommunistischen Bewegung; Der Ursprung des modernen Revisionismus; Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow; Der Antistalinismus - das Haupthindernis für die Ein-

heit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung - und anderes mehr.

327 Seiten, Paperback, 16,- €

Band 2: Analysen zu geschichtlichen Ereignissen

Zur Strategie und Taktik von SPD und KPD in der Weimarer Republik; Hintergründe des 17. Juni 1953; Ungarn 1956 - Hintergründe und Zusammenhänge; Chruschtschow und die Kuba-Krise; Genosse Domenico Losurdo „Flucht aus der Geschichte“, gemeinsam mit Dieter Itzerott: Die Entwicklung der SED - und anderes meh.

309 Seiten, Paperback, 16,- €

Band 3: Briefe, Reden, Kritiken, Repliken und Nachrufe

Interview mit Kurt Gossweiler, geführt von Heinz Gerhardt; Briefwechsel mit Peter Gingold, Gertrud Dürr, Pavel Rachschmir, Wolfgang Runge, Erich Honecker; ausführlicher Brief an Robert Steigerwald; Kurt Gossweilers Schlusswort bei der Feier zu seinem 90. Geburtstag; Die Antideutschen – wütende Verteidiger der schlimmsten Reaktion in der Welt; Ist Gewalt zur Verteidigung des Sozialismus unmoralisch?; Eine Entgegnung zu Brenner-Haber-Steigerwald; Quo vadis, DKP?; Zum Gedenken an Hanfried Müller, Gedanken zum 50. Todestages von J.W.Stalin – und anderes mehr.

352 Seiten, Paperback, 16,- E

